Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3815

06. 01. 89

Sachgebiet 82

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Verwaltungsvereinbarung vom 26. November 1987 zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer

A. Zielsetzung

Das Übereinkommen vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer ist am 1. Dezember 1987 für die Unterzeichnerstaaten (Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Schweiz) in Kraft getreten. Artikel 96 dieses Übereinkommens bestimmt, daß seine Anwendung durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt wird. Ziel der Verwaltungsvereinbarung ist es, die für die Inanspruchnahme der Leistungen durch die vom Übereinkommen erfaßten Personen notwendigen verfahrens- und verwaltungstechnischen Regelungen festzulegen.

B. Lösung

Die vorliegende Verwaltungsvereinbarung regelt vor allem die Mitteilungspflicht zwischen den Versicherungsträgern der Vertragsparteien die Ausstellung und Vorlage notwendiger Bescheinigungen, das Antrags- und Bescheiderteilungsverfahren, die Gewährung gegenseitiger Verwaltungshilfe sowie die Zahlungs- und Erstattungsverfahren. Sie bestimmt ebenfalls die für die Durchführung der verschiedenen Versicherungszweige zuständigen Träger und Verbindungsstellen, sowie deren Aufgaben bei der Durchführung des Übereinkommens. Schließlich bestimmt die Verwaltungsvereinbarung die Außerkraftsetzung der Verwaltungsvereinbarung vom 3. April 1967 zur Durchführung des revidierten Abkommens über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer vom 25. Juli 1950.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (311) – 806 06 – Rh 2/89

Bonn, den 6. Januar 1989

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu der Verwaltungsvereinbarung vom 26. November 1987 zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Verwaltungsvereinbarung in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift hierzu sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 596. Sitzung am 16. Dezember 1988 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf

Gesetz zu der Verwaltungsvereinbarung vom 26. November 1987 zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Straßburg am 26. November 1987 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer wird zugestimmt. Die Verwaltungsvereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung von Artikel 90 der Verwaltungsvereinbarung Vorschriften zu erlassen und in Kraft zu setzen über die

1. Änderung der Zuständigkeit und Benennung der in den Anhängen 2, 3, 4 und 6 der Verwaltungsvereinbarung bezeichneten Versicherungsträger und anderen Stellen;
2. Weitergeltung und Ergänzung der im Anhang 5 Teil I der Verwaltungsvereinbarung aufzuführenden, für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen zwischen- und überstaatlichen Bestimmungen;
3. Änderung und Ergänzung der im Anhang 5 Teil II der Verwaltungsvereinbarung aufgeführten Zahlungsvorschriften;
4. Änderung des Anhangs 7 der Verwaltungsvereinbarung über die Bezugszeiträume der Familienbeihilfen im Falle eines Wohnortwechsels der Berechtigten.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Verwaltungsvereinbarung nach ihrem Artikel 91 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Verwaltungsvereinbarung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Der Bezug auf die Bundesgesetzgebung ergibt sich aus

1. Artikel 3 der Verwaltungsvereinbarung in Verbindung mit den Anhängen 2, 3, 4 und 6, in denen vom innerstaatlichen Recht abweichende Zuständigkeiten der Versicherungsträger festgelegt werden:
2. Artikel 91 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung, regelt das Außerkrafttreten der Verwaltungsvereinbarung vom 3. April 1967 zur Durchführung des Revidierten Abkommens vom 13. Februar 1961 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer. Da die Verwaltungsvereinbarung vom 3. April 1967 durch Gesetz vom 23. Juli 1969 (BGBl. 1969 II S. 1357) beschlossen und in Kraft gesetzt worden ist (Bekanntmachung vom 7. Februar 1970 BGBl. II S. 108), erfordert ihre Außerkraftsetzung daher ebenfalls ein Bundesgesetz.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit der Verwaltungsvereinbarung das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung das Erforderliche zur Anwendung der Verwaltungsvereinbarung zu veranlassen, insbesondere hinsichtlich der Änderung der Anhänge sowie der Inkraftsetzung dieser Änderungen.

Zu Artikel 3

Die Verwaltungsvereinbarung sowie die nach Artikel 2 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Verwaltungsvereinbarung nach ihrem Artikel 91 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten, da die Verwaltungsvereinbarung sich im wesentlichen darauf beschränkt, die für die Anwendung des Übereinkommens über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer notwendigen Verfahrens- und Verwaltungsregelungen festzulegen, und weil es sich bei den erfaßten Versicherten um eine kleine Personengruppe handelt.

Auswirkungen auf die Umwelt sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die soziale Sicherheit der Rheinschiffer

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieser Verwaltungsvereinbarung:

a) bezeichnet der Ausdruck „Übereinkommen" das Übereinkommen vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer;

b) bezeichnet der Ausdruck „Vereinbarung" die Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer;

c) haben die in Artikel 1 des Übereinkommens festgelegten Ausdrücke die ihnen dort gegebene Bedeutung.

Artikel 2

Formblätter – Unterrichtung über Rechtsvorschriften – Merkblätter

1. Die Muster der für die Anwendung des Übereinkommens und dieser Vereinbarung erforderlichen Formblätter und sonstigen notwendigen Unterlagen werden von der Zentralen Verwaltungsstelle in deutscher, französischer und niederländischer Sprache festgelegt.

2. Statt der in Absatz 1 genannten Unterlagen können andere von der Zentralen Verwaltungsstelle als gleichwertig anerkannte Unterlagen verwendet werden.

3. Die Zentrale Verwaltungsstelle kann auf Ersuchen der zuständigen Behörde oder zuständigen Behörden einer Vertragspartei Angaben über die Rechtsvorschriften zusammenstellen, für die das Übereinkommen gilt.

4. Die Zentrale Verwaltungsstelle kann Merkblätter ausarbeiten, um die in Betracht kommenden Personen über ihre Ansprüche sowie über die von ihnen bei deren Geltendmachung zu beachtenden Verwaltungsregeln zu unterrichten.

Artikel 3

Anhänge

1. Anhang 1 bezeichnet die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden der Vertragsparteien.

2. Anhang 2 bezeichnet die zuständigen Träger der Vertragsparteien.

3. Anhang 3 bezeichnet die Träger des Wohnorts und die Träger des Aufenthaltsorts der Vertragsparteien.

4. Anhang 4 bezeichnet die von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien bezeichneten Verbindungsstellen.

5. Anhang 5 bezeichnet die in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b) und Absatz 2 sowie in Artikel 42 Absatz 2 genannten Bestimmungen.

Arrangement administratif pour l'application de l'Accord du 30 novembre 1979 concernant la sécurité sociale des bateliers rhénans

Titre I

Dispositions générales

Article 1

Définitions

Pour l'application du présent Arrangement administratif:

a) le terme «Accord» désigne l'Accord du 30 novembre 1979 concernant la sécurité sociale des bateliers rhénans;

b) le terme «Arrangement» désigne l'Arrangement administratif pour l'application de l'Accord du 30 novembre 1979 concernant la sécurité sociale des bateliers rhénans;

c) les termes définis à l'article 1 de l'Accord ont la signification qui leur est attribuée audit article.

Article 2

Modèles d'imprimés – Information sur les législations – Guides

1. Le modèle des formules et de tous autres documents nécessaires à l'application de l'Accord et du présent Arrangement est établi par le Centre administratif en allemand, en français et en néerlandais.

2. Les documents visés au paragraphe précédent peuvent être remplacés par d'autres documents reconnus comme équivalents par le Centre administratif.

3. Le Centre administratif peut réunir, à la demande de l'autorité compétente ou des autorités compétentes de toute Partie Contractante, des informations sur les dispositions des législations auxquelles s'applique l'Accord.

4. Le Centre administratif peut préparer des guides destinés à faire connaître aux intéressés leurs droits, ainsi que les formalités administratives à remplir.

Article 3

Annexes

1. L'Annexe 1 mentionne l'autorité compétente ou les autorités compétentes de chaque Partie Contractante.

2. L'Annexe 2 mentionne les institutions compétentes de chaque Partie Contractante.

3. L'Annexe 3 mentionne les institutions du lieu de résidence et les institutions du lieu de séjour de chaque Partie Contractante.

4. L'Annexe 4 mentionne les organismes de liaison désignés par les autorités compétentes des Parties Contractantes.

5. L'Annexe 5 mentionne les dispositions visées au paragraphe 1 alinéa b) et au paragraphe 2 de l'article 4 et au paragraphe 2 de l'article 42 du présent Arrangement.

6. Anhang 6 bezeichnet die von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien nach Artikel 18 Absatz 1, Artikel 25, Artikel 56, Artikel 63 Absatz 2, Artikel 65, Artikel 66, Artikel 67, Artikel 68 Absatz 2, Artikel 70 Absatz 2, Artikel 71 Absatz 2, Artikel 74 Absatz 2, Artikel 76 Absatz 2 und Artikel 79 Absätze 1 und 2 sowie Artikel 83 bezeichneten Träger oder Stellen.

6. L'Annexe 6 mentionne les institutions ou organismes désignés par les autorités compétentes des Parties Contractantes en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, de l'article 25, de l'article 56, du paragraphe 2 de l'article 63, de l'article 65, de l'article 66, de l'article 67, du paragraphe 2 de l'article 68, du paragraphe 2 de l'article 70, du paragraphe 2 de l'article 71, du paragraphe 2 de l'article 74, du paragraphe 2 de l'article 76 et des paragraphes 1 et 2 de l'article 79 ainsi que l'article 83 du présent Arrangement.

7. Anhang 7 bezeichnet die Zeitabschnitte für die regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen der Familienbeihilfen oder -leistungen.

7. L'Annexe 7 mentionne les périodicités du service des allocations ou des prestations familiales.

Artikel 4

Durch diese Vereinbarung ersetzte internationale Bestimmungen und weitergeltende internationale Vereinbarungen

1. Diese Vereinbarung tritt an die Stelle:

a) von Vereinbarungen über die Durchführung von Abkommen oder Übereinkommen über Soziale Sicherheit, die durch das Übereinkommen ersetzt werden;

b) von Bestimmungen zur Durchführung der in Artikel 5 Absatz 3 des Übereinkommens erwähnten Abkommen oder Übereinkommen über Soziale Sicherheit, soweit diese Bestimmungen nicht in Anhang 5 bezeichnet sind.

2. Anhang 5 bezeichnet die weitergeltenden Bestimmungen in den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Article 4

Dispositions internationales auxquelles le présent arrangement se substitue et accords internationaux maintenus en vigueur

1. Le présent Arrangement se substitue:

a) aux accords relatifs à l'application des conventions de sécurité sociale auxquelles se substitue l'Accord;

b) aux dispositions relatives à l'application des dispositions de conventions de sécurité sociale visées au paragraphe 3 de l'article 5 de l'Accord, à moins que ces dispositions ne soient mentionnées à l'Annexe 5.

2. L'annexe 5 mentionne les dispositions qui demeurent applicables dans les relations entre les Etats membres de la Communauté Economique Européenne.

Titel II

Anwendung des Titels I des Übereinkommens (Allgemeine Bestimmungen)

Anwendung des Artikels 8 Absatz 2 des Übereinkommens

Artikel 5

Zulassung zur freiwilligen Versicherung oder freiwilligen Weiterversicherung

1. Für die Anwendung des Artikels 8 Absatz 2 des Übereinkommens legt der Rheinschiffer dem Träger der in Betracht kommenden Vertragspartei eine Bescheinigung über die nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien zurückgelegten Versicherungszeiten vor. Diese Bescheinigung wird auf Antrag des Rheinschiffers oder des genannten Trägers von dem Träger oder den Trägern ausgestellt, bei denen er diese Zeiten zurückgelegt hat.

2. Wenn für die Anwendung von Artikel 8 Absatz 2 des Übereinkommens Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, gilt Artikel 6 entsprechend.

Titre II

Application du titre I de l'Accord (Dispositions générales)

Application du paragraphe 2 de l'article 8 de l'Accord

Article 5

Admission à l'assurance volontaire ou facultative continuée

1. Pour bénéficier des dispositions du paragraphe 2 de l'article 8 de l'Accord, le batelier rhénan présente à l'institution de la Partie Contractante en cause un certificat mentionnant les périodes d'assurance accomplies sous la législation de toute autre Partie Contractante. Ce certificat est délivré, à la demande du batelier rhénan ou de ladite institution, par l'institution ou les institutions auprès desquelles il a accompli les périodes dont il s'agit.

2. Lorsqu'il y a lieu à totalisation de périodes d'assurance pour le bénéfice des dispositions du paragraphe 2 de l'article 8 de l'Accord, les dispositions de l'article 6 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Titel III

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

Anwendung der Artikel 15, 26, 32, 50 und 55 des Übereinkommens

Artikel 6

Allgemeine Regeln für die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

1. Für die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 15, Artikel 26 Absätze 1 und 2, Artikel 32 Absätze 1 und 2,

Titre III

Totalisation des périodes d'assurance

Application des articles 15, 26, 32, 50 et 55 de l'Accord

Article 6

Règles générales relatives à la totalisation des périodes d'assurance

1. Dans les cas visés à l'article 15, aux paragraphes 1 et 2 de l'article 26, aux paragraphes 1 et 2 de l'article 32, à l'article 50 et

Artikel 50 und Artikel 55 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens gilt folgendes:

a) Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs werden den nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegten Versicherungszeiten die nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien zurückgelegten Versicherungszeiten hinzugerechnet, soweit dies zur Ergänzung der Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei erforderlich ist und soweit sie sich nicht überschneiden; bei den nach Artikel 27 oder 33 des Übereinkommens von den Trägern von zwei oder mehr Vertragsparteien festzustellenden Leistungen bei Invalidität, Alter oder Tod (Pensionen oder Renten) rechnet jeder Träger für sich die von dem Rheinschiffer nach den Rechtsvorschriften aller Vertragsparteien zurückgelegten Versicherungszeiten zusammen;

b) trifft eine Pflichtversicherungszeit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mit einer Zeit der freiwilligen Versicherung oder der freiwilligen Weiterversicherung nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei zusammen, so wird unbeschadet des Artikels 12 Absatz 2 zweiter Satz des Übereinkommens nur die Pflichtversicherungszeit berücksichtigt;

c) trifft eine tatsächliche zurückgelegte Versicherungszeit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei zusammen, so wird nur die tatsächlich zurückgelegte Versicherungszeit berücksichtigt;

d) die nach den Rechtsvorschriften von zwei oder mehr Vertragsparteien einer tatsächlich zurückgelegten Versicherungszeit gleichgestellte Zeit wird nur von dem Träger der Vertragspartei berücksichtigt, nach deren Rechtsvorschriften der Rheinschiffer zuletzt vor dieser Zeit pflichtversichert war; war der Rheinschiffer vor dieser Zeit nicht nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei pflichtversichert, so wird diese Zeit von dem Träger der Vertragspartei berücksichtigt, nach deren Rechtsvorschriften er nach dieser Zeit erstmals pflichtversichert war;

e) kann der Zeitraum, in dem bestimmte Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegt worden sind, nicht genau ermittelt werden, so wird angenommen, daß diese Zeiten sich nicht mit den nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei zurückgelegten Zeiten überschneiden, und sie werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt;

f) werden nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bestimmte Versicherungszeiten nur berücksichtigt, wenn sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, so berücksichtigt der Träger, für den diese Rechtsvorschriften gelten, Zeiten nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei nur dann, wenn sie innerhalb desselben Zeitraums zurückgelegt worden sind.

2. Versicherungszeiten, die in einem System einer Vertragspartei zurückgelegt worden sind, für das das Übereinkommen nicht gilt, die jedoch in einem System dieser Vertragspartei, für das das Übereinkommen gilt, berücksichtigt werden, gelten als für die Zusammenrechnung zu berücksichtigende Versicherungszeiten.

3. Werden Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in Zeiteinheiten ausgedrückt, die von den in den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei verwendeten abweichen, so werden sie für die Zusammenrechnung wie folgt umgerechnet:

a) handelt es sich um einen unselbständigen Rheinschiffer, für den die Sechstagewoche galt, oder um einen selbständigen Rheinschiffer,

i) so entsprechen einander ein Tag und acht Stunden;

aux paragraphes 1 et 2 de l'article 55 de l'Accord, la totalisation des périodes d'assurance s'effectue conformément aux règles suivantes:

a) aux périodes d'assurance accomplies sous la législation d'une Partie Contractante s'ajoutent les périodes d'assurance accomplies sous la législation de toute autre Partie Contractante, dans la mesure où il est nécessaire d'y faire appel pour compléter les périodes d'assurance accomplies sous la législation de la première Partie, en vue de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit aux prestations à condition que ces périodes ne se superposent pas; s'il s'agit de prestations d'invalidité, de vieillesse ou de décès (pensions) à liquider par les institutions de deux ou plusieurs Parties Contractantes conformément aux dispositions de l'article 27 ou de l'article 33 de l'Accord, chacune des institutions en cause procède séparément à cette totalisation, en tenant compte de l'ensemble des périodes d'assurance accomplies par le batelier rhénan sous les législations de toutes les Parties Contractantes auxquelles il a été soumis;

b) lorsqu'une période d'assurance accomplie au titre d'une assurance obligatoire sous la législation d'une Partie Contractante coïncide avec une période d'assurance accomplie au titre d'une assurance volontaire ou facultative continuée sous la législation d'une autre Partie Contractante, seule la première est prise en compte, sans préjudice des dispositions de la seconde phrase du paragraphe 2 de l'article 12 de l'Accord;

c) lorsqu'une période d'assurance effective accomplie sous la législation d'une Partie Contractante coïncide avec une période assimilée à une période d'assurance effective en vertu de la législation d'une autre Partie Contractante, seule la première est prise en compte;

d) toute période assimilée à une période d'assurance effective en vertu des législations de deux ou plusieurs Parties Contractantes n'est prise en compte que par l'institution de celle de ces Parties à la législation de laquelle le batelier rhénan a été soumis à titre obligatoire en dernier lieu avant ladite période ; au cas où le batelier rhénan n'aurait pas été soumis à titre obligatoire à la législation de l'une de ces Parties avant ladite période, celle-ci est prise en compte par l'institution de celle desdites Parties à la législation de laquelle il a été soumis à titre obligatoire pour la première fois après ladite période;

e) au cas où l'époque à laquelle certaines périodes d'assurance ont été accomplies sous la législation d'une Partie Contractante ne peut être déterminée de façon précise, il est présumé que ces périodes ne se superposent pas à des périodes accomplies sous la législation d'une autre Partie Contractante et il en est tenu compte dans la mesure nécessaire;

f) au cas où, selon la législation d'une Partie Contractante, certaines périodes d'assurance ne sont prises en compte que si elles ont été accomplies dans un délai déterminé, l'institution qui applique cette législation ne tient compte de périodes accomplies sous la législation d'une autre Partie Contractante que si elles ont été accomplies dans le même délai.

2. Les périodes d'assurance accomplies sous un régime d'une Partie Contractante auquel ne s'applique pas l'Accord, mais qui sont prises en compte par un régime de la même Partie auquel l'Accord est applicable, sont considérées comme des périodes d'assurance à prendre en compte aux fins de la totalisation.

3. Lorsque les périodes d'assurance accomplies sous la législation d'une Partie Contractante sont exprimées dans des unités différentes de celles qui sont utilisées par la législation d'une autre Partie Contractante, la conversion nécessaire aux fins de la totalisation s'effectue selon les règles suivantes:

a) s'il s'agit d'un batelier rhénan salarié qui a été soumis au régime de la semaine de six jours ou d'un batelier rhénan indépendant,

i) un jour est équivalent à huit heures et inversement;

ii) so entsprechen einander sechs Tage und eine Woche;

iii) so entsprechen einander sechsundzwanzig Tage und ein Monat;

iv) so entsprechen einander drei Monate, dreizehn Wochen, achtundsiebzig Tage und ein Vierteljahr;

v) so werden für die Umrechnung der Wochen in Monate und umgekehrt die Wochen und Monate in Tage umgerechnet;

vi) so darf die Anwendung der vorstehenden Regeln nicht dazu führen, daß als während eines Kalenderjahrs insgesamt zurückgelegte Zeiten mehr als dreihundertzwölf Tage oder zweiundfünfzig Wochen oder zwölf Monate oder vier Vierteljahre berücksichtigt werden;

b) handelt es sich um einen unselbständigen Rheinschiffer, für den die Fünftagewoche galt,

i) so entsprechen einander ein Tag und neun Stunden;

ii) so entsprechen einander fünf Tage und eine Woche;

iii) so entsprechen einander zweiundzwanzig Tage und ein Monat;

iv) so entsprechen einander drei Monate, dreizehn Wochen, sechsundsechzig Tage und ein Vierteljahr;

v) so werden für die Umrechnung der Wochen in Monate und umgekehrt die Wochen und Monate in Tage umgerechnet;

vi) so darf die Anwendung der vorstehenden Regeln nicht dazu führen, daß als während eines Kalenderjahrs insgesamt zurückgelegte Zeiten mehr als zweihundertvierundsechzig Tage oder zweiundfünfzig Wochen oder zwölf Monate oder vier Vierteljahre berücksichtigt werden.

Artikel 7

Berücksichtigung der Beiträge für Zeiten der freiwilligen Versicherung oder der freiwilligen Weiterversicherung

Bleiben nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) Zeiten der freiwilligen Versicherung oder der freiwilligen Weiterversicherung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei für den Fall der Invalidität, des Alters oder des Todes (Pensionen oder Renten) bei der Zusammenrechnung unberücksichtigt, so gelten die auf diese Zeiten entfallenden Beiträge als zur Erhöhung der nach diesen Rechtsvorschriften geschuldeten Leistungen entrichtet.

Titel IV

Anwendung des Titels III des Übereinkommens (Besondere Bestimmungen für die verschiedenen Leistungsarten)

Kapitel I

Krankheit und Mutterschaft

Anwendung des Artikels 15 des Übereinkommens.

Artikel 8

Bescheinigung über Versicherungszeiten

1. Für die Anwendung des Artikels 15 des Übereinkommens legt der Rheinschiffer dem zuständigen Träger eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten vor, die nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei zurückgelegt worden sind, die vorher zuletzt für ihn galten, und macht die zusätzlichen Angaben, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften erforderlich sind.

ii) six jours sont équivalents à une semaine et inversement;

iii) vingt-six jours sont équivalents à un mois et inversement;

iv) trois mois ou treize semaines ou soixante-dix-huit jours sont équivalents à un trimestre et inversement;

v) pour la conversion des semaines en mois et inversement, les semaines et les mois sont convertis en jours;

vi) l'application des règles précédentes ne peut avoir pour effet de retenir, pour l'ensemble des périodes accomplies au cours d'une année civile, un total supérieur à trois cent douze jours ou cinquante-deux semaines ou douze mois ou quatre trimestres;

b) s'il s'agit d'un batelier rhénan salarié qui a été soumis au régime de la semaine de cinq jours,

i) un jour est équivalent à neuf heures et inversement;

ii) cinq jours sont équivalents à une semaine et inversement;

iii) vingt-deux jours sont équivalents à un mois et inversement;

iv) trois mois ou treize semaines ou soixante-six jours sont équivalents à un trimestre et inversement;

v) pour la conversion des semaines en mois et inversement, les semaines et les mois sont convertis en jours;

vi) l'application des règles précédentes ne peut avoir pour effet de retenir, pour l'ensemble des périodes accomplies au cours d'une année civile, un total supérieur à deux cent soixante-quatre jours ou cinquante-deux semaines ou douze mois ou quatre trimestres.

Article 7

Prise en considération des cotisations relatives aux périodes d'assurance volontaire ou facultative continuée

Lorsque, en vertu de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 6 du présent Arrangement, des périodes d'assurance accomplies au titre d'une assurance volontaire ou facultative continuée sous la législation d'une Partie Contractante, en matière d'invalidité, de vieillesse ou de décès (pensions), ne sont pas prises en compte aux fins de la totalisation, les cotisations afférentes à ces périodes sont considérées comme destinées à améliorer les prestations dues au titre de ladite législation.

Titre IV

Application du titre III de l'Accord (Dispositions particulières aux différentes catégories de prestations)

Chapitre 1

Maladie et maternité

Application de l'article 15 de l'Accord

Article 8

Attestation des périodes d'assurance

1. Pour bénéficier des dispositions de l'article 15 de l'Accord, le batelier rhénan présente à l'institution compétente un certificat mentionnant les périodes d'assurance accomplies sous la législation de la Partie Contractante à laquelle il a été soumis antérieurement en dernier lieu et fournit tous renseignements complémentaires requis par la législation que cette institution applique.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 wird auf Antrag des Rheinschiffers vom zuständigen Träger der Krankenversicherung der Vertragspartei ausgestellt, deren Rechtsvorschriften vorher zuletzt für ihn galten. Legt der Rheinschiffer diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der zuständige Träger sie bei diesem Träger an.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn Versicherungszeiten, die vorher nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates berücksichtigt werden müssen.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent est délivré à la demande du batelier rhénan, par l'institution compétente en matière de maladie de la Partie Contractante à la législation de laquelle il a été soumis antérieurement en dernier lieu. Si le batelier rhénan ne présente pas ledit certificat, l'institution compétente s'adresse à cette institution pour l'obtenir.

3. S'il est nécessaire de tenir compte de périodes d'assurance accomplies antérieurement sous la législation de toute autre Partie Contractante pour satisfaire aux conditions requises par la législation de l'Etat compétent, les dispositions des paragraphes précédents du présent article sont applicables par analogie.

Anwendung des Artikels 16 des Übereinkommens

Artikel 9

Sachleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist – Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers –

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer i) des Übereinkommens für sich oder seine Familienangehörigen, die sich mit ihm an Bord eines in Artikel 1 Buchstabe m) des Übereinkommens bezeichneten Fahrzeugs befinden, legt der unselbständige Rheinschiffer, der sich in Ausübung seiner Beschäftigung im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhält, die nicht zuständiger Staat ist, dem Träger des Aufenthaltsorts so bald wie möglich eine vom Arbeitgeber oder dessen Vertreter im Kalendermonat der Vorlage oder in den vorangegangenen zwei Kalendermonaten ausgestellte Bescheinigung vor. In dieser werden insbesondere der Beginn der Beschäftigung der betreffenden Person bei diesem Arbeitgeber sowie Name und Anschrift des zuständigen Trägers angegeben; braucht der Arbeitgeber nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates den zuständigen Träger nicht zu kennen, so teilt der genannte Rheinschiffer Namen und Anschrift dieses Trägers bei der Einreichung seines Antrages dem Träger des Aufenthaltsorts schriftlich mit. Hat er diese Bescheinigung vorgelegt, so wird vermutet, daß er die Voraussetzungen für den Anspruch auf Sachleistungen erfüllt. Kann er sich vor der ärztlichen Behandlung nicht an den Träger des Aufenthaltsorts wenden, so hat er bei Vorlage der genannten Bescheinigung dennoch Anspruch auf ärztliche Behandlung, als wäre er bei diesem Träger versichert.

2. Der Träger des Aufenthaltsorts wendet sich unverzüglich an den zuständigen Träger, um festzustellen, ob die betreffende Person oder seine Familienangehörigen die Voraussetzungen für den Anspruch auf Sachleistungen erfüllen. Er gewährt diese Leistungen bis zum Eingang der Antwort des zuständigen Trägers, höchstens jedoch für die Dauer von dreißig Tagen.

3. Der zuständige Träger beantwortet die Anfrage des Trägers des Aufenthaltsorts binnen zehn Tagen nach deren Eingang. Ist die Antwort zustimmend, so gibt der zuständige Träger gegebenenfalls die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften vorgesehene Höchstdauer der Sachleistungsgewährung an, und der Träger des Aufenthaltsorts setzt die Leistungsgewährung fort.

4. Anstelle der Bescheinigung nach Absatz 1 kann der Rheinschiffer dem Träger des Aufenthaltsorts die Bescheinigung nach Artikel 10 Absatz 1 vorlegen. In diesem Fall gelten die Absätze 1 bis 3 nicht.

5. Wird Krankenhauspflege gewährt, so teilt der Träger des Aufenthaltsorts, sobald er davon Kenntnis erhalten hat, dem zuständigen Träger den Tag der Aufnahme in das Krankenhaus, die voraussichtliche Dauer des Krankenhausaufenthalts und den Tag der Entlassung mit. Die Mitteilung unterbleibt jedoch, wenn dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten der Sachleistungen pauschal erstattet werden, oder bei Erstattungsverzicht.

6. Der Träger des Aufenthaltsorts unterrichtet den zuständigen Träger im voraus von jeder Entscheidung, die sich auf die Gewährung von Sachleistungen von erheblicher Bedeutung bezieht. Der

Application de l'article 16 de l'Accord

Article 9

Prestations en nature en cas de séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent – Présentation d'une attestation de l'employeur –

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa a) i) du paragraphe 1 de l'article 16 de l'Accord, pour lui-même ou pour les membres de sa famille qui se trouvent avec lui à bord d'un bâtiment visé à l'alinéa m) de l'article 1 de l'Accord, le batelier rhénan salarié qui se trouve dans l'exercice de son emploi sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent présente dans les meilleurs délais à l'institution du lieu de séjour une attestation délivrée par l'employeur ou son préposé au cours du mois civil de sa présentation ou des deux mois civils précédents. Cette attestation indique notamment la date depuis laquelle l'intéressé travaille pour le compte dudit employeur, ainsi que le nom et le siège de l'institution compétente; toutefois si, en vertu de la législation de l'Etat compétent l'employeur n'est pas censé connaître l'institution compétente, ledit batelier rhénan indique par écrit le nom et le siège de cette institution, lors de la présentation de la demande à l'institution du lieu de séjour. Lorsqu'il a produit cette attestation, il est présumé remplir les conditions d'ouverture du droit aux prestations en nature. S'il n'est pas en mesure de s'adresser à l'institution du lieu de séjour avant le traitement médical il bénéficie néanmoins de ce traitement sur présentation de ladite attestation, comme s'il était assuré auprès de cette institution.

2. L'institution du lieu de séjour s'adresse sans délai à l'institution compétente pour savoir si l'intéressé ou les membres de sa famille, selon le cas, satisfont aux conditions d'ouverture du droit aux prestations en nature.Elle est tenue de servir ces prestations jusqu'à réception de la réponse de l'institution compétente et au plus pendant un délai de trente jours.

3. L'institution compétente adresse sa réponse à l'institution du lieu de séjour dans un délai de dix jours suivant la réception de la demande de cette institution. Si cette réponse est affirmative, l'institution compétente indique, le cas échéant, la durée maximale d'octroi des prestations en nature, telle qu'elle est prévue par la législation qu'elle applique, et l'institution du lieu de séjour continue de servir lesdites prestations.

4. En remplacement de l'attestation visée au paragraphe 1, le batelier rhénan peut présenter à l'institution du lieu de séjour le certificat visé au paragraphe 1 de l'article 10 du présent Arrangement. En ce cas, les dispositions des paragraphes précédents du présent article ne sont pas applicables.

5. En cas d'hospitalisation, l'institution du lieu de séjour notifie à l'institution compétente, aussitôt qu'elle en a connaissance, la date d'entrée à l'établissement hospitalier, la durée probable de l'hospitalisation et la date de sortie. Toutefois, il n'y a pas lieu à notification, lorsque les dépenses de prestations en nature font l'objet d'un remboursement forfaitaire à l'institution du lieu de séjour, ou en cas de renonciation à remboursement.

6. L'institution du lieu de séjour avise au préalable l'institution compétente de toute décision relative à l'octroi de prestations en nature d'une grande importance. L'institution compétente dispose

zuständige Träger kann innerhalb von fünfzehn Tagen nach Absendung dieser Benachrichtigung seine begründete Ablehnung mitteilen. Der Träger des Aufenthaltsorts gewährt die betreffenden Sachleistungen, wenn er bis zum Ablauf dieser Frist keine ablehnende Stellungnahme erhalten hat. Sind solche Sachleistungen in Fällen äußerster Dringlichkeit zu gewähren, so benachrichtigt der Träger des Aufenthaltsorts den zuständigen Träger unverzüglich. Die Mitteilung einer begründeten Ablehnung unterbleibt, wenn dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten für die Sachleistungen pauschal erstattet werden, oder bei Erstattungsverzicht.

7. Die Zentrale Verwaltungsstelle erstellt die Liste der in Absatz 6 genannten Leistungen.

Artikel 10

Sachleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist – Vorlage einer Bescheinigung des zuständigen Trägers –

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer i) des Übereinkommens, außer im Fall der Berufung auf die in Artikel 9 Absatz 1 dieser Vereinbarung genannte Vermutung, legt der Rheinschiffer dem Träger des Aufenthaltsorts eine Bescheinigung über den Leistungsanspruch vor. Diese vom zuständigen Träger auf Antrag des Rheinschiffers vor der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem er wohnt, ausgestellte Bescheinigung gibt gegebenenfalls insbesondere die nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates vorgesehene Höchstdauer der Sachleistungsgewährung an. Legt der Rheinschiffer diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der Träger des Aufenthaltsorts sie beim zuständigen Träger an.

2. Artikel 9 Absätze 5 und 6 gilt entsprechend.

Artikel 11

Sachleistungen bei Wohnortwechsel in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, oder im Fall der Genehmigung, sich zur Behandlung dorthin zu begeben

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer i) des Übereinkommens legt der Rheinschiffer dem Träger des Wohnorts eine Bescheinigung darüber vor, daß er weiterhin zum Bezug dieser Leistungen berechtigt ist. Diese vom zuständigen Träger auf Antrag des Rheinschiffers vor seiner Abreise ausgestellte Bescheinigung gibt gegebenenfalls insbesondere die nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates vorgesehene Höchstdauer, für welche die Leistungen gewährt werden können, an. Die Bescheinigung kann auf Antrag des Rheinschiffers auch nach seiner Abreise ausgestellt werden, wenn die vorherige Ausstellung infolge höherer Gewalt nicht möglich war.

2. Artikel 9 Absätze 5 und 6 gilt entsprechend.

3. Absatz 1 gilt im Fall des Artikels 16 Absatz 1 Buchstabe c) Ziffer i) des Übereinkommens entsprechend.

Artikel 12

Sachleistungen an Familienangehörige

Für die Gewährung von Sachleistungen an die Familienangehörigen nach Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens gelten die Artikel 10 und 11 entsprechend.

Artikel 13

Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für den Bezug von Geldleistungen nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer ii) des Übereinkommens wendet sich der

d'un délai de quinze jours à compter de l'envoi de cet avis pour notifier, le cas échéant, son opposition motivée. L'institution du lieu de séjour octroie les prestations considérées, si elle n'a pas reçu d'opposition à l'expiration de ce délai. Si de telles prestations doivent être octroyées en cas d'urgence absolue, l'institution du lieu de séjour en avise sans délai l'institution compétente. Toutefois, il n'y a pas lieu de notifier l'opposition motivée, lorsque les dépenses de prestations en nature font l'objet d'un remboursement forfaitaire à l'institution du lieu de séjour, ou en cas de renonciation à remboursement.

7. Le Centre administratif établit la liste des prestations visées au paragraphe précédent.

Article 10

Prestations en nature en cas de séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent – Présentation d'un certificat de l'institution compétente –

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa a) i) du paragraphe 1 de l'article 16 de l'Accord, sauf le cas où est invoquée la présomption établie au paragraphe 1 de l'article 9 du présent Arrangement, le batelier rhénan présente à l'institution du lieu de séjour un certificat attestant qu'il a droit à ces prestations. Ce certificat, délivré par l'institution compétente à la demande de l'intéressé, avant qu'il ne quitte le territoire de la Partie Contractante où il réside, indique notamment, le cas échéant, la durée maximale d'octroi des prestations en nature, telle qu'elle est prévue par la législation de l'Etat compétent. Si l'intéressé ne présente pas ledit certificat, l'institution du lieu de séjour s'adresse à l'institution compétente pour l'obtenir.

2. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 9 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Article 11

Prestations en nature en cas de transfert de résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent ou d'autorisation de s'y rendre pour recevoir des soins

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa b) i) du paragraphe 1 de l'article 16 de l'Accord, le batelier rhénan présente à l'institution du lieu de résidence un certificat attestant qu'il est autorisé à conserver le bénéfice de ces prestations. Ce certificat, délivré par l'institution compétente à la demande de l'intéressé, avant son départ, indique notamment, le cas échéant, la durée maximale pendant laquelle lesdites prestations peuvent être servies, selon les dispositions de la législation de l'Etat compétent. Le certificat peut être délivré après le départ de l'intéressé, à la demande de ce dernier, lorsqu'il n'a pu être établi antérieurement pour des raisons de force majeure.

2. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 9 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article sont applicables par analogie, dans le cas visé à l'alinéa c) i) du paragraphe 1 de l'article 16 de l'Accord.

Article 12

Prestations en nature aux membres de famille

Les dispositions des articles 10 et 11 du présent Arrangement, selon le cas, sont applicables par analogie pour l'octroi des prestations en nature aux membres de famille visés au paragraphe 3 de l'article 16 de l'Accord.

Article 13

Prestations en espèces en cas de séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Pour bénéficier des prestations en espèces en vertu de l'alinéa a) ii) du paragraphe 1 de l'article 16 de l'Accord, le batelier

Rheinschiffer binnen drei Tagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit an den Träger des Aufenthaltsorts und legt, wenn die für den zuständigen Träger oder für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften dies vorsehen, eine vom behandelnden Arzt ausgestellte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vor. Außerdem gibt er seine Anschrift am Aufenthaltsort sowie Namen und Anschrift des zuständigen Trägers an.

2. Stellen die behandelnden Ärzte des Aufenthaltslandes keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen aus, so wendet sich der Rheinschiffer innerhalb der Frist, die in den für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften festgesetzt ist, unmittelbar an diesen Träger. Dieser veranlaßt sofort die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit und die Ausstellung der Bescheinigung nach Absatz 1.

3. Der Träger des Aufenthaltsorts übermittelt dem zuständigen Träger unverzüglich die in den Absätzen 1 und 2 genannten Unterlagen und teilt insbesondere die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit mit.

4. Der Träger des Aufenthaltsorts führt so bald wie möglich die ärztliche und verwaltungsmäßige Kontrolle des Rheinschiffers durch und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit, der das Recht behält, auf seine Kosten den Rheinschiffer durch einen Arzt seiner Wahl untersuchen zu lassen. Verweigert der zuständige Träger die Leistungen wegen Nichtbeachtung der Kontrollvorschriften seitens des Rheinschiffers, so teilt er diesem seine Entscheidung mit und übersendet gleichzeitig eine Ausfertigung dieser Entscheidung dem Träger des Aufenthaltsorts.

5. Der Träger des Aufenthaltsorts benachrichtigt unverzüglich den Rheinschiffer sowie den zuständigen Träger über das Ende der Arbeitsunfähigkeit. Entscheidet der letztgenannte Träger selbst, daß der Rheinschiffer wieder arbeitsfähig ist, so teilt er ihm diese Entscheidung mit und übersendet gleichzeitig eine Ausfertigung seiner Entscheidung dem Träger des Aufenthaltsorts.

6. Haben der Träger des Aufenthaltsorts und der zuständige Träger für denselben Fall zwei verschiedene Tage für das Ende der Arbeitsunfähigkeit festgesetzt, so ist der vom zuständigen Träger festgesetzte Tag maßgebend.

7. Nimmt der Rheinschiffer die Arbeit wieder auf, so teilt er dies dem zuständigen Träger mit, wenn die für diesen geltenden Rechtsvorschriften dies vorsehen.

8. Der zuständige Träger gewährt die Geldleistungen in geeigneter Weise, insbesondere durch internationale Postanweisung, und benachrichtigt davon den Träger des Aufenthaltsorts. Werden diese Leistungen vom Träger des Aufenthaltsorts zu Lasten des zuständigen Trägers gewährt, so unterrichtet dieser nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften den Rheinschiffer über seine Ansprüche und über den mit der Leistungsgewährung beauftragten Träger. Gleichzeitig unterrichtet er den Träger des Aufenthaltsorts über die Höhe der Leistungen, die Tage, an denen sie zu zahlen sind, und über die Höchstdauer der Leistungsgewährung nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates.

9. Zwei oder mehr Vertragsparteien oder die zuständigen Behörden dieser Vertragsparteien können, soweit sie betroffen sind, nach Stellungnahme durch die Zentrale Verwaltungsstelle andere Durchführungsvorschriften, als sie nach den Absätzen 1 bis 8 vorgesehen sind, vereinbaren.

Anwendung des Artikels 17 des Übereinkommens

Artikel 14

Sachleistungen bei Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe a) des Übereinkommens läßt der Rheinschiffer sich beim Träger des Wohnorts eintragen und legt diesem dabei eine Bescheinigung über den Anspruch auf Sachleistungen vor. Diese Bescheinigung wird vom zuständigen Träger, gegebenenfalls auf

rhénan s'adresse à l'institution du lieu de séjour, dans un délai de trois jours à compter du début de l'incapacité de travail, en présentant, si la législation appliquée par l'institution compétente ou par l'institution du lieu de séjour le prévoit, un certificat d'incapacité de travail délivré par le médecin traitant. Il indique en outre son adresse dans le pays où il séjourne, ainsi que le nom et l'adresse de l'institution compétente.

2. Lorsque les médecins traitants du pays de séjour ne délivrent pas de certificats d'incapacité de travail, le batelier rhénan s'adresse directement à l'institution du lieu de séjour, dans le délai fixé par la législation qu'elle applique. Cette institution fait procéder immédiatement à la constatation médicale de l'incapacité de travail et à l'établissement du certificat visé au paragraphe précédent.

3. L'institution du lieu de séjour transmet sans délai à l'institution compétente les documents visés aux paragraphes précédents du présent article, en précisant notamment la durée probable de l'incapacité de travail.

4. Dès que possible, l'institution du lieu de séjour procède au contrôle médical et administratif du batelier rhénan et en communique sans délai les résultats à l'institution compétente qui conserve la faculté de faire procéder à l'examen de l'intéressé par un médecin de son choix, à sa propre charge. Si cette dernière institution décide de refuser les prestations parce que les règles de contrôle n'ont pas été observées par le batelier rhénan, elle lui notifie cette décision et en adresse simultanément copie à l'institution du lieu de séjour.

5. La fin de l'incapacité de travail est notifiée sans délai au batelier rhénan par l'institution du lieu de séjour, qui en avise aussitôt l'institution compétente. Lorsque cette dernière institution décide elle-même que le batelier rhénan est redevenu apte au travail, elle lui notifie cette décision et en adresse simultanément copie à l'institution du lieu de séjour.

6. Si, dans le même cas, deux dates différentes sont fixées respectivement par l'institution du lieu de séjour et par l'institution compétente pour la fin de l'incapacité de travail, la date fixée par l'institution compétente est retenue.

7. Lorsque le batelier rhénan reprend le travail, il en avise l'institution compétente, s'il est ainsi prévu par la législation que cette institution applique.

8. L'institution compétente sert les prestations en espèces par tous moyens appropriés, notamment par mandat-poste international, et en avise l'institution du lieu de séjour. Si ces prestations sont servies par l'institution du lieu de séjour pour le compte de l'institution compétente, l'institution compétente informe le batelier rhénan de ses droits, selon les modalités prescrites par la législation qu'elle applique, et lui indique en même temps l'institution chargée de servir lesdites prestations. Elle fait simultanément connaître à l'institution du lieu de séjour le montant des prestations, les dates auxquelles elles doivent être servies et la durée maximale de leur octroi, telle qu'elle est prévue par la législation de l'Etat compétent.

9. Deux ou plusieurs Parties Contractantes ou leurs autorités compétentes peuvent fixer, d'un commun accord, pour ce qui les concerne, et après avis du Centre administratif, des modalités d'application différentes de celles qui sont prévues aux paragraphes précédents du présent article.

Application de l'article 17 de l'Accord

Article 14

Prestations en nature en cas de résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 17 de l'Accord, le batelier rhénan s'inscrit auprès de l'institution du lieu de résidence, en présentant un certificat attestant qu'il a droit à ces prestations. Ce certificat est délivré par l'institution compétente, au vu des renseignements

Grund von Auskünften des Arbeitgebers, ausgestellt. Legt der Rheinschiffer diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der Träger des Wohnorts sie beim zuständigen Träger an.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 gilt bis zum Eingang einer Mitteilung über ihren Widerruf beim Träger des Wohnorts. Die Bescheinigung eines französischen Trägers gilt vom Ausstellungstag an jedoch nur ein Jahr und ist jährlich zu erneuern.

3. Der Träger des Wohnorts benachrichtigt den zuständigen Träger von jeder von ihm nach Absatz 1 vorgenommenen Eintragung.

4. Bei jedem Antrag auf Sachleistungen legt der Antragsteller die Nachweise vor, die nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet er wohnt, für die Gewährung der Sachleistungen gewöhnlich erforderlich sind.

5. Artikel 9 Absätze 5 und 6 gilt entsprechend.

6. Der Rheinschiffer hat den Träger des Wohnorts von jeder Änderung in seinen Verhältnissen zu unterrichten, die den Anspruch auf Sachleistungen berühren kann, insbesondere von der Beendigung oder dem Wechsel der Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit oder dem Wechsel des Wohn- oder Aufenthaltsorts. Der zuständige Träger und der Träger des Wohnorts unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung, die den Anspruch des Rheinschiffers auf Sachleistungen berühren kann.

Artikel 15
Sachleistungen an Familienangehörige

Für die Gewährung von Sachleistungen an die Familienangehörigen nach Artikel 17 Absatz 2 des Übereinkommens gilt Artikel 14 entsprechend.

Artikel 16
Geldleistungen bei Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für den Bezug von Geldleistungen nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe b) des Übereinkommens legt der Rheinschiffer dem Träger seines Wohnorts binnen drei Tagen nach dem Eintritt der Arbeitsunfähigkeit eine Anzeige über die Arbeitseinstellung oder, wenn die für den zuständigen Träger oder für den Träger des Wohnorts geltenden Rechtsvorschriften dies vorsehen, eine vom behandelnden Arzt ausgestellte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vor. Er legt ferner die sonstigen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates nach Art der beantragten Leistungen erforderlichen Unterlagen vor.

2. Stellen die behandelnden Ärzte des Wohnlandes keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen aus, so gilt Artikel 13 Absatz 2 entsprechend.

3. Der Träger des Wohnorts übermittelt dem zuständigen Träger unverzüglich die in den Absätzen 1 und 2 genannten Unterlagen und teilt insbesondere die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit mit.

4. Artikel 13 Absätze 4 bis 9 gilt entsprechend.

Anwendung des Artikels 18 des Übereinkommens

Artikel 17
Leistungen an den arbeitslos gewordenen Rheinschiffer und seine Familienangehörigen bei Aufenthalt oder Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für die Gewährung von Sachleistungen an den arbeitslos gewordenen Rheinschiffer und seine Familienangehörigen bei

fournis, le cas échéant, par l'employeur. Si le batelier rhénan ne présente pas ledit certificat, l'institution du lieu de résidence s'adresse à l'institution compétente pour l'obtenir.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent demeure valable aussi longtemps que l'institution du lieu de résidence n'a pas reçu notification de son annulation. Toutefois, lorsque ledit certificat est délivré par une institution française, il est seulement valable pendant le délai d'un an suivant la date de sa délivrance et doit être renouvelé tous les ans.

3. L'institution du lieu de résidence avise l'institution compétente de toute inscription à laquelle elle a procédé conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article.

4. Lors de toute demande de prestations en nature, le requérant présente les pièces justificatives normalement requises pour l'octroi des prestations en nature en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle il réside.

5. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 9 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

6. Le batelier rhénan est tenu d'informer l'institution du lieu de résidence de tout changement dans sa situation susceptible de modifier le droit aux prestations en nature, notamment tout abandon ou changement d'emploi ou d'activité professionnelle ou tout transfert de résidence ou de séjour. L'institution compétente et l'institution du lieu de résidence s'informent mutuellement de tout changement pouvant modifier le droit aux prestations en nature du batelier rhénan.

Article 15
Prestations en nature aux membres de famille

Les dispositions de l'article 14 du présent Arrangement sont applicables par analogie pour l'octroi des prestations en nature aux membres de famille visés au paragraphe 2 de l'article 17 de l'Accord.

Article 16
Prestations en espèces en cas de résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Pour bénéficier des prestations en espèces en vertu de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 17 de l'Accord, le batelier rhénan s'adresse à l'institution du lieu de résidence, dans un délai de trois jours à compter du début de l'incapacité de travail, en présentant un avis d'arrêt de travail ou, si la législation appliquée par l'institution compétente ou par l'institution du lieu de résidence le prévoit, un certificat d'incapacité de travail délivré par le médecin traitant. Il est en outre tenu de produire tous autres documents requis en vertu de la législation de l'Etat compétent, selon la nature des prestations demandées.

2. Lorsque les médecins traitants du pays de résidence ne délivrent pas de certificats d'incapacité de travail, les dispositions du paragraphe 2 de l'article 13 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

3. L'institution du lieu de résidence transmet sans délai à l'institution compétente les documents visés aux paragraphes précédents du présent article, en précisant notamment la durée probable de l'incapacité de travail.

4. Les dispositions des paragraphes 4 à 9 de l'article 13 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Application de l'article 18 de l'Accord

Article 17
Prestations au batelier rhénan devenu chômeur et aux membres de sa famille séjournant ou résidant sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Les dispositions des articles 10, 11, 12, 14 et 15 du présent Arrangement sont applicables par analogie pour l'octroi des pres-

Aufenthalt oder Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, gelten die Artikel 10, 11, 12, 14 und 15 entsprechend.

2. Für die Gewährung von Geldleistungen an den arbeitslos gewordenen Rheinschiffer, der sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, aufhält oder dort wohnt, gelten die Artikel 13 und 16 entsprechend.

tations en nature au batelier rhénan devenu chômeur et aux membres de sa famille qui séjournent ou résident sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent.

2. Les dispositions des articles 13 et 16 du présent Arrangement sont applicables par analogie pour l'octroi de prestations en espèces au batelier rhénan devenu chômeur qui séjourne ou réside sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent.

Anwendung des Artikels 19 Absatz 2 des Übereinkommens

Artikel 18

Geldleistungen
– Bescheinigung über die zu berücksichtigenden Familienangehörigen –

1. Für die Anwendung des Artikels 19 Absatz 2 des Übereinkommens legt die in Betracht kommende Person dem zuständigen Träger eine Bescheinigung über ihre Familienangehörigen vor, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wohnen, die nicht zuständiger Staat ist. Diese Bescheinigung wird von dem bei Krankheit zuständigen Träger des Wohnorts dieser Familienangehörigen oder von einem anderen Träger ausgestellt, den die zuständige Behörde der Vertragspartei bezeichnet hat, in deren Hoheitsgebiet diese Familienangehörigen wohnen.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 gilt vom Ausstellungstag an zwölf Monate. Sie kann erneuert werden; in diesem Fall beginnt ihre Geltungsdauer mit dem Tag der Erneuerung. Die betreffende Person hat dem zuständigen Träger jede in die Bescheinigung einzutragende Änderung unverzüglich mitzuteilen. Die Änderung wird mit dem Tage ihres Eintritts wirksam.

Application du paragraphe 2 de l'article 19 de l'Accord

Article 18

Prestations en espèces
– Certificat relatif aux membres de famille à prendre en considération –

1. Pour bénéficier des dispositions du paragraphe 2 de l'article 19 de l'Accord, l'intéressé présente à l'institution compétente un certificat relatif aux membres de sa famille qui résident sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent. Ce certificat est délivré soit par l'institution du lieu de résidence de ces membres de famille, compétente en matière de maladie, soit par une autre institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle ces membres de famille résident.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent est valable pendant un délai de douze mois suivant la date de sa délivrance. Il peut être renouvelé; dans ce cas, la durée de sa validité court à partir de la date de son renouvellement. L'intéressé est tenu de notifier immédiatement à l'institution compétente toute modification à apporter à ce certificat. Une telle modification prend effet à compter du jour où le fait qui la justifie est survenu.

Anwendung des Artikels 20 des Übereinkommens

Artikel 19

Sachleistungen an den Pensions- oder Rentenantragsteller und seine Familienangehörigen bei Aufenthalt oder Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

Für die Gewährung von Sachleistungen an Pensions- oder Rentenantragsteller und ihre Familienangehörigen, die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, aufhalten oder die dort wohnen, gelten die Artikel 10, 11, 12, 14 und 15 entsprechend.

Application de l'article 20 de l'Accord

Article 19

Prestations en nature au demandeur de pension ou de rente et aux membres de sa famille séjournant ou résidant sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

Les dispositions des articles 10, 11, 12, 14 et 15 du présent Arrangement sont applicables par analogie pour l'octroi des prestations en nature au demandeur de pension ou de rente et aux membres de sa famille qui séjournent ou résident sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent.

Anwendung des Artikels 21 des Übereinkommens

Artikel 20

Sachleistungen für Rentner und ihre Familienangehörigen, die ihren Wohnort nicht im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben, nach deren Rechtsvorschriften sie eine Rente beziehen und Anspruch auf Leistungen haben

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 21 Absatz 2 des Übereinkommens im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem er wohnt, läßt der Pensions- oder Rentenberechtigte sich und seine Familienangehörigen beim Träger des Wohnorts eintragen und legt dabei eine Bescheinigung darüber vor, daß er nach den Rechtsvorschriften, nach denen eine Pension oder Rente geschuldet wird, für sich und seine Familienangehörigen Anspruch auf Sachleistungen hat.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 wird auf Antrag des Berechtigten von dem oder einem der zur Zahlung einer Pension

Application de l'article 21 de l'Accord

Article 20

Prestations en nature aux titulaires de pensions ou de rentes et aux membres de leur famille n'ayant pas leur résidence sur le territoire d'une Partie Contractante au titre de la législation de laquelle ils bénéficient d'une pension ou d'une rente et ont droit aux prestations

1. Pour bénéficier des prestations en nature sur le territoire de la Partie Contractante où il réside, en vertu du paragraphe 2 de l'article 21 de l'Accord, le titulaire de pension ou de rente s'inscrit, ainsi que les membres de sa famille, auprès de l'institution du lieu de résidence, en présentant un certificat attestant qu'il a droit aux prestations en nature, pour lui-même et pour les membres de sa famille, en vertu de la législation ou de l'une des législations au titre desquelles une pension ou une rente est due.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent est délivré, à la demande du titulaire, par l'institution ou par l'une des institutions

oder Rente verpflichteten Träger, oder gegebenenfalls vom Träger, der über den Anspruch auf Sachleistungen zu entscheiden hat, ausgestellt, sobald der Berechtigte die Anspruchsvoraussetzungen für diese Leistungen erfüllt. Legt der Berechtigte diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der Träger des Wohnorts sie bei dem oder den zur Zahlung seiner Pension oder Rente verpflichteten Trägern oder gegebenenfalls bei einem anderen zur Ausstelung dieser Bescheinigung befugten Träger an. Bis zum Eingang der Bescheinigung kann der Träger des Wohnorts aufgrund von ihm anerkannter Nachweise den Berechtigten und seine Familienangehörigen vorläufig eintragen. Diese Eintragung ist für den Träger, zu dessen Lasten die Sachleistungen gehen, nur dann verbindlich, wenn er die genannte Bescheinigung ausgestellt hat.

3. Der Träger des Wohnorts teilt dem Träger, der die Bescheinigung nach Absatz 1 ausgestellt hat, jede nach Absatz 1 vorgenommene Eintragung mit.

4. Bei jedem Antrag auf Sachleistungen kann der Träger des Wohnorts den Nachweis des Pensions- oder Rentenanspruchs durch Vorlage des Empfangscheins oder des Empfängerabschnitts der Anweisung der letzten Pensions- oder Rentenzahlung verlangen.

5. Der Berechtigte oder seine Familienangehörigen haben den Träger des Wohnorts von jeder Änderung in ihren Verhältnissen zu unterrichten, die den Anspruch auf Sachleistungen berühren kann, insbesondere vom Ruhen oder Wegfall der Pension oder Rente und vom Wechsel des Wohnorts. Auch die in Betracht kommenden Träger unterrichten den Träger des Wohnorts des Berechtigten von den zu ihrer Kenntnis gelangten Änderungen.

débitrices de pension ou de rente ou, le cas échéant, par l'institution habilitée à décider du droit aux prestations en nature, dès que le titulaire satisfait aux conditions d'ouverture du droit à ces prestations. Si le titulaire ne présente pas ce certificat, l'institution du lieu de résidence s'adresse, pour l'obtenir, à l'institution ou aux institutions débitrices de pension ou de rente ou, le cas échéant, à toute autre institution habilitée à délivrer ledit certificat. En attendant la réception de ce certificat, l'institution du lieu de résidence peut procéder à une inscription provisoire du titulaire et des membres de sa famille, au vu des pièces justificatives admises par elle. Cette inscription n'est opposable à l'institution à laquelle incombe la charge des prestations en nature que lorsque cette dernière institution a délivré ledit certificat.

3. L'institution du lieu de résidence avise l'institution qui a délivré le certificat visé au paragraphe 1 du présent article de toute inscription à laquelle elle a procédé conformément aux dispositions de ce même paragraphe.

4. Lors de toute demande de prestations en nature, l'institution du lieu de résidence peut exiger du titulaire la preuve qu'il a toujours droit à une pension ou rente, au moyen du récépissé ou du talon du mandat correspondant au dernier arrérage servi.

5. Le titulaire ou les membres de sa famille sont tenus d'informer l'institution du lieu de résidence de tout changement dans leur situation susceptible de modifier le droit aux prestations en nature, notamment toute suspension ou suppression de la pension ou de la rente et tout transfert de leur résidence. Les institutions en cause informent également l'institution du lieu de résidence du titulaire de tout changement dont elles ont connaissance.

Artikel 21

Sachleistungen an Familienangehörige, die ihren Wohnort im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als der Pensions- oder Rentenberechtigte haben

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 21 Absatz 4 des Übereinkommens im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie wohnen, lassen sich die Familienangehörigen eines Pensions- oder Rentenberechtigten beim Träger ihres Wohnorts eintragen und legen dabei die nach den für diesen Träger für die Gewährung solcher Leistungen an Familienangehörige von Pensions- oder Rentenberechtigten geltenden Rechtsvorschriften gewöhnlich erforderlichen Nachweise sowie eine Bescheinigung vor, die der nach Artikel 20 Absatz 1 entspricht. Dieser Träger zeigt dem Träger des Wohnorts des Berechtigten jede Eintragung an, die er hiernach vorgenommen hat.

2. Die Familienangehörigen legen mit dem Antrag auf Sachleistungen dem Träger ihres Wohnorts eine Bescheinigung über den Anspruch des Berechtigten und seiner Familienangehörigen auf Sachleistungen vor; diese Bescheinigung wird vom Träger des Wohnorts des Berechtigten ausgestellt und gilt bis zum Eingang einer Mitteilung über ihren Widerruf beim Träger des Wohnorts der Familienangehörigen.

3. Der Träger des Wohnorts des Berechtigten unterrichtet den Träger des Wohnorts der Familienangehörigen vom Ruhen oder Wegfall der Pension oder Rente und vom Wechsel des Wohnorts des Berechtigten. Der Träger des Wohnorts der Familienangehörigen kann vom Träger des Wohnorts des Berechtigten jederzeit Auskünfte über dessen Leistungsansprüche verlangen.

4. Die Familienangehörigen haben den Träger ihres Wohnorts von jeder Änderung in ihren Verhältnissen zu unterrichten, die den Anspruch auf Sachleistungen berühren kann, insbesondere vom Wechsel des Wohnorts.

Article 21

Prestations en nature aux membres de famille ayant leur résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que celui où réside le titulaire de pension ou de rente

1. Pour bénéficier des prestations en nature sur le territoire de la Partie Contractante où ils résident, en vertu du paragraphe 4 de l'article 21 de l'Accord, les membres de famille d'un titulaire de pension ou de rente s'inscrivent auprès de l'institution du lieu de leur résidence, en présentant les pièces justificatives normalement requises, en vertu de la législation que cette institution applique, pour l'octroi de telles prestations aux membres de la famille d'un titulaire de pension ou de rente, ainsi qu'un certificat analogue à celui qui est visé au paragraphe 1 de l'article 20 du présent Arrangement. Ladite institution avise l'institution du lieu de résidence du titulaire de toute inscription à laquelle elle a procédé conformément aux dispositions du présent paragraphe.

2. Lors de toute demande de prestations en nature, les membres de famille présentent à l'institution du lieu de leur résidence un certificat attestant que le titulaire a droit aux prestations en nature pour lui-même et pour les membres de sa famille; ce certificat, délivré par l'institution du lieu de résidence du titulaire, demeure valable aussi longtemps que l'institution du lieu de résidence des membres de famille n'a pas reçu notification de son annulation.

3. L'institution du lieu de résidence du titulaire informe l'institution du lieu de résidence des membres de famille de la suspension ou suppression de la pension ou de la rente et de tout transfert de la résidence du titulaire. L'institution du lieu de résidence des membres de famille peut demander en tout temps à l'institution du lieu de résidence du titulaire de lui fournir tous renseignements relatifs aux droits à prestations de ce dernier.

4. Les membres de famille sont tenus d'informer l'institution du lieu de leur résidence de tout changement dans leur situation susceptible de modifier le droit aux prestations en nature, notamment tout transfert de leur résidence.

Artikel 22

Sachleistungen an den Pensions- oder Rentenberechtigten und seine Familienangehörigen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer anderen als der Vertragspartei, in der sie wohnen

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 21 Absatz 6 des Übereinkommens legt der Pensions- oder Rentenberechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts eine Bescheinigung über den Leistungsanspruch vor. Diese vom Träger seines Wohnorts vor seiner Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem er wohnt, ausgestellte Bescheinigung gibt gegebenenfalls insbesondere die nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei vorgesehene Höchstdauer der Sachleistungsgewährung an. Legt der Berechtigte diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der Träger des Aufenthaltsorts sie beim Träger des Wohnorts an. Wenn jedoch nach Artikel 78 Absatz 3 dieser Vereinbarung diese Leistungen zu Lasten des zuständigen Trägers gehen, so wird die Genehmigung nach Artikel 21 Absatz 6 Buchstabe b) des Übereinkommens durch den zuständigen Träger erteilt.

2. Im Fall des Artikels 21 Absatz 6 Buchstabe a) des Übereinkommens gilt Artikel 9 Absätze 5 und 6 dieser Vereinbarung entsprechend. Unter Berücksichtigung von Artikel 78 Absatz 3 gilt in diesem Fall der Träger des Wohnorts des Berechtigten als zuständiger Träger.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Gewährung der Sachleistungen an die Familienangehörigen nach Artikel 21 Absatz 6 Buchstabe a) des Übereinkommens.

4. Absatz 1 gilt entsprechend für die Gewährung von Sachleistungen an die Familienangehörigen nach Artikel 21 Absatz 6 Buchstabe b) des Übereinkommens.

Article 22

Prestations en nature au titulaire de pension ou de rente et aux membres de sa famille en cas de séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que celui où ils résident

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu du paragraphe 6 de l'article 21 de l'Accord, le titulaire de pension ou de rente présente à l'institution du lieu de séjour un certificat attestant qu'il a droit à ces prestations. Ce certificat, délivré par l'institution du lieu de résidence du titulaire, avant qu'il ne quitte le territoire de la Partie Contractante où il réside, indique notamment, le cas échéant, la durée maximale d'octroi des prestations en nature, telle qu'elle est prévue par la législation de cette Partie. Si le titulaire ne présente pas ledit certificat, l'institution du lieu de séjour s'adresse à l'institution du lieu de résidence pour l'obtenir. Toutefois lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 3 de l'article 78 du présent Arrangement, la charge de ces prestations incombe à l'institution compétente, l'autorisation prévue au paragraphe 6 alinéa b) de l'article 21 de l'Accord est accordée par l'institution compétente.

2. Dans le cas visé à l'alinéa a) du paragraphe 6 de l'article 21 de l'Accord, les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 9 du présent Arrangement sont applicables par analogie. Dans ce cas, compte tenu des dispositions du paragraphe 3 de l'article 78 du présent Arrangement, l'institution du lieu de résidence du titulaire est considérée comme l'institution compétente.

3. Les dispositions des paragraphes précédents du présent article sont applicables par analogie pour l'octroi des prestations en nature aux membres de famille dans les cas visés à l'alinéa a) du paragraphe 6 de l'article 21 de l'Accord.

4. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article sont applicables par analogie pour l'octroi de prestations en nature aux membres de famille dans les cas visés à l'alinéa b) du paragraphe 6 de l'article 21 de l'Accord.

Anwendung der Artikel 16 und 21 des Übereinkommens

Artikel 23

Erstattung der bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei entstandenen Kosten durch den zuständigen Träger

Konnten während des Aufenthalts der in Betracht kommenden Person im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, die Formvorschriften der Artikel 9 Absatz 1, Artikel 10 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 1 oder Artikel 22 Absatz 1 nicht eingehalten werden, so werden die entstandenen Kosten auf Antrag der betreffenden Person vom zuständigen Träger nach den für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Sätzen erstattet. Der Träger des Aufenthaltsorts erteilt dem zuständigen Träger auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte über diese Sätze.

Application des articles 16 et 21 de l'Accord

Article 23

Remboursement par l'institution compétente des frais exposés lors d'un séjour sur le territoire d'une autre Partie Contractante

Si les formalités prévues au paragraphe 1 de l'article 9, au paragraphe 1 de l'article 10, au paragraphe 1 de l'article 11 et au paragraphe 1 de l'article 22 du présent Arrangement n'ont pu être accomplies pendant le séjour de l'intéressé sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, les frais exposés sont remboursés, à la demande de l'intéressé, par l'institution compétente selon les tarifs de remboursement appliqués par l'institution du lieu de séjour. L'institution du lieu de séjour fournit à l'institution compétente qui le demande les indications nécessaires sur ces tarifs.

Kapitel 2

Invalidität, Alter und Tod (Pensionen oder Renten)

Anwendung der Artikel 24 bis 39 des Übereinkommens
Einreichung und Bearbeitung der Leistungsanträge

Abschnitt 1: Invalidität

Artikel 24

Antrag auf Leistungen bei Invalidität in den Fällen, in denen für den Antragsteller ausschließlich die in Anhang VI des Übereinkommens bezeichneten Rechtsvorschriften galten

1. Für den Bezug von Leistungen nach den Artikeln 25 und 27 des Übereinkommens, einschließlich in den in Artikel 28 Absatz 2, Artikel 29 Absatz 1 und Artikel 30 Absatz 2 des Übereinkommens

Chapitre 2

Invalidité, vieillesse et décès (pensions)

Application des articles 24 à 39 de l'Accord
Présentation et instruction des demandes de prestations

Section 1: Invalidité

Article 24

Demande de prestations d'invalidité dans le cas où le requérant a été soumis exclusivement à des législations mentionnées à l'annexe VI de l'Accord

1. Pour bénéficier des prestations en vertu des articles 25 et 27 de l'Accord, y compris dans les cas visés au paragraphe 2 de l'article 28, au paragraphe 1 de l'Article 29 et au paragraphe 2 de

genannten Fällen, stellt die in Betracht kommende Person einen entsprechenden Antrag entweder bei dem Träger der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit mit anschließender Invalidität oder der Verschlimmerung des Invaliditätszustandes für sie galten, oder bei dem Träger des Wohnorts, der den Antrag dem erstgenannten Träger unter Angabe des Tags der Antragstellung übermittelt; dieser Tag gilt als Tag der Antragstellung bei dem erstgenannten Träger. Wurden jedoch Geldleistungen im Rahmen der Krankenversicherung gewährt, so gilt der Tag, an dem der Zeitraum endet, für den diese Geldleistungen gewährt wurden, gegebenenfalls als Tag der Antragstellung.

2. Im Fall des Artikels 29 Absatz 1 Buchstabe b) des Übereinkommens teilt der Träger, bei dem der Antragsteller zuletzt versichert war, dem ursprünglich leistungspflichtigen Träger mit, in welcher Höhe und ab wann die Leistungen nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet werden.

Artikel 25

Bescheinigung über die zu berücksichtigenden Familienangehörigen

Für die Anwendung des Artikels 27 Absatz 5 des Übereinkommens legt der Antragsteller eine Bescheinigung über seine Familienangehörigen vor, die nicht im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wohnen, in dem der zur Leistungsfeststellung verpflichtete Träger seinen Sitz hat. Diese Bescheinigung wird vom Träger der Krankenversicherung des Wohnorts der Familienangehörigen oder von einem anderen Träger ausgestellt, den die zuständige Behörde der Vertragspartei bezeichnet hat, in deren Hoheitsgebiet die Familienangehörigen wohnen. Artikel 18 Absatz 2 gilt entsprechend.

Artikel 26

Bearbeitung der Anträge auf Leistungen bei Invalidität in den Fällen, in denen für den Antragsteller ausschließlich die in Anhang VI des Übereinkommens bezeichneten Rechtsvorschriften galten

1. Stellt der Träger, bei dem ein Antrag auf Leistungen bei Invalidität gestellt worden ist, fest, daß Artikel 25 Absatz 1 des Übereinkommens anzuwenden ist, so fordert er erforderlichenfalls bei dem Träger, bei dem der Antragsteller vorher zuletzt versichert war, eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten an, die der Antragsteller nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt hat.

2. Absatz 1 gilt entsprechend, wenn frühere, nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei zurückgelegte Versicherungszeiten zur Erfüllung der Voraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates berücksichtigt werden müssen.

3. Im Fall des Artikels 27 Absatz 3 des Übereinkommens übermittelt der Träger, der den Antrag bearbeitet hat, diesen mit Unterlagen dem Träger, bei dem der Antragsteller vorher zuletzt versichert war.

4. Im Fall des Artikels 27 Absatz 4 des Übereinkommens wird der Antrag gegebenenfalls dem Träger der Invaliditätsversicherung übermittelt, bei dem der Antragsteller zuletzt für den Fall der Invalidität versichert war. Absatz 3 gilt entsprechend.

5. Gegebenenfalls ist unter den gleichen Bedingungen bis zu dem für Invalidität zuständigen Träger der Vertragspartei zurückzugehen, deren Rechtsvorschriften für den Antragsteller zuerst galten.

Artikel 27

Bemessung des Grades der Invalidität

Bei der Bemessung des Grades der Invalidität berücksichtigt der Träger einer Vertragspartei die ärztlichen und verwaltungsmä-

l'article 30 dudit Accord, le requérant adresse une demande soit à l'institution de la Partie Contractante à la législation de laquelle il était soumis au moment où est survenue l'incapacité de travail suivie d'invalidité ou l'aggravation de cette invalidité, soit à l'institution du lieu de résidence, qui transmet alors la demande à la première institution, en indiquant la date à laquelle la demande a été présentée. Cette date est considérée comme la date de présentation de la demande auprès de la première institution. Toutefois, si des prestations en espèces ont été accordées au titre de l'assurance-maladie, la date de l'expiration de la période d'octroi de ces prestations en espèces est, le cas échéant, considérée comme date de présentation de la demande de prestations.

2. Dans le cas visé à l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 29 de l'Accord, l'institution à laquelle le requérant a été affilié en dernier lieu fit connaître le montant et la date d'effet des prestations dues en vertu de la législation qu'elle applique à l'institution initialement débitrice des prestations.

Article 25

Certificat relatif aux membres de famille à prendre en considération

Pour bénéficier des dispositions du paragraphe 5 de l'article 27 de l'Accord, le requérant présente un certificat relatif aux membres de sa famille qui résident sur le territoire d'une Partie Contractante autre que celui où se trouve l'institution chargée de liquider des prestations. Ce certificat est délivré, soit par l'institution du lieu de résidence de ces membres de famille, compétente en matière de maladie, soit par une autre institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle ces membres de famille résident. Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 18 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Article 26

Instruction des demandes de prestations d'invalidité dans le cas où le requérant a été soumis exclusivement à des législations mentionnées à l'annexe VI de l'Accord

1. Si l'institution saisie d'une demande de prestations d'invalidité constate que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 25 de l'Accord sont applicables, elle s'adresse, en tant que de besoin, à l'institution à laquelle le requérant a été affilié antérieurement en dernier lieu, pour obtenir une attestation mentionnant les périodes d'assurance qu'il a accomplies sous la législation qu'applique cette dernière institution.

2. Les dispositions du paragraphe précédent sont applicables par analogie, s'il est nécessaire de tenir compte des périodes d'assurance accomplies antérieurement sous la législation de toute autre Partie Contractante, pour satisfaire aux conditions requises par la législation de l'Etat compétent.

3. Dans le cas visé au paragraphe 3 de l'article 27 de l'Accord, l'institution qui a instruit le dossier du requérant le communique à l'institution à laquelle le requérant a été affilié antérieurement en dernier lieu.

4. Dans le cas visé au paragraphe 4 de l'article 27 de l'Accord, la demande du requérant est transmise, le cas échéant, à l'institution compétente en matière d'invalidité à laquelle le requérant a été affilié en dernier lieu pour le risque d'invalidité. Les dispositions du paragraphe précédent sont applicables par analogie.

5. Il y a lieu de remonter, le cas échéant, dans les mêmes conditions, jusqu'à l'institution compétente en matière d'invalidité de la Partie Contractante à la législation de laquelle le requérant a été soumis en premier lieu.

Article 27

Détermination du degré d'invalidité

Pour déterminer le degré d'invalidité, l'institution d'une Partie Contractante prend en considération tous renseignements d'ordre

ßigen Auskünfte der Träger anderer Vertragsparteien. Der Träger behält jedoch die Möglichkeit, auf seine Kosten den Antragsteller durch einen Arzt seiner Wahl untersuchen zu lassen.

Artikel 28

Fälle, in denen für den Antragsteller nacheinander oder abwechselnd Rechtsvorschriften galten, von denen mindestens die einer Vertragspartei nicht in Anhang VI des Übereinkommens bezeichnet sind

Für die Anwendung des Artikels 28 Absatz 1 des Übereinkommens gelten die Artikel 29 bis 38 entsprechend.

Abschnitt 2: Alter und Tod (Pensionen oder Renten)

Artikel 29

Einreichung des Antrags

1. Für den Bezug von Leistungen nach den Artikeln 32 bis 39 des Übereinkommens stellt der Antragsteller bei dem Träger des Wohnorts nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die für diesen Träger gelten, einen Antrag. Gelten diese Rechtsvorschriften für den Antragsteller oder den Verstorbenen nicht, so übermittelt der Träger des Wohnorts den Antrag dem Träger der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften zuletzt für den Antragsteller oder den Verstorbenen galten; er gibt hierbei den Tag an, an dem der Antrag gestellt wurde. Dieser Tag gilt als Tag der Antragstellung bei dem letztgenannten Träger.

2. Wohnt der Antragsteller nicht im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften für ihn selbst oder den Verstorbenen galten, so kann er seinen Antrag bei dem Träger der Vertragspartei stellen, deren Rechtsvorschriften zuletzt für ihn oder den Verstorbenen galten.

Artikel 30

Dem Antrag beizufügende Nachweise und Angaben

Für die Einreichung der Anträge nach Artikel 29 gilt folgendes:

a) Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen; er ist nach den Formvorschriften zu stellen, die
   i) im Fall des Artikels 29 Absatz 1 in den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Antragsteller wohnt, vorgesehen sind;
   ii) im Fall des Artikels 29 Absatz 2 in den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die für den Antragsteller oder Verstorbenen zuletzt galten, vorgesehen sind.

b) Die Richtigkeit der Angaben des Antragstellers ist durch amtliche Unterlagen, die dem Antrag beizufügen sind, nachzuweisen oder durch die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet er wohnt, zu bestätigen.

c) Der Antragsteller hat, soweit möglich, entweder den oder die Träger der Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (Pensionen oder Renten) jeder Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften für ihn oder für den Verstorbenen galten, oder den oder die Arbeitgeber zu bezeichnen, bei dem oder denen er oder der Verstorbene beschäftigt war, und hierzu in seinem Besitz befindliche Arbeitsbescheinigungen vorzulegen.

Artikel 31

Bescheinigung über die zu berücksichtigenden Familienangehörigen

Für die Anwendung des Artikels 34 Absatz 3 des Übereinkommens gilt Artikel 25 entsprechend.

médical et administratif recueillis par l'institution de toute autre Partie Contractante. Toutefois, chaque institution conserve la faculté de faire procéder à l'examen du requérant par un médecin de son choix, à sa propre charge.

Article 28

Cas où le requérant a été soumis successivement ou alternativement à des législations dont l'une au moins n'est pas mentionnée à l'annexe VI de l'Accord

Pour l'application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 28 de l'Accord, les dispositions des articles 29 à 38 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Section 2: Vieillesse et décès (pensions)

Article 29

Introduction de la demande

1. Pour bénéficier des prestations en vertu des articles 32 à 39 de l'Accord, le requérant adresse une demande à l'institution du lieu de résidence, selon les modalités prévues par la législation qu'applique cette institution. Si le requérant ou le défunt n'a pas été soumis à cette législation, l'institution du lieu de résidence transmet la demande à l'institution de la Partie Contractante à la législation de laquelle le requérant ou le défunt a été soumis en dernier lieu, en indiquant la date à laquelle la demande a été présentée. Cette date est considérée comme la date de présentation de la demande auprès de cette dernière institution.

2. Lorsque le requérant ne réside pas sur le territoire d'une Partie Contractante à la législation de laquelle lui-même ou le défunt a été soumis, il peut adresser sa demande à l'institution de la Partie Contractante à la législation de laquelle lui-même ou le défunt a été soumis en dernier lieu.

Article 30

Pièces et indications à joindre à la demande

La présentation des demandes visées à l'article 29 du présent Arrangement est soumise aux règles suivantes:

a) la demande doit être accompagnée des pièces justificatives requises et établie selon les formalités prévues
   i) soit par la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle réside le requérant, dans le cas visé au paragraphe 1 de l'article 29 du présent Arrangement;
   ii) soit par la législation de la Partie Contractante à laquelle le requérant ou le défunt a été soumis en dernier lieu, dans le cas visé au paragraphe 2 de l'article 29 du présent Arrangement;

b) l'exactitude des renseignements donnés par le requérant doit être établie par des pièces officielles annexées à la demande, ou confirmée par les organes compétents de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle il réside;

c) le requérant doit indiquer, dans la mesure du possible, soit l'institution ou les institutions d'assurance invalidité, vieillesse et décès (pensions) de toute Partie Contractante à la législation de laquelle lui-même ou le défunt a été soumis, soit l'employeur ou les employeurs par lesquels lui-même ou le défunt a été occupé, en produisant les certificats de travail qui peuvent être en sa possession.

Article 31

Certificat relatif aux membres de famille à prendre en considération

Pour l'application des dispositions du paragraphe 3 de l'article 34 de l'Accord, les dispositions de l'article 25 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Artikel 32

Bestimmung des für die Bearbeitung zuständigen Trägers

1. Die Leistungsanträge werden von dem Träger bearbeitet, bei dem sie nach Artikel 29 eingereicht oder dem sie nach diesem Artikel übermittelt worden sind. Dieser Träger wird als „bearbeitender Träger" bezeichnet.

2. Der bearbeitende Träger unterrichtet sofort die anderen beteiligten Träger von den bei ihm eingereichten Leistungsanträgen, damit sie die Anträge gleichzeitig und unverzüglich bearbeiten können.

Artikel 33

Formblätter für die Bearbeitung der Leistungsanträge

Für die Bearbeitung der Leistungsanträge verwendet der bearbeitende Träger ein Formblatt, das insbesondere eine Aufstellung und eine Zusammenfassung der Versicherungszeiten unter Kennzeichnung der als Rheinschiffer zurückgelegten Zeiten enthält, die der Antragsteller oder Verstorbene nach den Rechtsvorschriften aller beteiligten Vertragsparteien zurückgelegt hat.

Artikel 34

Verfahren bei der Bearbeitung des Antrags durch die beteiligten Träger

1. Der bearbeitende Träger trägt in das in Artikel 33 vorgesehene Formblatt die Versicherungszeiten ein, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind, und übermittelt eine Ausfertigung des Formblatts dem Träger der Versicherung im Falle der Invalidität, des Alters und des Todes (Renten) jeder Vertragspartei, bei der der Antragsteller oder Verstorbene versichert war, und fügt gegebenenfalls die vom Antragsteller eingereichten Arbeitsbescheinigungen bei.

2. Ist nur ein weiterer Träger beteiligt, so ergänzt dieser das ihm nach Absatz 1 übermittelte Formblatt durch Eintragung der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten. Er stellt sodann unter Berücksichtigung des Artikels 32 des Übereinkommens die nach diesen Rechtsvorschriften erworbenen Ansprüche fest und gibt auf diesem Formblatt den Betrag der von ihm nach Artikel 33 Absatz 2, 3 4 oder 5 des Übereinkommens berechneten Leistung sowie gegebenenfalls den Betrag der Leistung an, die der Antragsteller ohne Anwendung der Artikel 32 bis 36 des Übereinkommens allein auf Grund der Zeiten beanspruchen könnte, die er nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt hat. Das Formblatt wird an den bearbeitenden Träger zurückgesandt.

3. Sind zwei oder mehr weitere Träger beteiligt, so ergänzt jeder das ihm nach Absatz 1 übermittelte Formblatt durch Eintragung der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und sendet es an den bearbeitenden Träger zurück. Dieser übermittelt das so ergänzte Formblatt erneut den beteiligten Trägern, von denen jeder unter Berücksichtigung des Artikels 32 des Übereinkommens die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erworbenen Ansprüche feststellt und auf diesem Formblatt den Betrag der von ihm nach Artikel 33 Absatz 2, 3, 4 oder 5 des Übereinkommens berechneten Leistung sowie gegebenenfalls den Betrag der Leistung angibt, die der Antragsteller ohne Anwendung der Artikel 32 bis 36 des Übereinkommens allein auf Grund der Zeiten beanspruchen könnte, die er nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt hat. Das Formblatt wird an den bearbeitenden Träger zurückgesandt.

4. Stellt der bearbeitende Träger fest, daß die Voraussetzungen nach Artikel 24 Absatz 2 des Übereinkommens nicht erfüllt sind, so unterrichtet er hiervon die anderen beteiligten Träger.

Article 32

Détermination de l'institution d'instruction

1. Les demandes de prestations sont instruites par l'institution à laquelle elles ont été adressées ou transmises, selon le cas, conformément aux dispositions de l'article 29 du présent Arrangement. Cette institution est désignée par le terme «institution d'instruction».

2. L'institution d'instruction notifie immédiatement les demandes de prestations dont elle est saisie à toute autre institution en cause, afin que ces demandes puissent être instruites simultanément et sans délai par celle-ci.

Article 33

Formules à utiliser pour l'instruction des demandes de prestations

Pour l'instruction des demandes de prestations, l'institution d'instruction utilise une formule comportant notamment le relevé et la récapitulation des périodes d'assurance accomplies par l'intéressé ou le défunt sous les législations de toutes les Parties Contractantes en cause, avec l'indication des périodes qui ont été accomplies en qualité de batelier rhénan.

Article 34

Procédure à suivre par les institutions en cause pour l'instruction de la demande

1. L'institution d'instruction porte, sur la formule prévue à l'article 33 du présent Arrangement, les périodes d'assurance accomplies sous la législation qu'elle applique et communique un exemplaire de cette formule à l'institution d'assurance invalidité, vieillesse ou décès (pensions) de toute Partie Contractante à laquelle l'intéressé ou le défunt a été affilié, en joignant, le cas échéant, les certificats de travail produits par le requérant.

2. S'il n'y a qu'une autre institution en cause, cette institution complète la formule qui lui a été communiquée, conformément aux dispositions du paragraphe précédent, par l'indication des périodes d'assurance accomplies sous la législation qu'elle applique. Cette institution détermine ensuite les droits qui s'ouvrent au titre de cette législation, compte tenu des dispositions de l'article 32 de l'Accord, et mentionne sur cette formule le montant de la prestation qu'elle a calculé conformément aux dispositions des paragraphes 2, 3, 4 ou 5 de l'article 33 de l'Accord, ainsi que, le cas échéant, le montant de la prestation à laquelle le requérant pourrait prétendre, sans application des articles 32 à 36 de l'Accord, pour les seules périodes accomplies sous la législation qu'elle applique. Ladite formule est retournée à l'institution d'instruction.

3. S'il y a deux ou plusieurs autres institutions en cause, chacune de ces institutions complète la formule qui lui a été communiquée, conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article, par l'indication des périodes d'assurance accomplies sous la législation qu'elle applique et la retourne à l'institution d'instruction. Cette institution communique la formule ainsi complétée à toutes les institutions en cause; chacune de ces institutions détermine les droits qui s'ouvrent au titre de la législation qu'elle applique, compte tenu des dispositions de l'article 32 de l'Accord, et mentionne sur cette formule le montant de la prestation qu'elle a calculé conformément aux dispositions des paragraphes 2, 3, 4 ou 5 de l'article 33 de l'Accord, ainsi que, le cas échéant, le montant de la prestation à laquelle le requérant pourrait prétendre, sans application des dispositions des articles 32 à 36 de l'Accord, pour les seules périodes accomplies sous la législation qu'elle applique. Ladite formule est retournée à l'institution d'instruction.

4. Lorsque l'institution d'instruction constate que les conditions mentionnées au paragraphe 2 de l'article 24 de l'Accord ne sont pas satisfaites, elle en informe les autres institutions en cause.

5. Ist der bearbeitende Träger im Besitz aller Angaben nach Absatz 2 oder 3, so stellt er unter Berücksichtigung des Artikels 32 des Übereinkommens die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erworbenen Ansprüche fest und ermittelt den Betrag der von ihm nach Artikel 33 Absatz 2, 3, 4 oder 5 des Übereinkommens geschuldeten Leistung sowie gegebenenfalls den Betrag der Leistung, die der Antragsteller ohne Anwendung der Artikel 32 bis 36 des Übereinkommens allein auf Grund der Zeiten beanspruchen könnte, die er nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt hat.

6. Stellt der bearbeitende Träger auf Grund der Angaben nach Absatz 2 oder 3 fest, daß Artikel 35 Absatz 2 oder 3 oder Artikel 37 Absatz 1 des Übereinkommens anzuwenden ist, so unterrichtet er hiervon die anderen beteiligten Träger.

Artikel 35
Zahlung von vorläufigen Leistungen und Vorschüssen auf Leistungen

1. Stellt der bearbeitende Träger fest, daß nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften der Antragsteller Anspruch auf Leistungen ohne Berücksichtigung der nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien von ihm oder dem Verstorbenen zurückgelegten Versicherungszeiten hat, so gewährt er sie sofort unbeschadet der folgenden Absätze als vorläufige Leistungen.

2. Träger, die nach Artikel 33 Absatz 5 des Übereinkommens zur unmittelbaren Berechnung der dem Berechtigten geschuldeten Leistungen oder Leistungsteile ermächtigt sind, gewähren diese Leistungen sofort. Gewährt ein Träger, der nicht der bearbeitende Träger ist, dem Berechtigten unmittelbar Leistungen, so unterrichtet er den bearbeitenden Träger unverzüglich davon und hält etwaige Nachzahlungen für die Anwendung von Absatz 7 zugunsten anderer Träger zurück, die Beträge zuviel gezahlt haben.

3. Gewährt der bearbeitende Träger Leistungen nach Absatz 1, so vermindert er gegebenenfalls diesen Leistungsbetrag um den Betrag der von anderen Trägern nach Absatz 2 gewährten Leistungen, sobald er davon Kenntnis erlangt.

4. Stellt ein beteiligter Träger, der nicht der bearbeitende Träger ist, bei der Bearbeitung des Antrags fest, daß nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften der Berechtigte Anspruch auf Leistungen ohne Berücksichtigung der nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien von ihm oder dem Verstorbenen zurückgelegten Versicherungszeiten hat, so unterrichtet er unverzüglich den bearbeitenden Träger davon, der sofort für Rechnung des ersten Trägers dem Berechtigten diesen Leistungsbetrag unbeschadet der Absätze 2 und 3 als vorläufige Leistung gewährt.

5. Schuldet der bearbeitende Träger Leistungen nach den Absätzen 1 und 4, so gewährt er unbeschadet der Absätze 2 und 3 nur die höchste Leistung.

6. Gewährt der bearbeitende Träger keine Leistungen nach Absatz 1, 2 oder 4, so zahlt er dem Betroffenen in den Fällen, in denen eine Verzögerung eintreten kann, einen rückforderbaren Vorschuß, dessen Betrag nach Artikel 33 Absätze 1 bis 4 des Übereinkommens festgestellt wird.

7. Vorläufige Leistungen und Vorschüsse, die nach den Absätzen 1, 3, 4, 5 und 6 gewährt worden sind, werden bei der abschließenden Bearbeitung des Leistungsantrages vom bearbei-

5. Lorsque l'institution d'instruction est en possession de l'ensemble des renseignements visés au paragraphe 2 ou au paragraphe 3 du présent article, cette institution détermine à son tour les droits qui s'ouvrent au titre de la législation qu'elle applique, compte tenu des dispositions de l'article 32 de l'Accord, et calcule le montant de la prestation qu'elle doit, conformément aux dispositions des paragraphes 2, 3, 4 ou 5 de l'article 33 de l'Accord, ainsi que, le cas échéant le montant de la prestation à laquelle le requérant pourrait prétendre sans application des dispositions des articles 32 à 36 de l'Accord, pour les seules périodes accomplies sous la législation qu'elle applique.

6. Dès que l'institution d'instruction, au reçu des renseignements visés aux paragraphes 2 ou 3 du présent article, constate qu'il y a lieu d'appliquer les dispositions des paragraphes 2 ou 3 de l'article 35 ou du paragraphe 1 de l'article 37 de l'Accord, elle en avise les autres institutions en cause.

Article 35
Versement de prestations à titre provisionnel et avances sur prestations

1. Si l'institution d'instruction constate que le requérant a droit à prestations au titre de la législation qu'elle applique, sans qu'il soit besoin de faire appel aux périodes d'assurance accomplies sous les législations des autres Parties Contractantes auxquelles l'intéressé ou le défunt a été soumis, elle lui sert immédiatement ces prestations à titre provisionnel sans préjudice des dispositions des paragraphes suivants du présent article.

2. Toute institution habilitée, conformément aux dispositions du paragraphe 5 de l'article 33 de l'Accord, à procéder au calcul direct des prestations ou éléments de prestations qu'elle doit au bénéficiaire, lui sert immédiatement ces prestations. S'il s'agit d'une institution, autre que l'institution d'instruction, qui sert lesdites prestations directement au bénéficiaire, elle en avise aussitôt l'institution d'instruction et réserve le montant des rappels éventuels d'arrérages, en vue de l'application du paragraphe 7 du présent article, au profit de toute institution qui aurait versé des sommes en trop.

3. Au cas où l'institution d'instruction sert des prestations en vertu du paragraphe 1 du présent article, elle réduit, le cas échéant, le montant de ces prestations du montant des prestations servies par toute autre institution en vertu du paragraphe précédent, dès qu'elle en a connaissance.

4. Si, au cours de l'instruction de la demande, l'une des institutions en cause, autre que l'institution d'instruction, constate que le requérant a droit à prestations au titre de la législation qu'elle applique, sans qu'il soit besoin de faire appel aux périodes d'assurance accomplies sous les législations des autres Parties Contractantes auxquelles l'intéressé ou le défunt a été soumis, elle en avise aussitôt l'institution d'instruction, qui sert immédiatement le montant de ces prestations au bénéficiaire, à titre provisionnel, pour le compte de la première institution, sans préjudice, le cas échéant, des dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article.

5. Au cas où l'institution d'instruction devrait servir des prestations en vertu du paragraphe 1 et du paragraphe 4 du présent article, elle ne sert que le montant de la prestation la plus élevée, sans préjudice, le cas échéant, des dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article.

6. Au cas où l'institution d'instruction ne sert pas de prestations en vertu des paragraphes 1, 2 ou 4 du présent article et dans les cas pouvant donner lieu à retard, elle verse à l'intéressé une avance récupérable, dont le montant est déterminé conformément aux dispositions des paragraphes 1 à 4 de l'article 33 de l'Accord.

7. Lors du règlement définitif de la demande de prestations, l'institution d'instruction et les autres institutions intéressées procèdent à la régularisation de comptes correspondants aux presta-

tenden Träger und den anderen beteiligten Trägern abgerechnet. Die von diesen Trägern zuviel gezahlten Beträge können vom Betrag der Leistungen einbehalten werden, die sie der in Betracht kommenden Person schulden.

Artikel 36

Neuberechnung der Leistungen von Amts wegen oder auf Antrag der Betroffenen

Für die Anwendung des Artikels 36 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens gilt Artikel 34 entsprechend.

Artikel 37

Unterrichtung des Antragstellers und des bearbeitenden Trägers über die endgültigen Entscheidungen

1. Jeder der beteiligten Träger teilt dem Antragsteller die Entscheidung über seinen Leistungsantrag mit, sobald diese nach Rücksprache mit dem bearbeitenden Träger als endgültig angesehen werden kann, und unterrichtet den letztgenannten Träger gleichzeitig davon. In jeder Entscheidung ist darauf hinzuweisen, daß es sich um die Feststellung einer Teilleistung handelt; dabei sind die Rechtsbehelfe und die Rechtsbehelfsfristen nach den Rechtsvorschriften der in Betracht kommenden Vertragspartei anzugeben. Die Rechtsbehelfsfristen beginnen erst mit der Zustellung der Entscheidung an die betreffende Person.

2. Nach Abschluß der Leistungsfeststellung übermittelt der bearbeitende Träger dem Antragsteller sowie den anderen beteiligten Trägern zur abschließenden Unterrichtung eine Übersicht über sämtliche in Bezug auf diesen Antrag getroffenen Entscheidungen.

Artikel 38

Unterrichtung des Betroffenen und der leistungspflichtigen Träger über die Entscheidungen bei Neuberechnung, Ruhen oder Wegfall der Leistung

Bei Neuberechnung, Ruhen oder Wegfall der Leistung unterrichtet der in Betracht kommende Träger unverzüglich, gegebenenfalls über den bearbeitenden Träger, die betreffende Person und die anderen leistungspflichtigen Träger über seine Entscheidung. In der Entscheidung sind die Rechtsbehelfe und Rechtsbehelfsfristen nach den Rechtsvorschriften der in Betracht kommenden Vertragspartei anzugeben. Die Rechtsbehelfsfristen beginnen erst mit der Zustellung der Entscheidung an die betreffende Person.

Artikel 39

Maßnahmen zur Beschleunigung der Leistungsfeststellung

Zur Beschleunigung der Leistungsfeststellung gilt folgendes:

a) Gelten für eine Person, für die vorher die Rechtsvorschriften einer oder mehrerer Vertragsparteien galten, die Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei, so holt deren zuständiger Träger bei der Verbindungsstelle des oder der anderen Vertragsparteien Auskünfte, insbesondere über die Träger, bei denen die Person versichert war, und gegebenenfalls über die ihm zugeteilten Versicherungsnummern ein;

b) die beteiligten Träger stellen, soweit möglich, auf Antrag der in Betracht kommenden Person oder des Trägers, bei dem sie versichert ist, ein Jahr vor Erreichung der Altersgrenze für eine Altersrente (Alterspension) den Versicherungsverlauf zusammen.

tions servies à titre provisionnel et aux avances consenties conformément aux dispositions des paragraphes 1, 3, 4, 5 et 6 du présent article. Les sommes versées en trop à ce titre par lesdites institutions peuvent être retenues sur le montant des arrérages qu'elles doivent servir à l'intéressé.

Article 36

Recalcul des prestations soit d'office soit à la demande des intéressés

Pour l'application des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 36 de l'Accord, les dispositions de l'article 34 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Article 37

Notification des décisions définitives au requérant et a l'institution d'instruction

1. Chacune des institutions en cause notifie au requérant la décision qu'elle a pris sur sa demande de prestations, aussitôt que cette décision peut être considérée comme définitive, après consultation de l'institution d'instruction, et en avise simultanément cette dernière institution. Toute décision doit mentionner le caractère partiel de la liquidation intervenue et préciser l'indication des voies et délais de recours prévus par la législation de la Partie Contractante en cause. Les délais de recours ne commencent à courir qu'à partir de la réception de la décision par l'intéressé.

2. Après règlement définitif de la demande de prestations, l'institution d'instruction transmet au requérant, ainsi qu'à chacune des autres institutions en cause, à titre d'information finale, une récapitulation de l'insemble des décisions prises au sujet de cette demande.

Article 38

Notification des décisions à l'intéressé et aux institutions débitrices en cas de recalcul, de suspension ou de suppression de la prestation

En cas de recalcul, de suspension ou de suppression de la prestation, l'institution en cause notifie sans délai sa décision à l'intéressé et à chacune des autres institutions débitrices, le cas échéant par l'intermédiaire de l'institution d'instruction. La décision doit préciser les voies et délais de recours prévus par la législation de la Partie Contractante en cause. Les délais de recours ne commencent à courir qu'à partir de la réception de la décision par l'intéressé.

Article 39

Mesures tendant à accélérer la liquidation des prestations

En vue d'accélérer la liquidation des prestations, les règles suivantes sont applicables:

a) lorqu'une personne, antérieurement soumise à la législation de l'une ou de plusieurs des Parties Contractantes, est soumise à la législation d'une autre Partie Contractante, l'institution compétente de cette dernière Partie s'adresse à l'organisme de liaison de l'autre ou des autres Parties Contractantes, pour obtenir toutes informations relatives notamment aux institutions auprès desquelles l'intéressé a été affilié et, le cas échéant, aux numéros d'immatriculation qui lui ont été attribués;

b) les institutions en cause procèdent, dans la mesure du possible, à la requête de l'intéressé ou de l'institution à laquelle il est affilié, à la reconstitution de sa carrière, à partir de la date précédant d'une année la date à laquelle il atteindra l'âge d'admission à pension de vieillesse.

Verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle

Artikel 40
Kontrollverfahren

1. Hält sich ein Empfänger von

a) Leistungen bei Invalidität,

b) Leistungen bei Alter, die wegen Arbeitsunfähigkeit gewährt werden,

c) Leistungen bei Alter, die älteren Arbeitslosen gewährt werden,

d) Leistungen bei Alter, die bei Aufgabe der Berufstätigkeit gewährt werden,

e) Leistungen an Hinterbliebene, die wegen Invalidität oder Arbeitsunfähigkeit gewährt werden,

f) Leistungen, die unter der Voraussetzung gewährt werden, daß die Mittel des Empfängers einen vorgeschriebenen Höchstbetrag nicht überschreiten,

im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei auf, die nicht zuständiger Staat ist, oder wohnt er dort, so wird die verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle auf Verlangen des zuständigen Trägers durch den Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts nach den Verfahren durchgeführt, die in den für den letztgenannten Träger geltenden Rechtsvorschriften vorgesehen sind. Der zuständige Träger behält jedoch das Recht, auf seine Kosten den Leistungsempfänger durch einen Arzt seiner Wahl untersuchen zu lassen.

2. Ergibt die Kontrolle nach Absatz 1, daß der Leistungsempfänger beschäftigt ist oder daß seine Mittel den vorgeschriebenen Höchstbetrag überschreiten, so erstattet der Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts dem zuständigen Träger, der die Kontrolle verlangt hat, hierüber einen Bericht. Der Bericht hat die vom zuständigen Träger verlangten Angaben zu enthalten.

Artikel 41
Informationsaustausch zwischen Trägern bei Wiederaufleben des Leistungsanspruchs

Wird nach dem Ruhen von Leistungen eine Person wieder bezugsberechtigt, während sie im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wohnt, die nicht zuständiger Staat ist, so erteilen die beteiligten Träger einander die für die Wiederaufnahme der Leistungsgewährung erforderlichen Auskünfte.

Zahlung der Leistungen

Artikel 42
Zahlungsweise

1. Zahlt der leistungspflichtige Träger einer Vertragspartei an Leistungsempfänger, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei wohnen, die diesen geschuldeten Leistungen nicht unmittelbar, so erfolgt die Zahlung auf Verlangen des leistungspflichtigen Trägers durch die Verbindungsstelle der letztgenannten Vertragspartei oder durch den Träger des Wohnorts nach dem zwischen den zuständigen Behörden der betroffenen Vertragsparteien vereinbarten Verfahren; zahlt der leistungspflichtige Träger Leistungen unmittelbar an solche Leistungsempfänger, so unterrichtet er den Träger des Wohnorts von der Zahlung.

2. Bestimmungen von Vereinbarungen über die Zahlung von Leistungen, die am Tag vor Inkrafttreten des Übereinkommens galten, gelten weiter, soweit sie in Anhang 5 angeführt sind.

Artikel 43
Mitteilung des Wohnortwechsels des Leistungsempfängers

Der Empfänger von Leistungen, die nach den Rechtsvorschriften einer oder mehrerer Vertragsparteien geschuldet werden, hat

Contrôle administratif et médical

Article 40
Modalités du contrôle

1. Lorsqu'un bénéficiaire de

a) prestations d'invalidité,

b) prestations de vieillesse accordées en cas d'inaptitude au travail,

c) prestations de vieillesse accordées aux chômeurs âgés,

d) prestations de vieillesse accordées en cas de cessation de l'activité professionnelle,

e) prestations de survivants accordées en cas d'invalidité ou d'inaptitude au travail,

f) prestations accordées à la condition que les ressources du bénéficiaire n'excèdent pas une limite prescrite,

séjourne ou réside sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, le contrôle administratif et médical est effectué, à la demande de l'institution compétente, par l'institution du lieu de séjour ou de résidence, selon les modalités prévues par la législation que cette dernière institution applique. Toutefois, l'institution compétente conserve la faculté de faire procéder à l'examen du bénéficiaire par un médecin de son choix, à sa propre charge.

2. Si, à la suite du contrôle visé au paragraphe précédent, il est constaté que le bénéficiaire est occupé ou qu'il dispose de ressources excédant la limite prescrite, l'institution du lieu de séjour ou de résidence est tenue d'adresser un rapport à l'institution compétente qui a demandé le contrôle. Ce rapport fait état des informations requises par l'institution compétente.

Article 41
Echange d'informations entre institutions en cas de recouvrement du droit à prestations

Lorsque, après suspension des prestations dont il bénéficiait, l'intéressé recouvre son droit à prestations, alors qu'il réside sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, les institutions en cause échangent tous renseignements utiles en vue de reprendre le service desdites prestations.

Paiement des prestations

Article 42
Mode de paiement

1. Si l'institution débitrice d'une Partie Contractante ne sert pas directement les prestations dues aux bénéficiaires qui résident sur le territoire d'une autre Partie Contractante, le paiement de ces prestations est effectué, à la demande de l'institution débitrice, par l'organisme de liaison de cette dernière Partie ou par l'institution du lieu de résidence selon les modalités convenues entre les autorités compétentes des Parties Contractantes en cause; si l'institution débitrice sert directement les prestations à ces bénéficiaires, elle en notifie le paiement à l'institution du lieu de résidence.

2. Les dispositions d'accords antérieurs, relatives au paiement des prestations et applicables au jour précédant l'entrée en vigueur de l'Accord, demeurent applicables, pour autant qu'elles soient mentionnées à l'Annexe 5.

Article 43
Notification du transfert de résidence du bénéficiaire

Le bénéficiaire de prestations dues au titre de la législation de l'une ou de plusieurs des Parties Contractantes est tenu de

dem oder den leistungspflichtigen Trägern und gegebenenfalls der Zahlstelle jeden Wohnortwechsel mitzuteilen.

notifier tout transfert de sa résidence à l'institution ou aux institutions débitrices de ces prestations et, le cas échéant, à l'organisme payeur.

Kapitel 3
Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Anwendung des Artikels 40 des Übereinkommens

Artikel 44
Sachleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist – Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers –

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 40 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer i) des Übereinkommens legt der unselbständige Rheinschiffer, der sich in Ausübung seiner Beschäftigung im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhält, die nicht zuständiger Staat ist, dem Träger des Aufenthaltsorts sobald wie möglich eine vom Arbeitgeber oder dessen Vertreter im Kalendermonat der Vorlage oder in den vorangegangenen zwei Kalendermonaten ausgestellte Bescheinigung vor. In dieser werden insbesondere der Beginn der Beschäftigung der betreffenden Person bei diesem Arbeitgeber, sowie Name und Anschrift des zuständigen Trägers angegeben. Hat der genannte Rheinschiffer diese Bescheinigung vorgelegt, so wird vermutet, daß er die Voraussetzungen für den Anspruch auf Sachleistungen erfüllt. Kann er sich vor der ärztlichen Behandlung nicht an den Träger des Aufenthaltsorts wenden, so hat er bei Vorlage der genannten Bescheinigung dennoch Anspruch auf ärztliche Behandlung, als wäre er bei diesem Träger versichert.

2. Der Träger des Aufenthaltsorts wendet sich unverzüglich an den zuständigen Träger, um festzustellen, ob die betreffende Person die Voraussetzungen für den Anspruch auf Sachleistungen erfüllt. Er gewährt diese Leistungen bis zum Eingang der Antwort des zuständigen Trägers, höchstens jedoch für die Dauer von dreißig Tagen.

3. Der zuständige Träger beantwortet die Anfrage des Trägers des Aufenthaltsorts binnen zehn Tagen nach deren Eingang. Ist die Antwort zustimmend, so setzt der Träger des Aufenthaltsorts die Leistungsgewährung fort.

4. Anstelle der Bescheinigung nach Absatz 1 kann der Rheinschiffer dem Träger des Aufenthaltsorts die Bescheinigung nach Artikel 45 Absatz 1 vorlegen. In diesem Fall gelten die Absätze 1 bis 3 nicht.

5. Wird Krankenhauspflege gewährt, so teilt der Träger des Aufenthaltsorts, sobald er davon Kenntnis erhalten hat, dem zuständigen Träger den Tag der Aufnahme in das Krankenhaus, die voraussichtliche Dauer des Krankenhausaufenthalts und den Tag der Entlassung mit. Die Mitteilung unterbleibt jedoch, wenn dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten der Sachleistungen pauschal erstattet werden, oder bei Erstattungsverzicht.

6. Der Träger des Aufenthaltsorts unterrichtet den zuständigen Träger im voraus von jeder Entscheidung, die sich auf die Gewährung von Sachleistungen von erheblicher Bedeutung bezieht. Der zuständige Träger kann innerhalb von fünfzehn Tagen nach Absendung dieser Benachrichtigung seine begründete Ablehnung mitteilen. Der Träger des Aufenthaltsorts gewährt die betreffenden Sachleistungen, wenn er bis zum Ablauf dieser Frist keine ablehnende Stellungnahme erhalten hat. Sind solche Sachleistungen in Fällen äußerster Dringlichkeit zu gewähren, so benachrichtigt der Träger des Aufenthaltsorts den zuständigen Träger unverzüglich. Die Mitteilung einer begründeten Ablehnung unterbleibt, wenn dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten für die Sachleistungen pauschal erstattet werden, oder bei Erstattungsverzicht.

Chapitre 3
Accidents du travail et maladies professionnelles

Application de l'article 40 de l'Accord

Article 44
Prestations en nature en cas de séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent – Présentation d'une attestation de l'employeur –

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa a) i) du paragraphe 1 de l'article 40 de l'Accord, le batelier rhénan salarié qui se trouve dans l'exercice de son emploi sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent présente dans les meilleurs délais à l'institution du lieu de séjour une attestation délivrée par l'employeur ou son préposé au cours du mois civil de sa présentation ou des deux mois civils précédents. Cette attestation indique notamment la date depuis laquelle l'intéressé travaille pour le compte dudit employeur, ainsi que le nom et le siège de l'institution compétente. Lorsque ledit batelier rhénan a produit cette attestation, il est présumé remplir les conditions d'ouverture du droit aux prestations en nature. S'il n'est pas en mesure de s'adresser à l'institution du lieu de séjour avant le traitement médical, il bénéficie néanmoins de ce traitement sur présentation de ladite attestation, comme s'il était assuré auprès de cette institution.

2. L'institution du lieu de séjour s'adresse sans délai à l'institution compétente, pour savoir si l'intéressé satisfait aux conditions d'ouverture du droit aux prestations en nature. Elle est tenue de servir ces prestations jusqu'à réception de la réponse de l'institution compétente et au plus pendant un délai de trente jours.

3. L'institution compétente adresse sa réponse à l'institution du lieu de séjour dans un délai de dix jours suivant la réception de la demande de cette institution. Si cette réponse est affirmative, l'institution du lieu de séjour continue de servir lesdites prestations.

4. En remplacement de l'attestation visée au paragraphe 1 du présent article, le batelier rhénan peut présenter à l'institution du lieu de séjour le certificat visé au paragraphe 1 de l'article 45 du présent Arrangement. En ce cas, les dispositions des paragraphes précédents du présent article ne sont pas applicables.

5. En cas d'hospitalisation, l'institution du lieu de séjour notifie à l'institution compétente, aussitôt qu'elle en a connaissance, la date d'entrée à l'établissement hospitalier, la durée probable de l'hospitalisation et la date de sortie. Toutefois, il n'y a pas lieu à notification, lorsque les dépenses de prestations en nature font l'objet d'un remboursement forfaitaire à l'institution du lieu de séjour, ou en cas de renonciation à remboursement.

6. L'institution du lieu de séjour avise au préalable l'institution compétente de toute décision relative à l'octroi de prestations en nature d'une grande importance. L'institution compétente dispose d'un délai de quinze jours à compter de l'envoi de cet avis pour notifier, le cas échéant, son opposition motivée. L'institution du lieu de séjour octroie les prestations considérées, si elle n'a pas reçu d'opposition à l'expiration de ce délai. Si de telles prestations doivent être octroyées en cas d'urgence absolue, l'institution du lieu de séjour en avise sans délai l'institution compétente. Toutefois, il n'y a pas lieu de notifier l'opposition motivée, lorsque les dépenses de prestations en nature font l'objet d'un remboursement forfaitaire à l'institution du lieu de séjour, ou en cas de renonciation à remboursement.

7. Die Zentrale Verwaltungsstelle erstellt die Liste der in Absatz 6 genannten Leistungen.

7. Le Centre administratif établit la liste des prestations visée au paragraphe précédent.

Artikel 45

Sachleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist – Vorlage einer Bescheinigung des zuständigen Trägers –

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 40 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer i) des Übereinkommens, außer im Fall der Berufung auf die in Artikel 44 Absatz 1 genannte Vermutung, legt der Rheinschiffer dem Träger des Aufenthaltsorts eine Bescheinigung über den Leistungsanspruch vor. Diese Bescheinigung wird vom zuständigen Träger auf Antrag des Rheinschiffers vor der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem er wohnt, ausgestellt. Legt der Rheinschiffer diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der Träger des Aufenthaltsorts sie beim zuständigen Träger an.

2. Artikel 44 Absätze 5 und 6 gilt entsprechend.

Article 45

Prestations en nature en cas de séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent – présentation d'un certificat de l'institution compétente –

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa a) i) du paragraphe 1 de l'article 40 de l'Accord, sauf le cas où est invoquée la présomption établie au paragraphe 1 de l'article 44 du présent Arrangement, le batelier rhénan présente à l'institution du lieu de séjour un certificat attestant qu'il a droit à ces prestations. Ce certificat est délivré par l'institution compétente à la demande de l'intéressé, avant qu'il ne quitte le territoire de la Partie Contractante où il réside. Si l'intéressé ne présente pas ledit certificat, l'institution du lieu de séjour s'adresse à l'institution compétente pour l'obtenir.

2. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 44 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Artikel 46

Sachleistungen bei Wohnortwechsel in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, oder im Fall der Genehmigung, sich zur Behandlung dorthin zu begeben

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 40 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer i) des Übereinkommens legt der Rheinschiffer dem Träger des Wohnorts eine Bescheinigung darüber vor, daß er weiterhin zum Bezug dieser Leistungen berechtigt ist. Diese vom zuständigen Träger auf Antrag des Rheinschiffers vor seiner Abreise ausgestellte Bescheinigung gibt gegebenenfalls insbesondere die nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates vorgesehene Höchstdauer, für welche die Leistungen gewährt werden können, an. Die Bescheinigung kann auf Antrag des Rheinschiffers auch nach seiner Abreise ausgestellt werden, wenn die vorherige Ausstellung infolge höherer Gewalt nicht möglich war.

2. Artikel 44 Absätze 5 und 6 gilt entsprechend.

3. Absatz 1 gilt im Fall des Artikels 40 Absatz 1 Buchstabe c) Ziffer i) des Übereinkommens entsprechend.

Article 46

Prestations en nature en cas de transfert de résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent ou d'autorisation de s'y rendre pour recevoir des soins

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa b) i) du paragraphe 1 de l'article 40 de l'Accord, le batelier rhénan présente à l'institution du lieu de résidence un certificat attestant qu'il est autorisé à conserver le bénéfice de ces prestations. Ce certificat, délivré par l'institution compétente, à la demande de l'intéressé avant son départ, indique notamment, le cas échéant, la durée maximale pendant laquelle lesdites prestations peuvent être servies, selon les dispositions de la législation de l'Etat compétent. Le certificat peut être délivré après le départ de l'intéressé, à la demande de ce dernier, lorsqu'il n'a pu être établi antérieurement pour des raisons de force majeure.

2. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 44 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article sont applicables par analogie, dans le cas visé à l'alinéa c) i) du paragraphe 1 de l'article 40 de l'Accord.

Artikel 47

Geldleistungen, mit Ausnahme der Renten, bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für den Bezug von Geldleistungen nach Artikel 40 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer ii) des Übereinkommens, mit Ausnahme der Renten, wendet sich der Rheinschiffer binnen drei Tagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit an den Träger des Aufenthaltsorts und legt, wenn die für den zuständigen Träger oder für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften dies vorsehen, eine vom behandelnden Arzt ausgestellte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vor. Außerdem gibt er seine Anschrift am Aufenthaltsort sowie Namen und Anschrift des zuständigen Trägers an.

2. Stellen die behandelnden Ärzte des Aufenthaltsstaates keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen aus, so wendet sich der Rheinschiffer innerhalb der Frist, die in den für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften festgesetzt ist, unmittelbar an diesen Träger. Dieser veranlaßt sofort die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit und die Ausstellung der Bescheinigung nach Absatz 1.

3. Der Träger des Aufenthaltsorts übermittelt dem zuständigen Träger unverzüglich die in den Absätzen 1 und 2 genannten Unterlagen und teilt insbesondere die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit mit.

Article 47

Prestations en espèces autres que les rentes en cas de séjour sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Pour bénéficier des prestations en espèces, autres que les rentes, en vertu de l'alinéa a) ii) du paragraphe 1 de l'article 40 de l'Accord, le batelier rhénan s'adresse à l'institution du lieu de séjour dans un délai de trois jours à compter du début de l'incapacité de travail, en présentant, si la législation appliquée par l'institution compétente ou par l'institution du lieu de séjour le prévoit, un certificat d'incapacité de travail délivré par le médecin traitant. Il indique, en outre, son adresse dans le pays où il séjourne, ainsi que le nom et l'adresse de l'institution compétente.

2. Lorsque les médecins traitants du pays de séjour ne délivrent pas de certificats d'incapacité de travail, le batelier rhénan s'adresse directement à l'institution du lieu de séjour, dans le délai fixé par la législation qu'elle applique. Cette institution fait procéder immédiatement à la constatation médicale de l'incapacité de travail et à l'établissement du certificat visé au paragraphe précédent.

3. L'institution du lieu de séjour transmet sans délai à l'institution compétente les documents visés aux paragraphes précédents du présent article, notamment la durée probable de l'incapacité de travail.

4. Der Träger des Aufenthaltsorts führt so bald wie möglich die ärztliche und verwaltungsmäßige Kontrolle des Rheinschiffers durch und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit, der das Recht behält, auf seine Kosten den Rheinschiffer durch einen Arzt seiner Wahl untersuchen zu lassen. Verweigert der zuständige Träger die Leistungen wegen Nichtbeachtung der Kontrollvorschriften seitens des Rheinschiffers, so teilt er diesem seine Entscheidung mit und übersendet gleichzeitig eine Ausfertigung dieser Entscheidung dem Träger des Aufenthaltsorts.

5. Der Träger des Aufenthaltsorts unterrichtet unverzüglich den Rheinschiffer und den zuständigen Träger über das Ende der Arbeitsunfähigkeit. Entscheidet der letztgenannte Träger selbst, daß der Rheinschiffer wieder arbeitsfähig ist, so teilt er ihm diese Entscheidung mit und übersendet gleichzeitig eine Ausfertigung seiner Entscheidung dem Träger des Aufenthaltsorts.

6. Haben der Träger des Aufenthaltsorts und der zuständige Träger für denselben Fall zwei verschiedene Tage für das Ende der Arbeitsunfähigkeit festgesetzt, so ist der vom zuständigen Träger festgesetzte Tag maßgebend.

7. Nimmt der Rheinschiffer die Arbeit wieder auf, so teilt er dies dem zuständigen Träger mit, wenn die für diesen geltenden Rechtsvorschriften dies vorsehen.

8. Der zuständige Träger gewährt die Geldleistungen in geeigneter Weise, insbesondere durch internationale Postanweisung, und benachrichtigt davon den Träger des Aufenthaltsorts. Werden diese Leistungen vom Träger des Aufenthaltsorts zu Lasten des zuständigen Trägers gewährt, so unterrichtet dieser nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften den Rheinschiffer über seine Ansprüche und über den mit der Leistungsgewährung beauftragten Träger. Gleichzeitig unterrichtet er den Träger des Aufenthaltsorts über die Höhe der Leistungen, die Tage, an denen sie zu zahlen sind, und über die Höchstdauer der Leistungsgewährung nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates.

9. Zwei oder mehr Vertragsparteien oder die zuständigen Behörden dieser Vertragsparteien können, soweit sie betroffen sind, nach Stellungnahme durch die Zentrale Verwaltungsstelle andere Durchführungsvorschriften, als sie nach den Absätzen 1 bis 8 vorgesehen sind, vereinbaren.

4. Dès que possible, l'institution du lieu de séjour procède au contrôle médical et administratif du batelier rhénan et en communique sans délai les résultats à l'institution compétente qui conserve la faculté de faire procéder à l'examen de l'intéressé par un médicin de son choix, à sa propre charge. Si cette dernière institution décide de refuser les prestations, parce que les règles de contrôle n'ont pas été observées par le batelier rhénan, elle lui notifie cette décision et en adresse simultanément copie à l'institution du lieu de séjour.

5. La fin de l'incapacité de travail est notifiée sans délai au batelier rhénan par l'institution du lieu de séjour, qui en avise aussitôt l'institution compétente. Lorsque cette dernière institution décide elle-même que le batelier rhénan est redevenu apte au travail, elle lui notifie cette décision et en adresse simultanément copie à l'institution du lieu de séjour.

6. Si, dans le même cas, deux dates différentes sont fixées respectivement par l'institution du lieu de séjour et par l'institution compétente pour la fin de l'incapacité de travail, la date fixée par l'institution compétente est retenue.

7. Lorsque le batelier rhénan reprend le travail, il en avise l'institution compétente, s'il en est ainsi prévu par la législation que cette institution applique.

8. L'institution compétente sert les prestations en espèces par tous moyens appropriés, notamment par mandat-poste international, et en avise l'institution du lieu de séjour. Si ces prestations sont servies par l'institution du lieu de séjour pour le compte de l'institution compétente, l'institution compétente informe le batelier rhénan de ses droits, selon les modalités prescrites par la législation qu'elle applique, et lui indique en même temps l'institution chargée de servir lesdites prestations. Elle fait simultanément connaître à l'institution du lieu de séjour le montant des prestations, les dates auxquelles elles doivent être servies et la durée maximale de leur octroi, telle qu'elle est prévue par la législation de l'Etat compétent.

9. Deux ou plusieurs Parties Contractantes ou leurs autorités compétentes peuvent fixer, d'un commun accord, pour ce qui les concerne, et après avis du Centre administratif, des modalités différentes de celles qui sont prévues aux paragraphes précédents du présent article.

Anwendung des Artikels 41 des Übereinkommens

Artikel 48

Sachleistungen bei Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für den Bezug von Sachleistungen nach Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe a) des Übereinkommens legt der Rheinschiffer dem Träger des Wohnorts eine Bescheinigung über den Anspruch auf Sachleistungen vor. Diese Bescheinigung wird vom zuständigen Träger, gegebenenfalls auf Grund von Auskünften des Arbeitgebers ausgestellt. Der Rheinschiffer legt dem Träger des Wohnorts ferner eine Empfangsbestätigung der Meldung des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit vor, wenn die Rechtsvorschriften des zuständigen Staates dies vorsehen. Legt er diese Unterlagen nicht vor, so fordert der Träger des Wohnorts sie beim zuständigen Träger an und gewährt bis zu ihrem Eingang die Sachleistungen der Krankenversicherung, wenn auf diese Anspruch besteht.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 gilt bis zum Eingang einer Mitteilung über ihren Widerruf beim Träger des Wohnorts.

3. Bei jedem Antrag auf Sachleistungen legt der Rheinschiffer die Nachweise vor, die nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet er wohnt, für die Gewährung der Sachleistungen gewöhnlich erforderlich sind.

4. Artikel 44 Absätze 5 und 6 gilt entsprechend.

Application de l'article 41 de l'Accord

Article 48

Prestations en nature en cas de résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Pour bénéficier des prestations en nature en vertu de l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 41 de l'Accord, le batelier rhénan présente à l'institution du lieu de résidence un certificat attestant qu'il a droit à ces prestations. Ce certificat est délivré par l'institution compétente, au vu des renseignements fournis, le cas échéant, par l'employeur. En outre, si la législation de l'Etat compétent le prévoit, le batelier rhénan présente à l'institution du lieu de résidence un avis de réception de la déclaration d'accident du travail ou de maladie professionnelle. S'il ne présente pas ces documents, l'institution du lieu de résidence s'adresse à l'institution compétente pour les obtenir et, en attendant, elle lui sert les prestations en nature de maladie, pour autant qu'il ait droit à de telles prestations.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent demeure valable aussi longtemps que l'institution du lieu de résidence n'a pas reçu notification de son annulation.

3. Lors de toute demande de prestations en nature, le requérant présente les pièces justificatives normalement requises pour l'octroi des prestations en nature en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle il réside.

4. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 de l'article 44 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

5. Der Rheinschiffer hat den Träger des Wohnorts von jeder Änderung in seinen Verhältnissen zu unterrichten, die den Anspruch auf Sachleistungen berühren kann, insbesondere von der Beendigung oder dem Wechsel der Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit oder dem Wechsel des Wohn- oder Aufenthaltsorts. Der zuständige Träger und der Träger des Wohnorts unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung, die den Anspruch des Rheinschiffers auf Sachleistungen berühren kann.

5. Le batelier rhénan est tenu d'informer l'institution du lieu de résidence de tout changement dans sa situation susceptible de modifier le droit aux prestations en nature, notamment tout abandon ou changement d'emploi ou d'activité professionnelle ou tout transfert de résidence ou de séjour. L'institution compétente et l'institution du lieu de résidence s'informent mutuellement de tout changement pouvant modifier le droit aux prestations en nature du batelier rhénan.

Artikel 49

Geldleistungen, mit Ausnahme der Renten, bei Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für den Bezug von Geldleistungen nach Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe b) des Übereinkommens, mit Ausnahme der Renten, legt der Rheinschiffer dem Träger seines Wohnorts binnen drei Tagen nach dem Eintritt der Arbeitsunfähigkeit eine Anzeige über die Arbeitseinstellung oder, wenn die für den zuständigen Träger oder den Träger des Wohnorts geltenden Rechtsvorschriften dies vorsehen, eine vom behandelnden Arzt ausgestellte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vor. Er legt ferner die sonstigen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates nach Art der beantragten Leistungen erforderlichen Unterlagen vor.

2. Stellen die behandelnden Ärzte des Wohnortlandes keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen aus, so gilt Artikel 47 Absatz 2 entsprechend.

3. Der Träger des Wohnorts übermittelt dem zuständigen Träger unverzüglich die in den Absätzen 1 und 2 genannten Unterlagen und teilt ihm dabei die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit mit.

4. Artikel 47 Absätze 4 bis 9 gilt entsprechend.

Article 49

Prestations en espèces autres que les rentes en cas de résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Pour bénéficier des prestations en espèces, autres que les rentes, en vertu de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 41 de l'Accord, le batelier rhénan s'adresse à l'institution du lieu de résidence, dans un délai de trois jours à compter du début de l'incapacité de travail, en présentant un avis d'arrêt de travail ou, si la législation appliquée par l'institution compétente ou par l'institution du lieu de résidence le prévoit, un certificat d'incapacité de travail délivré par le médecin traitant. Il est en outre tenu de produire tous autres documents requis en vertu de la législation de l'Etat compétent, selon la nature des prestations demandées.

2. Lorsque les médecins traitants du pays de résidence ne délivrent pas de certificats d'incapacité de travail, les dispositions du paragraphe 2 de l'article 47 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

3. L'institution du lieu de résidence transmet sans délai à l'institution compétente les documents visés aux paragraphes précédents du présent article, en précisant la durée probable de l'incapacité de travail.

4. Les dispositions des paragraphes 4 à 9 de l'article 47 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Anwendung des Artikels 42 des Übereinkommens

Artikel 50

Leistungen an den arbeitslos gewordenen Rheinschiffer bei Aufenthalt oder Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist

1. Für die Gewährung von Sachleistungen an den arbeitslos gewordenen Rheinschiffer, der sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, aufhält oder dort wohnt, gelten die Artikel 45, 46 und 48 entsprechend.

2. Für die Gewährung von Geldleistungen an den arbeitslos gewordenen Rheinschiffer, der sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, aufhält oder dort wohnt, gelten die Artikel 47 und 49 entsprechend.

Application de l'article 42 de l'Accord

Article 50

Prestations au batelier rhénan devenu chômeur séjournant ou résidant sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Les dispositions des articles 45, 46 et 48 du présent Arrangement sont applicables par analogie pour l'octroi des prestations en nature au batelier rhénan devenu chômeur qui séjourne ou réside sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent.

2. Les dispositions des articles 47 et 49 du présent Arrangement sont applicables par analogie pour l'octroi de prestations en espèces au batelier rhénan devenu chômeur qui séjourne ou réside sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent.

Anwendung der Artikel 40 bis 43 des Übereinkommens

Artikel 51

Verfahren bei Versicherungsfällen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, eingetreten sind

1. Ist ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, eingetreten, so ist dies nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates anzuzeigen, gegebenenfalls unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften, die im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem der Unfall oder die Krankheit eingetreten ist, gelten und in einem solchen Fall anwendbar bleiben. Diese Anzeige wird dem

Application des articles 40 à 43 de l'Accord

Article 51

Formalités à remplir concernant les éventualités survenues sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

1. Lorsque l'accident du travail ou la maladie professionnelle sont survenus sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, la déclaration doit en être effectuée conformément aux dispositions de la législation de l'Etat compétent, sans préjudice, le cas échéant, de toutes dispositions légales en vigueur sur le territoire de la Partie Contractante où l'accident ou la maladie sont survenus et dont l'application demeure requise en

zuständigen Träger und eine Ausfertigung davon gegebenenfalls dem Träger des Wohnorts übermittelt.

2. Der Träger der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetreten ist, übermittelt dem zuständigen Träger zwei Ausfertigungen der in diesem Hoheitsgebiet ausgestellten ärztlichen Bescheinigungen und erteilt auf dessen Verlangen die erforderlichen Auskünfte.

3. Die Bescheinigung über die Heilung des Verletzten oder über die Konsolidierung seines Gesundheitszustandes hat den Zustand des Verletzten genau zu beschreiben und die Dauerfolgen des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit anzugeben. Die Kosten werden, je nach Fall, vom Träger des Wohnorts oder vom Träger des Aufenthaltsorts nach dem für diesen Träger geltenden Tarif zu Lasten des zuständigen Trägers gezahlt.

4. Der zuständige Träger unterrichtet, je nach Fall, den Träger des Wohnorts oder den Träger des Aufenthaltsorts von der Entscheidung betreffend den Tag der Heilung oder Konsolidierung sowie gegebenenfalls von der Entscheidung über die Zuerkennung einer Rente.

un tel cas. Cette déclaration est adressée à l'institution compétente et une copie en est communiquée, le cas échéant, à l'institution du lieu de résidence.

2. L'institution de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle l'accident du travail ou la maladie professionnelle sont survenus communique à l'institution compétente, en double exemplaire, les certificats médicaux établis sur ce territoire et, à la demande de cette dernière institution, tous renseignements appropriés.

3. Le certificat constatant la guérison de la victime ou la consolidation de son état doit, le cas échéant, décrire de façon précise l'état de la victime et comporter des indications sur les conséquences définitives de l'accident du travail ou de la maladie professionnelle. Les frais y afférents sont payés par l'institution du lieu de résidence ou par l'institution du lieu de séjour, selon le cas, au tarif appliqué par cette institution et à la charge de l'institution compétente.

4. L'institution compétente notifie à l'institution du lieu de résidence ou à l'institution du lieu de séjour, selon le cas, la décision fixant la date de guérison ou de consolidation, ainsi que, le cas échéant, la décision relative à l'attribution d'une rente.

Artikel 52

Zweifel über das Vorliegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit

1. Bezweifelt der in Betracht kommende Träger, daß im Fall des Artikels 40 Absatz 1 oder des Artikels 41 Absatz 1 des Übereinkommens die Rechtsvorschriften über Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten anzuwenden sind, so teilt er dies unverzüglich dem Träger des Aufenthaltsorts oder dem Träger des Wohnorts mit, der die Sachleistungen gewährt hat; diese Leistungen gelten sodann als Leistungen aus der Krankenversicherung und werden weiterhin als solche gewährt, wenn Anspruch auf solche Leistungen besteht.

2. Nach Vorliegen der endgültigen Entscheidung zu der Streitfrage teilt der zuständige Träger dies unverzüglich dem Träger des Aufenthaltsorts oder dem Träger des Wohnorts mit, der die Sachleistungen gewährt hat. Handelt es sich nicht um einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit, so gewährt dieser Träger weiterhin die Sachleistungen aus der Krankenversicherung, wenn Anspruch auf solche Leistungen besteht. Handelt es sich jedoch um einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit, so gelten die aus der Krankenversicherung bezogenen Leistungen als Leistungen bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit.

Article 52

Contestation du caractère professionnel de l'accident ou de la maladie

1. Lorsque l'institution en cause conteste que, dans le cas visé au paragraphe 1 de l'article 40 ou au paragraphe 1 de l'article 41 de l'Accord, la législation relative aux accidents du travail ou aux maladies professionnelles est applicable, elle en avise aussitôt l'institution du lieu de séjour ou l'institution du lieu de résidence ayant servi les prestations en nature, qui sont alors considérées comme relevant du régime des prestations de maladie et continuent d'être versées à ce titre, pour autant que l'intéressé ait droit à de telles prestations.

2. Lorsqu'une décision définitive est intervenue à la suite de cette contestation, l'institution compétente en avise aussitôt l'institution du lieu de séjour ou l'institution du lieu de résidence ayant servi les prestations en nature. S'il ne s'agit pas d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle, cette institution continue de servir les prestations en nature de maladie, pour autant que l'intéressé ait droit à de telles prestations. Au contraire, s'il s'agit d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle, les prestations dont le batelier rhénan a bénéficié au titre du régime des prestations de maladie sont considérées comme prestations d'accident du travail ou de maladie professionnelle.

Anwendung des Artikels 44 des Übereinkommens

Artikel 53

Verfahren bei einer im Hoheitsgebiet mehrerer Vertragsparteien ausgeübten Tätigkeit, die eine Berufskrankheit verursachen kann

1. Im Fall des Artikels 44 Absatz 1 des Übereinkommens wird die Anzeige über die Berufskrankheit entweder dem bei Berufskrankheiten zuständigen Träger der Vertragspartei, unter deren Rechtsvorschriften der Rheinschiffer zuletzt eine Tätigkeit ausgeübt hat, die die betreffende Berufskrankheit verursachen kann, oder an den Träger des Wohnorts übermittelt, der die Anzeige an den erstgenannten Träger weiterleitet.

2. Ist nach Ansicht des Trägers, der die Anzeige erhält, eine Tätigkeit, die diese Berufskrankheit verursachen kann, zuletzt unter den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei ausgeübt worden, so übermittelt er die Anzeige und die beigefügten Unterlagen dem entsprechenden Träger dieser Vertragspartei und unterrichtet davon gleichzeitig den Rheinschiffer.

Application de l'article 44 de l'Accord

Article 53

Procédure en cas d'exposition au risque de maladie professionnelle sur le territoire de plusieurs Parties Contractantes

1. Dans le cas visé au paragraphe 1 de l'article 44 de l'Accord, la déclaration de la maladie professionnelle est adressée soit à l'institution compétente en matière de maladie professionnelle de la Partie Contractante sous la législation de laquelle la victime a exercé en dernier lieu une activité susceptible de provoquer la maladie considérée, soit à l'institution du lieu de résidence qui transmet la déclaration à la première institution.

2. S'il apparaît à l'institution saisie de la déclaration qu'une activité susceptible de provoquer la maladie professionnelle considérée a été exercée en dernier lieu sous la législation d'une autre Partie Contractante, elle transmet la déclaration et les pièces qui l'accompagnent à l'institution correspondante de cette Partie et en informe simultanément l'intéressé.

3. Stellt der Träger der Vertragspartei, unter deren Rechtsvorschriften der Rheinschiffer zuletzt eine Tätigkeit ausgeübt hat, die die betreffende Berufskrankheit verursachen kann, fest, daß dieser oder seine Hinterbliebenen die Voraussetzungen nach diesen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung des Artikels 44 Absätze 2, 3 und 4 des Übereinkommens nicht erfüllen, so gilt folgendes:

a) Der genannte Träger übermittelt die Anzeige und die beigefügten Unterlagen einschließlich der vom ersten Träger veranlaßten ärztlichen Befunde und Gutachten sowie eine Ausfertigung der Entscheidung nach Buchstabe b) unverzüglich dem Träger der Vertragspartei, unter deren Rechtsvorschriften der Rheinschiffer vorher eine Tätigkeit ausgeübt hat, die die betreffende Berufskrankheit verursachen kann;

b) er unterrichtet gleichzeitig den Rheinschiffer von seiner Entscheidung, wobei er insbesondere die Gründe für die Verweigerung der Leistungen, die Rechtsbehelfe und die für diese festgesetzten Fristen sowie den Zeitpunkt angibt, zu dem die Akte dem in Buchstabe a) bezeichneten Träger übermittelt worden ist.

4. Gegebenenfalls ist nach dem gleichen Verfahren bis zu dem entsprechenden Träger der Vertragspartei zurückzugehen, unter deren Rechtsvorschriften der Rheinschiffer zuerst eine Tätigkeit ausgeübt hat, die die betreffende Berufskrankheit verursachen kann.

3. Lorsque l'institution de la Partie Contractante sous la législation de laquelle la victime a exercé en dernier lieu une activité susceptible de provoquer la maladie professionnelle considérée constate que la victime ou ses survivants ne satisfont pas aux conditions de cette législation, compte tenu des dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 44 de l'Accord, ladite institution

a) transmet sans délai, à l'institution de la Partie Contractante sous la législation de laquelle la victime a exercé précédemment une activité susceptible de provoquer la maladie considérée, la déclaration et toutes les pièces qui l'accompagnent, y compris les constatations et rapports des expertises médicales auxquelles la première institution a procédé, ainsi qu'une copie de la décision visée à l'alinéa suivant;

b) notifie simultanément à l'intéressé sa décision, en indiquant notamment les raisons qui motivent le refus des prestations, les voies et délais de recours, ainsi que la date à laquelle le dossier a été transmis à l'institution visée à l 'alinéa précédent.

4. Il y a lieu, le cas échéant, de remonter, selon la même procédure, jusqu'à l'institution correspondante de la Partie Contractante sous la législation de laquelle la victime a exercé en premier lieu une activité susceptible de provoquer la maladie professionnelle considérée.

Artikel 54
Informationsaustausch zwischen Trägern bei Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen eine ablehnende Entscheidung – Zahlung von Vorschüssen bei Einlegung eines Rechtsbehelfs –

1. Wird gegen eine ablehnende Entscheidung des Trägers einer Vertragspartei, unter deren Rechtsvorschriften der Rheinschiffer eine Tätigkeit ausgeübt hat, die die betreffende Berufskrankheit verursachen kann, ein Rechtsbehelf eingelegt, so unterrichtet dieser Träger den Träger, dem gegebenenfalls die Anzeige nach Artikel 53 Absatz 3 übermittelt wurde, davon und teilt ihm später die endgültige Entscheidung mit.

2. Besteht unter Berücksichtigung des Artikels 44 Absätze 2, 3 und 4 des Übereinkommens ein Leistungsanspruch nach den für den Träger, dem die Anzeige nach Artikel 53 Absatz 3 übermittelt wurde, geltenden Rechtsvorschriften, so zahlt dieser Träger dem Rheinschiffer Vorschüsse, deren Höhe nach Anhörung des Trägers, gegen dessen Entscheidung ein Rechtsbehelf eingelegt wurde, festgesetzt wird. Ist dieser Träger als Folge des Rechtsbehelfs leistungspflichtig, so erstattet er dem ersten Träger die gezahlten Vorschüsse und behält einen entsprechenden Betrag von den Leistungen ein, die dem Rheinschiffer geschuldet werden.

Article 54
Echange d'informations entre institutions en cas de recours contre une décision de rejet – versement d'avances en cas de ce recours

1. En cas d'introduction d'un recours contre une décision de rejet prise par l'institution de l'une des Parties Contractantes sous la législation desquelles la victime a exercé une activité susceptible de provoquer la maladie professionnelle considérée, cette institution est tenue d'en informer l'institution à laquelle la déclaration a éventuellement été transmise, selon la procédure prévue au paragraphe 3 de l'article 53 du présent Arrangement, et de l'aviser ultérieurement de la décision définitive intervenue.

2. Si le droit aux prestations est ouvert au titre de la législation qu'applique l'institution à laquelle la déclaration a été transmise, selon la procédure prévue au paragraphe 3 de l'article 53 du présent Arrangement, compte tenu des dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 44 de l'Accord, cette institution verse à l'intéressé des avances dont le montant est déterminé après consultation de l'institution contre la décision de laquelle le recours a été introduit. Si, à la suite du recours, cette dernière institution est tenue de servir les prestations, elle rembourse à l'institution précédente le montant des avances versées et retient un montant correspondant sur les prestations dues à l'intéressé.

Anwendung des Artikels 45 des Übereinkommens

Artikel 55
Verschlimmerung einer Berufskrankheit

Im Fall des Artikels 45 des Übereinkommens hat der Rheinschiffer dem Träger der Vertragspartei, bei dem er Leistungen beantragt, alle Auskünfte über die vorher für die betreffende Berufskrankheit erhaltenen Leistungen sowie über die seit deren Zuerkennung ausgeübten Erwerbstätigkeiten zu erteilen. Dieser Träger kann von den Trägern, die früher zuständig waren, die für erforderlich erachteten Auskünfte verlangen.

Application de l'article 45 de l'Accord

Article 55
Aggravation d'une maladie professionnelle

Dans le cas visé à l'article 45 de l'Accord, le batelier rhénan est tenu de fournir à l'institution de la Partie Contractante auprès de laquelle il fait valoir des droits à prestations tous renseignements relatifs aux prestations accordées antérieurement pour la maladie professionnelle considérée et aux activités professionnelles qu'il a exercées depuis l'octroi de ces prestations. Cette institution peut s'adresser à toute autre institution qui a été compétente antérieurement pour obtenir les renseignements qu'elle estime nécessaires.

Anwendung des Artikels 46 Absatz 2 des Übereinkommens

Artikel 56

Bescheinigung über die zu berücksichtigenden Familienangehörigen

Für die Anwendung des Artikels 46 Absatz 2 des Übereinkommens legt die in Betracht kommende Person dem zuständigen Träger eine Bescheinigung über ihre Familienangehörigen vor, die im Gebiet einer Vertragspartei wohnen, die nicht zuständiger Staat ist. Diese Bescheinigung wird von dem Träger der Krankenversicherung des Wohnorts dieser Familienangehörigen oder von einem anderen Träger ausgestellt, den die zuständige Behörde der Vertragspartei bezeichnet hat, in deren Hoheitsgebiet diese Familienangehörigen wohnen. Artikel 18 Absatz 2 gilt entsprechend.

Anwendung des Artikels 48 Absatz 5 des Übereinkommens

Artikel 57

Feststellung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit im Fall früherer Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten

1. Für die Feststellung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit im Fall des Artikels 48 Absatz 5 des Übereinkommens erteilt der Rheinschiffer dem zuständigen Träger der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften bei Eintritt des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit für ihn galten, alle Auskünfte über Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, die früher, während für ihn die Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei galten, eingetreten sind, unabhängig vom Grad der durch diese früheren Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten verursachten Minderung der Erwerbsfähigkeit.

2. Der zuständige Träger kann von den Trägern, die früher zuständig waren, die für erforderlich erachteten Auskünfte verlangen.

Artikel 58

Einreichung und Bearbeitung der Rentenanträge

1. Wohnen der Rheinschiffer oder seine Hinterbliebenen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, ist der Antrag auf Zuerkennung einer Rente oder einer Zulage zu einer Rente nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei, sofern ein solcher Antrag erforderlich ist, beim zuständigen Träger oder beim Träger des Wohnorts zu stellen, der ihn an den zuständigen Träger weiterleitet. Für die Einreichung des Antrages gilt folgendes:

a) Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen; er ist nach den Formvorschriften zu stellen, die in den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates vorgesehen sind;

b) die Richtigkeit der Angaben des Antragstellers ist durch amtliche Unterlagen, die dem Antrag beizufügen sind, nachzuweisen oder durch die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet er wohnt, zu bestätigen.

2. Der zuständige Träger unterrichtet den Antragsteller von seiner Entscheidung unmittelbar oder über die Verbindungsstelle des zuständigen Staates; eine Ausfertigung dieser Entscheidung übermittelt er der Verbindungsstelle der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Antragsteller wohnt.

Artikel 59

Verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle

Hält sich ein Rentenberechtigter im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei auf, die nicht zuständiger Staat ist, oder wohnt er dort, so wird die verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle sowie die

Application du paragraphe 2 de l'article 46 de l'Accord

Article 56

Certificat relatif aux membres de famille à prendre en considération

Pour bénéficier des dispositions du paragraphe 2 de l'Article 46 de l'Accord, l'intéressé présente à l'institution compétente un certificat relatif aux membres de sa famille qui résident sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent. Ce certificat est délivré soit par l'institution du lieu de résidence de ces membres de famille, compétente en matière de maladie, soit par une autre institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle ces membres de famille résident. En outre, les dispositions du paragraphe 2 de l'article 18 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Application du paragraphe 5 de l'article 48 de l'Accord

Article 57

Appréciation du degré d'incapacité en cas d'accident du travail ou de maladie professionnelle survenus antérieurement

1. Pour l'appréciation du degré d'incapacité, dans le cas visé au paragraphe 5 de l'article 48 de l'Accord, le batelier rhénan fournit à l'institution compétente de la Partie Contractante à la législation de laquelle il était soumis, lorsque l'accident du travail ou la maladie professionnelle sont survenus, tous renseignements relatifs aux accidents du travail ou aux maladies professionnelles dont il a été victime antérieurement, alors qu'il était soumis à la législation de toute autre Partie Contractante, quel que soit le degré d'incapacité provoquée par ces cas antérieurs d'accident du travail ou de maladie professionnelle.

2. L'institution compétente peut s'adresser à toute autre institution qui a été compétente antérieurement, pour obtenir les renseignements qu'elle estime nécessaires.

Article 58

Présentation et instruction des demandes de rentes

1. Lorsqu'un batelier rhénan ou ses survivants résidant sur le territoire d'une Partie Contractante sollicitent le bénéfice d'une rente ou d'une allocation destinée à compléter une rente au titre de la législation d'une autre Partie Contractante, ils adressent leur demande, au cas où une telle demande est requise, soit à l'institution compétente, soit à l'institution du lieu de résidence, qui la transmet à l'institution compétente. La présentation de la demande est soumise aux règles suivantes:

a) la demande doit être accompagnée des pièces justificatives requises et établie selon les formalités prévues par la législation de l'Etat compétent;

b) l'exactitude des renseignements donnés par le requérant doit être établie par des pièces officielles annexées à la demande ou confirmée par les organes compétents de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle il réside.

2. L'institution compétente notifie sa décision au requérant directement ou par l'intermédiaire de l'organisme de liaison de l'Etat compétent; elle adresse copie de cette notification à l'organisme de liaison de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle réside le requérant.

Article 59

Contrôle administratif et médical

Lorsqu'un titulaire de rente séjourne ou réside sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent, le contrôle administratif et médical, ainsi que les examens médicaux néces-

zur Neufeststellung der Renten erforderliche ärztliche Untersuchung auf Verlangen des zuständigen Trägers durch den Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften durchgeführt. Der zuständige Träger behält jedoch das Recht, auf seine Kosten den Berechtigten durch einen Arzt seiner Wahl untersuchen zu lassen.

Artikel 60
Zahlung der Renten

Für die Zahlung der Renten, die der Träger einer Vertragspartei Berechtigten schuldet, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei wohnen, gelten die Artikel 42 und 43 entsprechend.

Kapitel 4
Tod (Sterbegeld)

Anwendung der Artikel 50, 51 und 52 des Übereinkommens

Artikel 61
Einreichung des Antrags

Eine Person, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wohnt, stellt den Antrag auf Sterbegeld nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei beim zuständigen Träger oder beim Träger des Wohnorts unter Beifügung der nach den für den zuständigen Träger geltenden Rechtsvorschriften erforderlichen Nachweise. Die Richtigkeit der Angaben des Antragstellers ist durch amtliche Unterlagen, die dem Antrag beizufügen sind, nachzuweisen oder durch die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet er wohnt, zu bestätigen.

Artikel 62
Bescheinigung über Versicherungszeiten

1. Für die Anwendung des Artikels 50 des Übereinkommens legt der Antragsteller dem zuständigen Träger eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten vor, die nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei zurückgelegt worden sind, die für den verstorbenen Rheinschiffer vorher zuletzt galten, und macht die zusätzlichen Angaben, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften erforderlich sind.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 wird auf Antrag des Antragstellers, je nach Fall, von dem bei Krankheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit oder Alter zuständigen Träger der Vertragspartei ausgestellt, deren Rechtsvorschriften für den verstorbenen Rheinschiffer vorher zuletzt galten. Legt der Antragsteller diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der zuständige Träger sie beim letztgenannten Träger an.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn Versicherungszeiten, die vorher nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates berücksichtigt werden müssen.

Kapitel 5
Arbeitslosigkeit

Anwendung des Artikels 55 des Übereinkommens

Artikel 63
Bescheinigung über Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten

1. Für die Anwendung des Artikels 55 Absatz 1 oder 2 des Übereinkommens legt der arbeitslos gewordene Rheinschiffer

saires à la révision des rentes, sont effectués, à la demande de l'institution compétente, par l'institution du lieu de séjour ou de résidence, selon les modalités prévues par la législation que cette dernière institution applique. Toutefois, l'institution compétente conserve la faculté de faire procéder à l'examen du titulaire par un médecin de son choix, à sa propre charge.

Article 60
Paiement des rentes

Pour le paiement des rentes dues par l'institution d'une Partie Contractante à des titulaires résidant sur le territoire d'une autre Partie Contractante, les dispositions des articles 42 et 43 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Chapitre 4
Décès (allocations)

Application des articles 50, 51 et 52 de l'Accord

Article 61
Introduction de la demande

Lorsqu'une personne résidant sur le territoire d'une Partie Contractante sollicite le bénéfice d'une allocation au décès en vertu de la législation d'une autre Partie Contractante, elle adresse sa demande soit à l'institution compétente, soit à l'institution du lieu de résidence, avec les pièces justificatives requises par la législation qu'applique l'institution compétente. L'exactitude des renseignements donnés par le requérant doit être établie par des pièces officielles annexées à la demande ou confirmée par les organes compétents de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle il réside.

Article 62
Attestation des périodes d'assurance

1. Pour bénéficier des dispositions de l'article 50 de l'Accord, le requérant présente à l'institution compétente un certificat mentionnant les périodes d'assurance accomplies sous la législation de la Partie Contractante à laquelle le batelier rhénan défunt a été soumis antérieurement en dernier lieu et fournit tous renseignements complémentaires requis par la législation que cette institution applique.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent est délivré à la demande du requérant, par l'institution compétente en matière de maladie, d'accidents du travail ou de maladie professionnelle ou de vieillesse, selon le cas, de la Partie Contractante à la législation de laquelle le batelier rhénan défunt a été soumis antérieurement en dernier lieu. Si le requérant ne présente pas ledit certificat, l'institution compétente s'adresse à cette dernière institution pour l'obtenir.

3. S'il est nécessaire de tenir compte de périodes d'assurance accomplies antérieurement sous la législation de toute autre Partie Contractante pour satisfaire aux conditions requises par la législation de l'Etat compétent, les dispositions des paragraphes précédents du présent article sont applicables par analogie.

Chapitre 5
Chômage

Application de l'article 55 de l'Accord

Article 63
Attestation des périodes d'assurance ou d'emploi

1. Pour bénéficier des dispositions du paragraphe 1 ou du paragraphe 2 de l'article 55 de l'Accord, le batelier rhénan devenu

dem zuständigen Träger eine Bescheinigung über die Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten vor, die nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei zurückgelegt worden sind, die vorher zuletzt für ihn galten, und macht die zusätzlichen Angaben, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften erforderlich sind.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 wird auf Antrag des Betroffenen entweder von dem bei Arbeitslosigkeit zuständigen Träger der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften vorher zuletzt für ihn galten, oder von dem, von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei bezeichneten Träger ausgestellt. Legt der Betroffene diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der zuständige Träger sie bei dem zur Ausstellung berechtigten Träger an. Der zuständige Träger kann auch eine Bescheinigung anerkennen, die vom letzten Arbeitgeber des Betroffenen ausgestellt worden ist.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten, die vorher nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates berücksichtigt werden müssen.

Anwendung des Artikels 57 des Übereinkommens

Artikel 64
Zuständiger Träger für die Anwendung des Artikels 63 der Vereinbarung

Im Fall des Artikels 57 des Übereinkommens gilt der Träger des Wohnorts für die Anwendung des Artikels 63 dieser Vereinbarung als zuständiger Träger.

Anwendung des Artikels 58 des Übereinkommens

Artikel 65
Bescheinigung über Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten – Angabe der Dauer der bereits gewährten Leistungen –

Für die Anwendung des Artikels 58 des Übereinkommens gibt der in Artikel 63 Absatz 2 genannte Träger gegebenenfalls die Dauer an, während der nach der letzten Feststellung des Leistungsanspruchs Leistungen bereits gewährt worden sind.

Anwendung des Artikels 59 des Übereinkommens

Artikel 66
Bescheinigung für die Berechnung der Leistungen

Für die Berechnung der von einem Träger nach Artikel 59 Absatz 1 des Übereinkommens geschuldeten Leistungen legt die in Betracht kommende Person, wenn sie zuletzt nicht wenigstens vier Wochen nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei beschäftigt war, in deren Hoheitsgebiet dieser Träger seinen Sitz hat, diesem eine Bescheinigung vor, in der die Art der zuletzt nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei während mindestens vier Wochen ausgeübten Beschäftigung sowie der Wirtschaftszweig, in dem sie ausgeübt wurde, angegeben sind. Legt die Person diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der genannte Träger sie bei dem bei Arbeitslosigkeit zuständigen Träger dieser letzten Vertragspartei oder bei einem anderen von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei bezeichneten Träger an. Der zuständige Träger kann auch eine Bescheinigung anerkennen, die vom letzten Arbeitgeber der in Betracht kommenden Person ausgestellt worden ist.

chômeur présente à l'institution compétente un certificat mentionnant les périodes d'assurance ou d'emploi accomplies sous la législation de la Partie Contractante à laquelle il a été soumis antérieurement en dernier lieu et fournit tous renseignements complémentaires requis par la législation que cette institution applique.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent est délivré, à la demande de l'intéressé, soit par l'institution compétente en matière de chômage de la Partie Contractante à la législation de laquelle il a été soumis antérieurement en dernier lieu, soit par l'institution désignée par l'autorité compétente de cette Partie. Si l'intéressé ne présente pas ledit certificat, l'institution compétente s'adresse, pour l'obtenir, à l'institution habilitée à le délivrer. L'institution compétente peut également admettre un certificat délivré par le dernier employeur de l'intéressé.

3. S'il est nécessaire de tenir compte de périodes d'assurance ou d'emploi accomplies antérieurement sous la législation de toute autre Partie Contractante pour satisfaire aux conditions requises par la législation de l'Etat compétent, les dispositions des paragraphes précédents du présent article sont applicables par analogie.

Application de l'article 57 de l'Accord

Article 64
Institution compétente pour l'application de l'article 63 du présent Arrangement

Dans le cas visé à l'article 57 de l'Accord, l'institution du lieu de résidence est considérée comme l'institution compétente pour l'application des dispositions de l'article 63 du présent Arrangement.

Application de l'article 58 de l'Accord

Article 65
Attestation des périodes d'assurance ou d'emploi – indication de la durée des prestations déjà servies –

Pour l'application des dispositions de l'article 58 de l'Accord, l'institution visée au paragraphe 2 de l'article 63 du présent Arrangement indique, le cas échéant, la durée pendant laquelle des prestations ont déjà été servies après la dernière constatation du droit aux prestations.

Application de l'article 59 de l'Accord

Article 66
Attestation pour le calcul des prestations

Pour le calcul des prestations incombant à une institution visée au paragraphe 1 de l'article 59 de l'Accord, au cas où l'intéressé n'a pas occupé son dernier emploi pendant quatre semaines au moins sous la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve cette institution, il lui présente une attestation indiquant la nature du dernier emploi occupé sous la législation d'une autre Partie Contractante pendant quatre semaines au moins, ainsi que la branche économique dans laquelle cet emploi a été occupé. Si l'intéressé ne présente pas cette attestation, ladite institution s'adresse, pour l'obtenir, soit à l'institution compétente en matière de chômage de cette dernière Partie, soit à une autre institution désignée par l'autorité compétente de ladite Partie. L'institution compétente peut également admettre un certificat délivré par le dernier employeur de l'intéressé.

Artikel 67

Bescheinigung über die bei der Berechnung der Leistungen zu berücksichtigenden Familienangehörigen

Für die Anwendung des Artikels 59 Absatz 2 des Übereinkommens legt die in Betracht kommende Person dem zuständigen Träger eine Bescheinigung über ihre Familienangehörigen vor, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wohnen, die nicht zuständiger Staat ist. Diese Bescheinigung wird von dem Träger ausgestellt, den die zuständige Behörde der Vertragspartei bezeichnet, in deren Hoheitsgebiet diese Familienangehörigen wohnen. In ihr ist zu bescheinigen, daß die Familienangehörigen nicht bereits für die Berechnung der einem anderen Anspruchsberechtigten derselben Familie nach den Rechtsvorschriften der genannten Vertragspartei bei Arbeitslosigkeit geschuldeten Leistungen berücksichtigt werden. Artikel 18 Absatz 2 gilt entsprechend.

Kapitel 6

Familienleistungen

Anwendung des Artikels 60 des Übereinkommens

Artikel 68

Bescheinigung über Zeiten der Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit

1. Für die Anwendung des Artikels 60 des Übereinkommens legt die in Betracht kommende Person dem zuständigen Träger eine Bescheinigung über die Zeiten der Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeiten vor, die nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei zurückgelegt worden sind, die vorher zuletzt für den Rheinschiffer galten, und macht die zusätzlichen Angaben, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften erforderlich sind.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 wird auf Antrag der betreffenden Person von dem für Familienleistungen zuständigen Träger der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften vorher zuletzt für den Rheinschiffer galten, oder von einem anderen von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei bezeichneten Träger ausgestellt. Legt die betreffende Person diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der zuständige Träger sie bei dem zur Ausstellung berechtigten Träger an.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn Zeiten der Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit, die vorher nach den Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates berücksichtigt werden müssen.

Anwendung des Artikels 62 des Übereinkommens

Artikel 69

Anwendung der Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, die in Anhang VII (1) des Übereinkommens aufgeführt ist – Antrag auf Familienleistungen –

1. Für den Bezug von Familienleistungen nach Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe b) des Übereinkommens stellt die in Betracht kommende Person einen Antrag beim zuständigen Träger, der ihr eine Bescheinigung über den Leistungsanspruch ausstellt, die den Zeitpunkt nennt, von dem an die Leistungen geschuldet werden. Außerdem lassen sich die Familienangehörigen beim Träger ihres Wohnorts eintragen und legen dabei die nach den für diesen Träger für die Gewährung von Familienleistungen geltenden Rechtsvorschriften gewöhnlich erforderlichen Nachweise sowie die genannte Bescheinigung vor. Legen die Familienangehörigen diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der Träger ihres Wohnorts sie beim zuständigen Träger an.

Article 67

Certificat relatif aux membres de famille à prendre en considération

Pour bénéficier des dispositions du paragraphe 2 de l'article 59 de l'Accord, l'intéressé présente à l'institution compétente un certificat relatif aux membres de sa famille qui résident sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent. Ce certificat est délivré par l'institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle ces membres de famille résident. Il doit attester que les membres de famille ne sont pas déjà pris en considération pour le calcul de prestations de chômage dues à un bénéficiaire de la même famille en vertu de la législation de ladite Partie Contractante. En outre, les dispositions du paragraphe 2 de l'article 18 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Chapitre 6

Prestation familiales

Application de l'article 60 de l'Accord

Article 68

Attestation des périodes d'emploi ou d'activité professionnelle

1. Pour bénéficier des dispositions de l'article 60 de l'Accord, l'intéressé présente à l'institution compétente un certificat mentionnant les périodes d'emploi ou d'activité professionnelle accomplies sous la législation de la Partie Contractante à laquelle le batelier rhénan a été soumis antérieurement en dernier lieu et fournit tous renseignements complémentaires requis pas la législation que cette institution applique.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent est délivré, à la demande de l'intéressé, soit par l'institution compétente en matière de prestations familiales de la Partie Contractante à la législation de laquelle le batelier rhénan a été soumis antérieurement en dernier lieu, soit par une autre institution désignée par l'autorité compétente de cette Partie. Si l'intéressé ne présente pas ledit certificat, l'institution compétente s'adresse, pour l'obtenir, à l'institution habilitée à le délivrer.

3. S'il est nécessaire de tenir compte des périodes d'emploi ou d'activité professionnelle accomplies antérieurement sous la législation de toute autre Partie Contractante pour satisfaire aux conditions requises par la législation de l'Etat compétent, les dispositions des paragraphes précédents du présent article sont applicables par analogie.

Application de l'article 62 de l'Accord

Article 69

Application de la législation d'une Partie Contractante inscrite à l'annexe VII (1) de l'Accord – demande de prestations familiales –

1. Pour bénéficier des prestations familiales en vertu de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 62 de l'Accord, l'intéressé adresse une demande à l'institution compétente, qui lui délivre un certificat attestant le droit à ces prestations et indiquant la date à partir de laquelle elles sont dues. En outre, les membres de famille s'inscrivent auprès de l'institution du lieu de leur résidence en présentant les pièces justificatives normalement requises pour l'octroi des prestations familiales, en vertu de la législation que cette institution applique, ainsi que ledit certificat. Si les membres de la famille ne présentent pas ce certificat, l'institution du lieu de leur résidence s'adresse à l'institution compétente pour l'obtenir.

2. Die Bescheinigung nach Absatz 1 gilt bis zum Eingang einer Mitteilung über ihren Widerruf beim Träger des Wohnorts.

3. Der zuständige Träger teilt dem Träger des Wohnorts der Familienangehörigen unverzüglich den Tag mit, an dem der Leistungsanspruch des Rheinschiffers erlischt oder an dem dieser seinen Wohnort vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das einer anderen Vertragspartei verlegt. Der Träger des Wohnorts der Familienangehörigen kann vom zuständigen Träger jederzeit Auskünfte über den Leistungsanspruch des Rheinschiffers verlangen.

4. Die Familienangehörigen haben den Träger des Wohnorts von jeder Änderung in ihren Verhältnissen zu unterrichten, die den Leistungsanspruch berühren kann, insbesondere vom Wechsel des Wohnorts. Der Träger des Wohnorts unterrichtet den zuständigen Träger über die Änderungen.

2. Le certificat visé au paragraphe précédent reste valable aussi longtemps que l'institution du lieu de résidence n'a pas reçu notification de son annulation.

3. L'institution compétente informe immédiatement l'institution du lieu de résidence des membres de famille de la date à laquelle le batelier rhénan cesse d'avoir droit aux prestations ou transfère sa résidence du territoire d'une Partie Contractante sur celui d'une autre Partie Contractante. L'institution du lieu de résidence des membres de famille peut demander en tout temps à l'institution compétente de lui fournir tous renseignements relatifs au droit à prestations du batelier rhénan.

4. Les membres de famille sont tenus d'informer l'institution du lieu de leur résidence de tout changement dans leur situation susceptible de modifier le droit aux prestations, notamment de tout transfert de leur résidence. L'institution du lieu de résidence communique ces informations à l'institution compétente.

Anwendung des Artikels 63 des Übereinkommens

Artikel 70
Antrag auf Familienleistungen für den arbeitslos gewordenen Rheinschiffer

1. Artikel 69 gilt entsprechend für den in Artikel 63 Absatz 1 des Übereinkommens genannten arbeitslos gewordenen Rheinschiffer.

2. Wendet der zuständige Träger Rechtsvorschriften an, nach denen der Anspruch auf Familienleistungen von dem Bestehen eines Anspruchs auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit abhängig ist, so stellt der arbeitslos gewordene Rheinschiffer für den Bezug von Familienleistungen nach Artikel 63 Absatz 1 des Übereinkommens einen Antrag beim zuständigen Träger, der ihm eine Bescheinigung darüber ausstellt, daß er Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften erhält und Anspruch auf Familienleistungen hätte, wenn seine Familienangehörigen mit ihm im Hoheitsgebiet des zuständigen Staates wohnten. Diese Bescheinigung wird von dem bei Arbeitslosigkeit zuständigen Träger dieses Staates oder von einem anderen Träger ausgestellt, der von der zuständigen Behörde dieses Staates bezeichnet wird. Legen die Familienangehörigen diese Bescheinigung nicht vor, so fordert der Träger ihres Wohnorts sie beim zuständigen Träger an.

3. Im Fall von Absatz 2 gelten die Artikel 69 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 72 Absätze 1 und 3 entsprechend.

Application de l'article 63 de l'Accord

Article 70
Demande de prestations familiales pour le batelier rhénan devenu chômeur

1. Les dispositions de l'article 69 du présent Arrangement sont applicables par analogie au batelier rhénan devenu chômeur visé au paragraphe 1 de l'article 63 de l'Accord.

2. Au cas où l'institution compétente applique une législation selon laquelle le droit aux prestations familiales est conditionné par l'existence d'un droit aux prestations de chômage, pour bénéficier des prestations familiales en vertu du paragraphe 1 de l'article 63 de l'Accord, le batelier rhénan devenu chômeur adresse une demande à l'institution compétente, qui lui délivre un certificat attestant qu'il bénéficie de prestations de chômage au titre de la législation qu'elle applique et qu'il aurait droit aux prestations familiales si les membres de sa famille résidaient avec lui sur le territoire de l'Etat compétent. Ce certificat est délivré soit par l'institution compétente en matière de chômage de ce dernier Etat, soit par une autre institution désignée par l'autorité compétente de cet Etat. Si les membres de famille ne présentent pas ledit certificat, l'institution du lieu de leur résidence s'adresse à l'institution compétente pour l'obtenir.

3. Dans le cas visé au paragraphe précédent, les dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 69 et celles des paragraphes 1 et 3 de l'article 72 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Anwendung der Artikel 64 und 65 des Übereinkommens

Artikel 71
Anwendung der Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, die in Anhang VII (2) des Übereinkommens aufgeführt ist – Antrag auf Familienbeihilfen –

1. Für den Bezug von Familienbeihilfen nach Artikel 64 des Übereinkommens stellt der Rheinschiffer, gegebenenfalls über seinen Arbeitgeber, einen Antrag beim zuständigen Träger.

2. Der Rheinschiffer legt mit seinem Antrag eine Bescheinigung über seine Familienangehörigen vor, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als derjenigen wohnen, in dem der zuständige Träger seinen Sitz hat. Diese Bescheinigung wird von der für Personenstandsangelegenheiten zuständigen Behörde dieser Vertragspartei oder von dem Träger, der von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei bezeichnet wird, ausgestellt. Die Bescheinigung ist jährlich zu erneuern.

3. Der Rheinschiffer erteilt auf Verlangen des zuständigen Trägers gegebenenfalls auch Auskünfte zur Feststellung der Person, an welche die Familienbeihilfen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem die Familienangehörigen wohnen, gezahlt werden können.

Application des articles 64 et 65 de l'Accord

Article 71
Application de la législation d'une Partie Contractante inscrite à l'annexe VII (2) de l'Accord – demande d'allocations familiales –

1. Pour bénéficier des allocations familiales en vertu de l'article 64 de l'Accord, le batelier rhénan adresse une demande à l'institution compétente, le cas échéant, par l'intermédiaire de son employeur.

2. Le batelier rhénan produit, à l'appui de sa demande, un certificat relatif aux membres de sa famille ayant leur résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que celle où se trouve l'institution compétente. Ce certificat est délivré soit par les autorités compétentes en matière d'état civil de cette Partie, soit par l'institution désignée par l'autorité compétente de ladite Partie. Le certificat doit être renouvelé tous les ans.

3. En outre, le batelier rhénan fournit, le cas échéant, à la demande de l'institution compétente, les renseignements permettant d'individualiser la personne à laquelle peuvent être servies les allocations familiales sur le territoire de la Partie Contractante où résident les membres de famille.

4. Der Rheinschiffer hat den zuständigen Träger, gegebenenfalls über seinen Arbeitgeber, von jeder Änderung in den Verhältnissen seiner Familienangehörigen, die den Anspruch auf Familienbeihilfen berühren kann, zu unterrichten.

5. Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für den in Artikel 65 Absatz 1 des Übereinkommens genannten arbeitslos gewordenen Rheinschiffer.

4. Le batelier rhénan est tenu d'informer l'institution compétente, le cas échéant par l'intermédiaire de son employeur, de tout changement dans la situation des membres de sa famille susceptible d'affecter le droit aux allocations familiales.

5. Les dispositions des paragraphes précédents du présent article sont applicables par analogie au batelier rhénan devenu chômeur visé au paragraphe 1 de l'article 65 de l'Accord.

Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 72

Gewährung der Familienleistungen bei Wohnortwechsel von Familienangehörigen

1. Verlegen Familienangehörige während eines Monats oder eines Kalendervierteljahres ihren Wohnort vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das einer anderen Vertragspartei, so werden die Familienleistungen nach folgenden Regeln gewährt:

a) Sehen die Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien oder nur die Rechtsvorschriften der erstgenannten Vertragspartei die Gewährung monatlicher oder vierteljährlicher Leistungen vor, so setzt der zu Beginn des Monats oder des Vierteljahres mit der Gewährung der Leistungen beauftragte Träger die Leistungsgewährung für den gesamten Bezugszeitraum fort. Der Träger des neuen Wohnorts gewährt die Familienleistungen je nach Fall von dem folgenden Monat oder dem folgenden Kalendervierteljahr an;

b) sehen die Rechtsvorschriften der erstgenannten Vertragspartei die Gewährung von Familienleistungen auf Tagesbasis vor, so werden die Leistungen nacheinander nach den Rechtsvorschriften jeder dieser Vertragsparteien im Verhältnis zur Dauer gewährt, während der diese Familienangehörigen in dem betreffenden Monat oder Vierteljahr im Hoheitsgebiet der in Betracht kommenden Vertragspartei wohnten.

2. Absatz 1 gilt entsprechend für die Gewährung von Familienleistungen an die in Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe a) des Übereinkommens genannten Familienangehörigen, wenn sie das Fahrzeug verlassen, an dessen Bord sie sich mit dem Rheinschiffer aufhielten, und ihren Wohnort im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die nicht zuständiger Staat ist, nehmen.

3. Hat der Träger einer Vertragspartei während eines Zeitraums Familienleistungen gewährt, die vom Träger einer anderen Vertragspartei geschuldet wurden, so werden dem erstgenannten Träger die von ihm zu Unrecht gezahlten Leistungen erstattet.

Dispositions communes

Article 72

Service des prestations familiales en cas de transfert de résidence de membres de famille

1. Si des membres de famille transfèrent leur résidence du territoire d'une Partie Contractante sur celui d'une autre Partie Contractante au cours d'un mois ou d'un trimestre civil, les prestations familiales sont servies selon les règles suivantes:

a) si l'une et l'autre de ces législations ou si la seule législation de la première Partie Contractante prévoit l'octroi de prestations mensuelles ou trimestrielles, l'institution chargée du service des prestations au début du mois ou du trimestre continue de les servir jusqu'à l'expiration de la période dont il s'agit; l'institution du nouveau lieu de résidence commence à servir les prestations familiales dès le début du mois ou du trimestre civil suivant, selon le cas;

b) si la législation de la première Partie Contractante prévoit l'octroi de prestations familiales sur une base journalière, les prestations sont servies successivement au titre de la législation de chacune de ces Parties Contractantes, au prorata de la durée de résidence de ces membres de famille sur le territoire de la Partie Contractante en cause pendant le mois ou le trimestre considéré.

2. Les dispositions du paragraphe précédent sont applicables par analogie pour le service des prestations familiales aux membres de famille visés au paragraphe 1, alinéa a) de l'article 62 de l'Accord, s'ils quittent le bâtiment à bord duquel ils se trouvaient avec le batelier rhénan pour établir leur résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent.

3. Si l'institution d'une Partie Contractante a servi des prestations familiales pour une période, alors que la charge en incombait à l'institution d'une autre Partie Contractante, les prestations servies indûment par la première institution lui sont remboursées.

Artikel 73

Gewährung der Familienleistungen bei Wechsel des zuständigen Trägers

1. Gelten für den Rheinschiffer nacheinander während eines Monats oder eines Kalendervierteljahres die Rechtsvorschriften zweier Vertragsparteien, so werden die Familienleistungen, auf die er nach den Rechtsvorschriften jeder dieser Vertragsparteien Anspruch hat, nach folgenden Regeln gewährt:

a) Ist eine dieser Parteien in Anhang VII Abschnitt 2 des Übereinkommens aufgeführt oder gewährt eine dieser Vertragsparteien, obgleich sie in Abschnitt 1 dieses Anhangs aufgeführt ist, die Familienleistungen auf Tagesbasis, so werden die vom zuständigen Träger der anderen Vertragspartei geschuldeten Familienleistungen im Verhältnis zur Dauer festgestellt, während der für den Rheinschiffer die Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei unter Berücksichtigung des in den genannten Rechtsvorschriften festgelegten monatlichen oder vierteljährlichen Zeitraums galten.

b) In den übrigen Fällen bleibt der zu Beginn des betreffenden Monats oder Kalendervierteljahres zuständige Träger für die Dauer dieses Monats oder dieses Vierteljahres zuständig, je nachdem, ob nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften die Familienleistungen monatlich oder vierteljährlich zu gewähren sind.

Article 73

Service des prestations familiales en cas de changement de l'institution compétente

1. Si le batelier rhénan a été soumis successivement au cours d'un mois ou d'un trimestre civil à la législation de deux Parties Contractantes, l'octroi des prestations familiales auxquelles il peut prétendre en vertu de la législation de chacune de ces Parties est déterminé selon les règles suivantes:

a) si l'une de ces Parties Contractantes est inscrite à la section 2 de l'Annexe VII à l'Accord ou si, bien qu'inscrite à la section 1 de ladite annexe, elle accorde les prestations familiales sur une base journalière, les prestations familiales, dont la charge incombe à l'institution compétente de l'autre Partie Contractante, sont déterminées au prorata de la durée pendant laquelle le batelier rhénan est soumis à la législation de cette Partie Contractante par rapport à la durée de la période mensuelle ou trimestrielle prévue par ladite législation;

b) dans tous les autres cas, l'institution compétente, à laquelle incombe la charge des prestations au début du mois ou du trimestre civil considéré, en conserve la charge pour la durée de ce mois ou de ce trimestre selon que la législation qu'elle applique prescrit une périodicité mensuelle ou trimestrielle pour l'octroi des prestations familiales.

2. Hat der Träger einer Vertragspartei während eines Zeitraums Familienleistungen gewährt, die vom Träger einer anderen Vertragspartei geschuldet wurden, so werden dem erstgenannten Träger die von ihm zu Unrecht gezahlten Leistungen erstattet.

2. Si l'institution d'une Partie Contractante a servi des prestations familiales pour une période, alors que la charge en incombait à l'institution d'une autre Partie Contractante, les prestations servies indûment par la première institution lui sont remboursées.

Anwendung der Artikel 66 bis 69 des Übereinkommens

Application des articles 66 à 69 de l'Accord

Artikel 74
Familienleistungen für unterhaltsberechtigte Kinder eines Pensions- oder Rentenberechtigten und für Waisen

1. Für den Bezug von Leistungen nach Artikel 66, 67 oder 68 des Übereinkommens stellt die in Betracht kommende Person den Antrag beim zuständigen Träger. Wohnt sie jedoch im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als derjenigen, in deren Hoheitsgebiet der zuständige Träger seinen Sitz hat, so kann sie ihren Antrag auch beim Träger ihres Wohnorts stellen, der den Antrag dem zuständigen Träger unter Angabe des Tages der Antragstellung übermittelt. Dieser Tag gilt als Tag der Antragstellung bei dem zuständigen Träger.

2. Die in Betracht kommende Person legt mit ihrem Antrag eine Bescheinigung über ihre Familienangehörigen vor, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als derjenigen wohnen, in dem der zuständige Träger seinen Sitz hat. Diese Bescheinigung wird von der für Personenstandsangelegenheiten zuständigen Behörde dieser Vertragspartei oder von einem Träger, der von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei bezeichnet wird, ausgestellt. Die Bescheinigung ist jährlich zu erneuern.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Waisen, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als derjenigen wohnen, in dem der zuständige Träger seinen Sitz hat.

4. In den Fällen des Artikels 66 Absatz 3 Buchstabe b) oder des Artikels 67 Absatz 3 Buchstabe b) des Übereinkommens übermittelt der Träger des Wohnorts den Antrag mit allen erforderlichen Unterlagen und Angaben unverzüglich dem Träger der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften für den zum Bezug einer Pension oder Rente Berechtigten oder den verstorbenen Rheinschiffer am längsten galten. Gegebenenfalls ist unter den gleichen Bedingungen bis zu dem Träger der Vertragspartei zurückzugehen, deren Rechtsvorschriften für den zum Bezug einer Pension oder Rente Berechtigten oder den verstorbenen Rheinschiffer die kürzeste Zeit galten.

Article 74
Prestations familiales pour enfants à charge du titulaire de pension ou de rente et pour orphelins

1. Pour bénéficier des prestations en vertu de l'article 66, de l'article 67 ou de l'article 68 de l'Accord, l'intéressé adresse une demande à l'institution compétente. Toutefois, s'il réside sur le territoire d'une Partie Contractante autre que celui où se trouve l'institution compétente, il peut aussi adresser sa demande à l'institution du lieu de sa résidence, qui la transmet à l'institution compétente en indiquant la date à laquelle elle a été introduite. Cette date est considérée comme la date d'introduction de la demande auprès de l'institution compétente.

2. L'intéressé produit, à l'appui de sa demande, un certificat relatif aux membres de sa famille ayant leur résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que celui où se trouve l'institution compétente. Ce certificat est délivré soit par les autorités compétentes en matière d'état civil de cette Partie, soit par une institution désignée par l'autorité compétente de ladite Partie. Le certificat doit être renouvelé tous les ans.

3. Les dispositions du paragraphe précédent sont applicables par analogie aux orphelins ayant leur résidence sur le territoire d'une Partie Contractante autre que celui où se trouve l'institution compétente.

4. Dans les cas visés à l'alinéa b) du paragraphe 3 de l'article 66 ou à l'alinéa b) du paragraphe 3 de l'article 67 de l'Accord, l'institution du lieu de résidence transmet sans délai la demande accompagnée de tous les documents et renseignements nécessaires à l'institution de la Partie Contractante à la législation de laquelle le titulaire de pension ou de rente où le batelier rhénan défunt a été soumis le plus longtemps. Il y a lieu de remonter, le cas échéant, dans les mêmes conditions, jusqu'à l'institution de la Partie Contractante à la législation de laquelle le titulaire de pension ou de rente ou le batelier rhénan défunt a été soumis le moins longtemps.

Artikel 75
Auskünfte, die auf Verlangen des zuständigen Trägers zu erteilen sind

Die in Betracht kommende Person erteilt auf Verlangen des zuständigen Trägers gegebenenfalls Auskünfte zur Feststellung der Person, an welche die Familienbeihilfen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem die Kinder oder Waisen wohnen, gezahlt werden können.

Article 75
Renseignements à fournir sur demande à l'institution compétente

L'intéressé fournit, le cas échéant, à la demande de l'institution compétente, les renseignements permettant d'individualiser la personne à laquelle peuvent être servies les allocations familiales sur le territoire de la Partie Contractante où résident les enfants ou les orphelins.

Artikel 76
Zahlung der Leistungen

1. Für die Zahlung der nach Artikel 66, 67 oder 68 des Übereinkommens geschuldeten Leistungen gilt Artikel 42 entsprechend.

2. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bezeichnen erforderlichenfalls den Träger, der für die Zahlung der nach Artikel 66, 67 oder 68 des Übereinkommens geschuldeten Leistungen zuständig ist.

Article 76
Paiement des prestations

1. Pour le paiement des prestations dues en vertu des articles 66, 67 ou 68 de l'Accord, les dispositions de l'article 42 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

2. Les autorités compétentes des Parties Contractantes désignent, en tant que de besoin, l'institution compétente pour le versement des prestations dues en vertu des articles 66, 67 ou 68 de l'Accord.

Artikel 77
Unterrichtung über Änderungen in den Verhältnissen

Jede Person, an die nach Artikel 66, 67 oder 68 des Übereinkommens Leistungen für Familienangehörige eines zum Bezug

Article 77
Information des changements de situation intervenus

Toute personne à laquelle des prestations sont versées en vertu des articles 66, 67 ou 68 de l'Accord, pour les membres de

einer Pension oder Rente Berechtigten oder für Waisen gezahlt werden, hat den zur Zahlung dieser Leistungen verpflichteten Träger von jeder Änderung in den Verhältnissen der Familienangehörigen oder Waisen zu unterrichten, die den Leistungsanspruch berühren kann.

Titel V

Finanzbestimmungen

Artikel 78

Erstattung von Leistungen

1. Unbeschadet der Artikel 23 Absatz 4, Artikel 49 Absatz 4 und Artikel 70 Absatz 3 des Übereinkommens werden die Erstattungen nach Artikel 23 Absatz 3, Artikel 49 Absatz 3 und Artikel 70 Absatz 2 des Übereinkommens wie folgt festgestellt und vorgenommen:

a) Der zuständige Träger erstattet die vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts gewährten Leistungen in Höhe des tatsächlichen Betrags, der sich aus der Rechnungsführung dieses Trägers ergibt.

b) Geht der tatsächliche Betrag der Leistungen aus der Rechnungsführung des Trägers, der sie gewährt hat, nicht hervor, so wird der zu erstattende Betrag in Form eines Pauschalbetrages festgesetzt, der nach den von den betreffenden Vertragsparteien oder ihren zuständigen Behörden vereinbarten Berechnungsmethoden ermittelt wird.

c) Die Erstattungszahlungen werden für jedes Kalenderhalbjahr über die Verbindungsstellen vorgenommen.

d) Die Forderungen werden in der Währung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich der Gläubigerträger befindet, auf den letzten Tag des betreffenden Halbjahres festgestellt und vor Ablauf des folgenden Vierteljahres zu dem am Tag der Überweisung maßgeblichen Wechselkurs gezahlt.

2. Zwei Vertragsparteien können einvernehmlich die Anwendung von Regelungen über die Erstattung in Form von Pauschalbeträgen, die am Tag vor Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen ihnen gelten, auf die Pauschalerstattung nach Artikel 23 Absatz 3, Artikel 49 Absatz 3 und Artikel 70 Absatz 2 des Übereinkommens erstrecken; diese Vereinbarungen sind der Zentralen Verwaltungsstelle zu notifizieren. Das gilt ebenfalls für Vereinbarungen über einen Erstattungsverzicht.

3. Die nach Artikel 21 Absatz 4 Satz 2 und Absatz 7 des Übereinkommens gewährten Sachleistungen gehen nur dann zu Lasten des Trägers des Wohnorts, wenn zwischen diesem und dem zuständigen Träger eine Pauschalerstattung oder ein Erstattungsverzicht gilt. Ohne entsprechende Vereinbarung gehen die Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers.

4. Für die Anwendung des Artikels 70 Absatz 1 des Übereinkommens werden die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgesehenen Familienleistungen als denjenigen entsprechend anerkannt, die nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei vorgesehen sind, wenn es sich bei den nach den Rechtsvorschriften dieser beiden Vertragsparteien vorgesehenen Familienleistungen um Familienbeihilfen, vorgeburtliche Beihilfen, Geburtsbeihilfen, Beihilfen für behinderte Kinder, Waisenbeihilfen oder um sonstige Beihilfen gleicher Art handelt, die nach den Rechtsvorschriften von mindestens zwei Vertragsparteien vorgesehen sind.

Artikel 79

Erstattung zu Unrecht gewährter Sachleistungen

1. Wird der Leistungsanspruch von dem als zuständig angegebenen Träger nicht anerkannt, so werden die vom Träger des Aufenthaltsorts auf Grund der Vermutung nach Artikel 9 Absatz 1

famille d'un titulaire de pension ou de rente ou pour des orphelins, est tenue d'informer l'institution débitrice de ces prestations de tout changement dans la situation des membres de famille ou des orphelins susceptible d'affecter le droit aux prestations.

Titre V

Dispositions financières

Article 78

Remboursement de prestations

1. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 4 de l'article 23, du paragraphe 4 de l'article 49 et du paragraphe 3 de l'article 70 de l'Accord, les remboursements visés au paragraphe 3 de l'article 23, au paragraphe 3 de l'article 49 et au paragraphe 3 de l'article 70 de l'Accord sont déterminés et effectués conformément aux dispositions suivantes:

a) le montant effectif des prestations servies par l'institution du lieu de séjour ou de résidence est remboursé par l'institution compétente, tel qu'il ressort de la comptabilité de la première institution;

b) si le montant effectif des prestations ne ressort pas de la comptabilité de l'institution qui les a servies, le montant à rembourser est déterminé sur la base d'un forfait établi selon les modalités d'évaluation fixées d'un commun accord entre les Parties Contractantes en cause ou leurs autorités compétentes;

c) les remboursements sont effectués pour chaque semestre civil par l'intermédiaire des organismes de liaison;

d) les créances, qui sont établies dans la monnaie de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'institution créancière, au dernier jour du semestre considéré, font l'objet d'un règlement avant l'expiration du trimestre suivant, selon le taux de change applicable au jour du transfert des fonds.

2. Deux Parties Contractantes peuvent convenir d'appliquer les réglementations relatives aux remboursements sur la base de forfaits et applicables entre elles au jour précédant l'entrée en vigueur de l'Accord, aux remboursements forfaitaires visés au paragraphe 3 de l'article 23, au paragraphe 3 de l'article 49 et au paragraphe 2 de l'article 70 de l'Accord, en le notifiant au Centre administratif. Il en est de même pour les réglementations relatives à la renonciation à remboursement.

3. Les prestations en nature servies en vertu des dispositions de la deuxième phrase du paragraphe 4 ainsi que du paragraphe 7 de l'article 21 de l'Accord ne sont à la charge de l'institution du lieu de résidence que s'il existe entre cette institution et l'institution compétente un accord de remboursement forfaitaire ou de renonciation à remboursement. A défaut d'un tel accord, la charge de ces prestations incombe à l'institution compétente.

4. Pour l'application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 70 de l'Accord, les prestations familiales prévues par la législation d'une Partie Contractante sont reconnues comme correspondant à celles qui sont prévues par la législation d'une autre Partie Contractante, lorsque les prestations familiales prévues par chacune de ces deux législations sont soit des allocations familiales, soit des allocations prénatales, soit des allocations de naissance, soit des allocations pour enfants infirmes ou handicapés, soit des allocations d'orphelins, soit d'autres allocations de même nature qui viendraient à être prévues par les législations de deux Parties Contractantes au moins.

Article 79

Remboursement de prestations en nature indûment servies

1. Au cas où le droit à prestations n'est pas reconnu par l'institution indiquée comme compétente, les prestations en nature servies par l'institution du lieu de séjour, en vertu de la

oder Artikel 44 Absatz 1 gewährten Sachleistungen unter Berücksichtigung des Artikels 9 Absätze 2 und 3 oder des Artikels 44 Absätze 2 und 3 vom erstgenannten Träger oder dem von der zuständigen Behörde der in Betracht kommenden Vertragspartei bezeichneten Träger erstattet.

2. Die Aufwendungen des Trägers des Aufenthalts- oder Wohnorts für die in den Fällen des Artikels 52 Absatz 1 gewährten Sachleistungen werden, auch wenn die in Betracht kommende Person keinen Leistungsanspruch hat, von dem von der zuständigen Behörde der in Betracht kommenden Vertragspartei bezeichneten Träger erstattet.

3. Der Träger, der nach Absatz 1 oder 2 zu Unrecht gewährte Leistungen erstattet hat, behält dem Leistungsempfänger gegenüber eine Forderung in Höhe dieser Leistungen.

présomption établie au paragraphe 1 de l'article 9 ou au paragraphe 1 de l'article 44 du présent Arrangement, sont remboursées par la première institution ou l'institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante en cause, compte tenu des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 9 ou des paragraphes 2 et 3 de l'article 44 du présent Arrangement.

2. Les dépenses encourues par l'institution du lieu de séjour ou par l'institution du lieu de résidence au titre de prestations en nature servies dans les cas visés au paragraphe 1 de l'article 52 du présent Arrangement, alors que l'intéressé n'a pas droit à prestations, sont remboursées par l'institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante en cause.

3. L'institution qui a remboursé des prestations indues, en vertu des dispositions du paragraphe 1 ou du paragraphe 2 du présent article, conserve sur le bénéficiaire une créance égale au montant des prestations indûment servies.

Artikel 80

Umrechnungsregeln, die von den Trägern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und von den Schweizerischen Trägern anzuwenden sind

Die bei der Durchführung der Artikel 37, 73 und 74 des Übereinkommens und des Artikels 40 Absatz 2 dieser Vereinbarung zu berücksichtigenden Einkünfte, Entgelte, Mittel und Leistungen sowie die nach Artikel 13 Absatz 8 und Artikel 47 Absatz 8 dieser Vereinbarung vorzunehmende Zahlung von Leistungen, die in der Währung einer anderen Vertragspartei ausgedrückt sind, werden wie folgt umgerechnet:

a) durch die Träger der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften
   i) bei Beträgen in der Währung eines dieser Mitgliedstaaten nach der geltenden Gemeinschaftsregelung;
   ii) bei Beträgen in der Währung einer anderen Vertragspartei nach dem monatlichen Mittelkurs, der für diese Währung an einer Devisenbörse des betreffenden Mitgliedstaats notiert worden ist. Bezugsmonat ist der erste Monat des Kalendervierteljahres, das dem Beginn der Berücksichtigung vorausgeht;

b) durch die schweizerischen Träger
   i) in entsprechender Anwendung von Buchstabe a) Ziffer ii) unter Heranziehung der Kurse an einer schweizerischen Devisenbörse;
   ii) bei der Durchführung des Artikels 13 Absatz 8 und des Artikels 47 Absatz 8 zum amtlichen Wechselkurs am Tage der Zahlung der betreffenden Leistungen.

Article 80

Règles de conversion applicables par les institutions des Etats membres des Communautés Européennes et par les institutions suisses

Les revenus, rémunérations, ressources et prestations à prendre en compte pour l'application des articles 37, 73 et 74 de l'Accord et du paragraphe 2 de l'article 40 du présent Arrangement ainsi que pour le service des prestations prévues au paragraphe 8 de l'article 13 et au paragraphe 8 de l'article 47 dudit Arrangement et libellés en la monnaie d'une autre Partie Contractante sont convertis comme suit:

a) par les institutions des Etats membres des Communautés Européennes
   i) s'agissant des montants libellés en la monnaie de l'un de ces Etats membres, selon la réglementation communautaire,
   ii) s'agissant des montants libellés en la monnaie d'une autre Partie Contractante, au cours mensuel moyen auquel cette monnaie a été cotée à une bourse des devises de l'Etat membre en cause; le mois de référence est le premier mois du trimestre civil précédant le début de la prise en compte;

b) par les institutions suisses
   i) en appliquant par analogie l'alinéa a) ii) et les cours notés à une bourse des devises suisse,
   ii) s'agissant des dispositions du paragraphe 8 de l'article 13 et du paragraphe 8 de l'article 47 du présent Arrangement, au cours officiel de change valable le jour de paiement des prestations en cause.

Artikel 81

Kosten der verwaltungsmäßigen und ärztlichen Kontrolle

1. Die Kosten der verwaltungsmäßigen Kontrolle sowie der ärztlichen Untersuchungen, Beobachtungen, Fahrten der Ärzte und Prüfungen aller Art, die für die Gewährung oder Neufeststellung der Leistungen erforderlich sind, werden dem Träger, der hiermit beauftragt wurde, nach den für ihn geltenden Sätzen von dem Träger erstattet, für dessen Rechnung sie durchgeführt wurden.

2. Zwei oder mehr Vertragsparteien oder ihre zuständigen Behörden können jedoch andere Erstattungsverfahren, insbesondere Pauschalerstattungen, vereinbaren oder auf jede Erstattung zwischen den in ihre Zuständigkeit fallenden Trägern verzichten.

3. Artikel 78 Absatz 2 gilt entsprechend.

Article 81

Frais de contrôle administratif et médical

1. Les frais résultant du contrôle administratif, ainsi que des examens médicaux, mises en observation, déplacements de médecins et vérifications de tout genre, nécessaires à l'octroi, au service ou à la révision des prestations, sont remboursés à l'institution qui en a été chargée, sur la base du tarif qu'elle applique, par l'institution pour le compte de laquelle ils ont été effectués.

2. Deux ou plusieurs Parties Contractantes ou leurs autorités compétentes peuvent prévoir d'un commun accord d'autres modalités de remboursement, notamment forfaitaires, ou renoncer à tout remboursement entre les institutions relevant de leur compétence.

3. Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 78 du présent Arrangement sont applicables par analogie.

Titel VI

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 82

Verkehr zwischen Trägern und zwischen Anspruchsberechtigten und Trägern

Die Träger einer Vertragspartei und die Personen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wohnen oder sich dort aufhalten, können sich unmittelbar oder über die Verbindungsstellen an die Träger anderer Vertragsparteien wenden.

Artikel 83

Amtshilfe bei der Rückforderung zu Unrecht gewährter Leistungen

Der Träger des Wohnorts einer Person, die zu Unrecht Leistungen bezogen hat, oder der von der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet diese Person wohnt, bezeichnete Träger ist dem Träger der Vertragspartei, der diese Leistungen gewährt hat, bei der Geltendmachung von Ersatzansprüchen dieses Trägers gegen die genannte Person behilflich.

Artikel 84

Rückforderung nicht geschuldeter Zahlungen durch die Träger

1. Hat der Träger einer Vertragspartei bei der Feststellung oder Neufeststellung von Leistungen bei Invalidität, Alter oder Tod (Pensionen oder Renten) nach Titel III Kapitel 2 des Übereinkommens einem Leistungsempfänger einen höheren Betrag als den gezahlt, auf den dieser Anspruch hat, so kann dieser Träger unbeschadet des Artikels 82 des Übereinkommens vom Träger einer anderen Vertragspartei, der entsprechende Leistungen schuldet, verlangen, den zuviel gezahlten Betrag von den dem Leistungsempfänger geschuldeten Nachzahlungen einzubehalten, sofern dies nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften möglich ist. Der letztgenannte Träger überweist den einbehaltenen Betrag dem forderungsberechtigten Träger.

2. Hat der Träger einer Vertragspartei einen Vorschuß auf Leistungen für einen Zeitraum gewährt, für den der Leistungsempfänger nach den Rechtsvorschriften einer anderen Vertragspartei Anspruch auf entsprechende Leistungen hatte, so kann dieser Träger vom Träger der anderen Vertragspartei verlangen, den Betrag des Vorschusses von den dem Leistungsempfänger für denselben Zeitraum geschuldeten Zahlungen einzubehalten. Dieser Träger behält den Betrag ein und überweist ihn dem forderungsberechtigten Träger.

Artikel 85

Ersatzanspruch der Träger der Sozialhilfe und der Fürsorgestellen

Hat eine Person während eines Zeitraums, für den sie nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Anspruch auf Leistungen hatte, im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei Leistungen der Sozialhilfe oder Fürsorge erhalten, so kann die Stelle, die sie gewährt hat, im Fall eines gesetzlichen Ersatzanspruchs auf die dem Empfänger geschuldeten Leistungen, vom Träger einer anderen Vertragspartei, die Leistungen an die betreffende Person zu zahlen hat, verlangen, den Betrag der für denselben Zeitraum gewährten Leistungen der Sozialhilfe oder Fürsorge von den dem Leistungsempfänger geschuldeten Zahlungen einzubehalten. Dieser Träger behält den Betrag gegebenenfalls unter den Bedingungen und in den Grenzen ein, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften vorgesehen sind, als handelte es sich um von ihm selber zuviel gewährte Leistungen, und überweist den einbehaltenen Betrag der forderungsberechtigten Stelle.

Titre VI

Dispositions diverses

Article 82

Communication des institutions entre elles et entre bénéficiaires et institutions

Toute institution d'une Partie Contractante, ainsi que toute personne résidant ou séjournant sur le territoire d'une Partie Contractante, peut s'adresser à l'institution d'une autre Partie Contractante, soit directement, soit par l'intermédiaire des organismes de liaison.

Article 83

Entraide administrative pour la récupération de prestations indues

L'institution du lieu de résidence d'une personne qui a obtenu indûment des prestations, ou l'institution désignée par l'autorité compétente de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle cette personne réside, prête ses bons offices à l'institution de toute autre Partie Contractante ayant servi ces prestations, en cas de recours exercé par cette dernière institution à l'encontre de ladite personne.

Article 84

Répétition de l'indu par les institutions

1. Nonobstant les dispositions de l'article 82 de l'Accord, si, lors de la liquidation ou de la révision de prestations d'invalidité, de vieillesse ou de décès (pensions), en application du Chapitre 2 du Titre III de l'Accord, l'institution d'une Partie Contractante a versé à un bénéficiaire de prestations une somme qui excède celle à laquelle il a droit, cette institution peut demander à l'institution de toute autre Partie Contractante, débitrice de prestations correspondantes en faveur de ce bénéficiaire, de retenir le montant payé en trop sur les rappels d'arrérages qu'elle verse audit bénéficiaire, pour autant que la législation qu'elle applique le permet. Cette dernière institution transfère le montant ainsi retenu à l'institution créancière.

2. Lorsque l'institution d'une Partie Contractante a versé une avance sur prestations pour une période au cours de laquelle le bénéficiaire avait droit à recevoir des prestations correspondantes au titre de la législation d'une autre Partie Contractante, cette institution peut demander à l'institution de l'autre Partie de retenir le montant de ladite avance sur les sommes qu'elle doit audit bénéficiaire pour la même période. Cette dernière institution opère la retenue et transfère le montant ainsi retenu à l'institution créancière.

Article 85

Recours des organismes d'assistance sociale

Lorsqu'une personne a bénéficié de l'assistance sociale sur le territoire d'une Partie Contractante, pendant une période au cours de laquelle elle avait droit à recevoir des prestations au titre de la législation d'une autre Partie Contractante, l'organisme qui a fourni l'assistance sociale peut, s'il dispose légalement d'un recours sur les prestations dues aux bénéficiaires de l'assistance sociale, demander à l'institution de toute autre Partie Contractante, débitrice de prestations en faveur de cette personne, de retenir le montant octroyé au titre de l'assistance sociale au cours de ladite période sur les sommes qu'elle verse à ladite personne. Cette dernière institution opère la retenue, le cas échéant, dans les conditions et limites autorisées par la législation qu'elle applique, comme s'il s'agissait de sommes servies en trop par elle-même, et transfère le montant ainsi retenu à l'organisme créancier.

Artikel 86

Vorläufige Zahlung von Leistungen bei Streitigkeiten über die anzuwendenden Rechtsvorschriften oder über den leistungspflichtigen Träger

Bei einer Streitigkeit zwischen den Trägern oder den zuständigen Behörden von zwei oder mehr Vertragsparteien über die nach Titel II des Übereinkommens geltenden Rechtsvorschriften oder über die Bestimmung des leistungspflichtigen Trägers erhält die Person, die bei Nichtbestehen dieser Streitigkeit Anspruch auf Leistungen hätte, vorläufig die Leistungen, die nach den für den Träger des Wohnorts geltenden Rechtsvorschriften vorgesehen sind, oder, wenn die Person nicht im Hoheitsgebiet einer der in Betracht kommenden Vertragsparteien wohnt, nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die für die in Betracht kommende Person vorher zuletzt galten. Nach Beilegung der Streitigkeit werden die Kosten für die vorläufig gewährten Leistungen von dem für die Leistungsgewährung für zuständig erklärten Träger getragen.

Artikel 87

Verfahren für ärztliche Gutachten, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei als dem zuständigen Staat erstellt werden

Der Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts, der nach Artikel 81 des Übereinkommens eine ärztliche Begutachtung vorzunehmen hat, verfährt in der Art und Weise, die vom zuständigen Träger angegeben wird oder, mangels solcher Angaben, in der Art und Weise, die in den für ihn geltenden Rechtsvorschriften vorgesehen ist.

Artikel 88

Übergangsvorschriften für Pensionen und Renten

1. Ist der Versicherungsfall, der die Einreichung eines Pensions- oder Rentenantrags begründet, vor Inkrafttreten des Übereinkommens eingetreten, ohne daß vor diesem Zeitpunkt über den Pensions- oder Rentenantrag entschieden worden ist, und sind auf Grund dieses Versicherungsfalls Leistungen für die Zeit vor diesem Zeitpunkt zu gewähren, so hat dieser Antrag eine doppelte Feststellung zur Folge, und zwar:

a) für die Zeit vor Inkrafttreten des Übereinkommens gemäß dem Revidierten Abkommen vom 13. Februar 1961 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer;

b) für die Zeit nach Inkrafttreten des Übereinkommens gemäß diesem Übereinkommen.

Ergibt sich jedoch bei der Berechnung nach Buchstabe a) ein höherer Betrag als bei der Berechnung nach Buchstabe b), so erhält der Betreffende weiterhin den Betrag, der sich bei der Berechnung nach Buchstabe a) ergibt.

2. Wird nach Inkrafttreten des Übereinkommens ein Antrag auf Leistungen bei Invalidität, bei Alter oder an Hinterbliebene bei einem Träger einer Vertragspartei gestellt, so werden die Leistungen, die vor Inkrafttreten des Übereinkommens für denselben Versicherungsfall durch den oder die Träger einer oder mehrerer Vertragsparteien festgestellt wurden, von Amts wegen gemäß dem Übereinkommen neu festgestellt. Die Neufeststellung darf in keinem Fall zu einer Minderung der früheren Ansprüche der in Betracht kommenden Personen führen.

Artikel 89

Unterrichtung der Zentralen Verwaltungsstelle über bilaterale oder multilaterale Verwaltungsvereinbarungen zwischen Vertragsparteien

Vereinbarungen nach Artikel 84 Absatz 3 und Artikel 85 Absatz 2 des Übereinkommens sowie nach Artikel 81 Absatz 2 dieser Vereinbarung werden der Zentralen Verwaltungsstelle binnen drei Monaten nach ihrem Inkrafttreten mitgeteilt.

Article 86

Versements provisoires de prestations en cas de contestation au sujet de la législation applicable ou de l'institution appelée à servir des prestations

En cas de contestation entre les institutions ou les autorités compétentes de deux ou plusieurs Parties Contractantes au sujet soit de la législation applicable en vertu du Titre II de l'Accord, soit de la détermination de l'institution appelée à servir des prestations, l'intéressé qui pourrait prétendre à des prestations, à défaut de contestation, bénéficie à titre provisoire des prestations prévues par la législation qu'applique l'institution du lieu de résidence ou, si l'intéressé ne réside pas sur le territoire de l'une des Parties Contractantes en cause, par la législation de la Partie Contractante à laquelle l'intéressé a été soumis antérieurement en dernier lieu. Après règlement de la contestation, la charge des prestations servies à titre provisoire incombe à l'institution reconnue compétente pour le service des prestations.

Article 87

Modalités des expertises médicales effectuées sur le territoire d'une Partie Contractante autre que l'Etat compétent

L'institution du lieu de séjour ou de résidence qui est appelée, en vertu de l'article 81 de l'Accord, à effectuer une expertise médicale procède selon les modalités indiquées par l'institution compétente ou, à défaut d'indications, selon les modalités prévues par la législation qu'elle applique.

Article 88

Dispositions transitoires en matière de pensions et de rentes

1. Lorsque la date de réalisation de l'éventualité justifiant une demande de pension ou de rente se situe avant la date d'entrée en vigueur de l'Accord et que la demande de pension ou de rente n'a pas encore donné lieu à liquidation avant cette date, cette demande entraîne, pour autant que les prestations doivent être accordées au titre de l'éventualité en cause, pour une période antérieure à cette dernière date, une double liquidation:

a) pour la période antérieure à la date d'entrée en vigueur de l'Accord conformément aux dispositions de l'Accord du 13 février 1961 concernant la sécurité sociale des bateliers rhénans (révisé);

b) pour la période à partir de la date d'entrée en vigueur de l'Accord, conformément aux dispositions de l'Accord.

Toutefois, si le montant calculé en application des dispositions visées à l'alinéa a) est plus élevé que celui calculé en application des dispositions visées à l'alinéa b), l'intéressé continue à bénéficier du montant calculé en application des dispositions visées à l'alinéa a).

2. L'introduction d'une demande de prestations d'invalidité, de vieillesse ou de survivants auprès d'une institution d'une Partie Contractante, à partir de la date d'entrée en vigueur de l'Accord, entraîne la révision d'office, conformément aux dispositions de l'Accord, des prestations qui ont été liquidées pour la même éventualité, avant cette date, par l'institution ou les institutions de l'une ou de plusieurs des autres Parties Contractantes. En aucun cas une telle révision ne devra avoir pour effet de réduire les droits antérieurs des intéressés.

Article 89

Communication au Centre administratif des accords d'application bilatéraux ou multilatéraux conclus entre Parties Contractantes

Les accords qui viendront à être conclus en vertu du paragraphe 3 de l'article 84 et du paragraphe 2 de l'article 85 de l'Accord, ainsi que du paragraphe 2 de l'article 81 du présent Arrangement, seront communiqués au Centre administratif, dans un délai de trois mois à dater de leur entrée en vigueur.

Artikel 90
Anhänge – Änderungen der Anhänge

1. Die in Artikel 3 bezeichneten Anhänge sind Bestandteil dieser Vereinbarung.

2. Änderungen der Anhänge werden von der zuständigen Behörde der in Betracht kommenden Vertragsparteien der Zentralen Verwaltungsstelle notifiziert, die sie den übrigen Vertragsparteien, dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamts und der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt notifiziert.

3. Bei Änderungen des Anhangs 5 gilt das Verfahren nach Artikel 88 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens entsprechend.

Article 90
Annexes – amendements aux annexes

1. Les annexes visées à l'article 3 du présent Arrangement font partie intégrante de celui-ci.

2. Tout amendement aux annexes au présent Arrangement sera notifié par l'autorité compétente de chaque Partie Contractante intéressée au Centre administratif, qui le notifiera aux autres Parties Contractantes, au Directeur Général du Bureau international du Travail et à la Commission Centrale pour la navigation du Rhin.

3. En cas de proposition d'amendement à l'annexe 5, la procédure prévue aux paragraphes 2 et 3 de l'article 88 de l'Accord est applicable par analogie.

Titel VII
Schlußbestimmungen

Artikel 91
Inkrafttreten der Vereinbarung

1. Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Übereinkommen in Kraft, sobald alle Vertragsparteien der Zentralen Verwaltungsstelle mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

2. Bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des revidierten Abkommens vom 13. Februar 1961 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer außer Kraft.

Artikel 92
Hinterlegung der Texte und Übermittlung der Abschriften

1. Der deutsche, französische und der niederländische Wortlaut dieser Vereinbarung sind gleichermaßen verbindlich. Sie werden im Archiv des Internationalen Arbeitsamts hinterlegt.

2. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamts übermittelt jeder Vertragspartei und der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt beglaubigte Abschriften.

Geschehen zu Straßburg in drei Urschriften, in deutscher, französischer und niederländischer Sprache:

Titre VII
Dispositions finales

Article 91
Entrée en vigueur de l'Arrangement

1. Le présent Arrangement entrera en vigueur à la même date que l'Accord dès que toutes les Parties Contractantes auront notifié au Centre administratif que les conditions de droit interne pour son entrée en vigueur sont réunies.

2. A partir de l'entrée en vigueur du présent Arrangement, les dispositions de l'Arrangement administratif relatif aux modalités d'application de l'Accord (révisé) du 13 février 1961 concernant la sécurité sociale des bateliers rhénans cesseront d'avoir effet.

Article 92
Dépot des textes et communication des copies

1. Les textes allemand, français et néerlandais du présent Arrangement feront également foi. Ils seront déposés aux archives du Bureau International du Travail.

2. Le Directeur général du Bureau International du Travail communiquera des copies certifiées conformes à chacune des Parties Contractantes et à la Commission Centrale pour la navigation du Rhin.

Fait à Strasbourg en trois originaux allemand, français et néerlandais.

Für die Bundesrepublik Deutschland: den 26. November 1987
Pour la République fédérale d'Allemagne: le 26 novembre 1987
Dr. G. Knackstedt
Dr. H. Kaupper

Für Belgien: den 26. November 1987
Pour la Belgique: le 26 novembre 1987
F. Cassiers

Für Frankreich: den 26. November 1987
Pour la France: le 26 novembre 1987
M. Touverey

Für Luxemburg: den 26. November 1987
Pour le Luxemburg: le 26 novembre 1987
A. Deratte

Für die Niederlande: den 26. November 1987
Pour les Pays-Bas: le 26 novembre 1987
A. G. Bloemheuvel

Für die Schweiz: den 26. November 1987
Pour la Suisse: le 26 novembre 1987
V. Brombacher

Anhänge der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer

Anhang 1

Zuständige Behörden

(Artikel 1 Buchstabe e des Übereinkommens, Artikel 3 Absatz 1 der Vereinbarung)

A. Bundesrepublik Deutschland:

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn

B. Belgien:

1. Ministre de la Prévoyance sociale (Minister für Sozialordnung), Brüssel
2. Ministre des Classes moyennes (Minister für den Mittelstand), Brüssel

C. Frankreich:

Ministre des Affaires Sociales et de l'Emploi (Minister für Sozialangelegenheiten und Beschäftigung), Paris

D. Luxemburg:

1. Ministre de la sécurité sociale (Minister für Soziale Sicherheit), Luxemburg
2. Ministre du travail (Minister für Arbeit), Luxemburg
3. Ministre de la famille (Minister für Familienfragen), Luxemburg

E. Niederlande:

1. Minister van Sociale Zaken en Werkgelegenheid (Minister für Sozialangelegenheiten und Beschäftigungsfragen), Den Haag
2. Minister van Welzijn, Volksgezondheid en Cultuur (Minister für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur), Rijswijk

F. Schweiz:

1. Für die Rechtsvorschriften des Bundes über
   - a) die Krankenversicherung, einschließlich der Leistungen bei Mutterschaft: Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
   - b) die Invalidenversicherung: Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
   - c) die Alters- und Hinterlassenenversicherung: Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
   - d) die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung: Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
   - e) die obligatorische Unfallversicherung (einschließlich der Berufskrankheiten): Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
   - f) die Arbeitslosenversicherung: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern
2. Für die Rechtsvorschriften der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft über Familienzulagen für nichtlandwirtschaftliche Arbeitnehmer: Zuständiges kantonales Departement bzw. zuständige kantonale Direktion

Anhang 2
Zuständige Träger

(Artikel 1 Buchstabe g des Übereinkommens, Artikel 3 Absatz 2 der Vereinbarung)

A. Bundesrepublik Deutschland:

Die Zuständigkeit der deutschen Träger richtet sich nach den deutschen Rechtsvorschriften, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist:

1. Krankenversicherung:	
Für die Krankenversicherung der Rentenantragsteller und der Rentner sowie von deren Familienangehörigen nach den Artikeln 20 und 21 des Übereinkommens:	
i) ist die betreffende Person bei einer Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert oder ist sie bei keinem Träger der Krankenversicherung versichert:	Allgemeine Ortskrankenkasse Bonn, Bonn
ii) in allen übrigen Fällen:	Träger der Krankenversicherung, bei dem der Rentenantragsteller oder der Rentner versichert ist
Bei Anwendung des Artikels 18 i. V. m. Artikel 17 Absatz 1 und Artikel 57 des Übereinkommens:	Allgemeine Ortskrankenkasse, die für den Bezirk des Arbeitsamts, bei dem der Rheinschiffer als Arbeitsuchender eingeschrieben ist, zuständig ist
2. Rentenversicherung:	
Für die Anwendung des Artikels 8 i. V. m. Anhang VIII Ziffer 6 des Übereinkommens (Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland) sowie für die sich aus der Zuständigkeitsabgrenzung des Artikels 24 Absatz 2 des Übereinkommens ergebenden Aufgaben:	
a) Rentenversicherung der Arbeiter:	Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf
b) Rentenversicherung der Angestellten:	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
c) Knappschaftliche Rentenversicherung, falls der Rheinschiffer in Deutschland zuletzt Beiträge zu dieser Versicherung entrichtet oder die Wartezeit für die Bergmannsrente erfüllt hat:	Bundesknappschaft, Bochum
3. Unfallversicherung (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten):	Versicherungsträger, der im jeweiligen Fall die gesetzliche Unfallversicherung durchzuführen hat
4. Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Familienleistungen:	Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

B. Belgien

1. Krankheit, Mutterschaft:	
a) bei Anwendung der Artikel 8 bis 23 der Vereinbarung:	Versicherungseinrichtung, bei der der Arbeitnehmer oder Selbständige versichert ist oder war
b) bei Anwendung des Titels V der Vereinbarung:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel
2. Invalidität:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel, zusammen mit der Versicherungseinrichtung, bei der der Arbeitnehmer oder Selbständige versichert ist oder war
3. Alter, Tod (Renten):	Office national des pensions (Landesamt für Pensionen), Brüssel Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants (Landesinstitut für die Sozialversicherungen der Selbständigen), Brüssel

4. Arbeitsunfall:	
a) bis zum Ablauf der Revisionsfrist nach dem Gesetz vom 10. April 1971 (Artikel 72)	
i) Sachleistungen:	
– Ersatz und Instandhaltung von Körperersatzstücken:	Fonds des accidents du travail (Kasse für Arbeitsunfälle), Brüssel
– andere Leistungen als vorstehend:	Versicherer, bei dem der Arbeitgeber versichert oder angeschlossen ist
ii) Geldleistungen:	
– Beihilfe:	Versicherer, bei dem der Arbeitgeber versichert oder angeschlossen ist
– Zulagen nach der königlichen Verordnung vom 21. Dezember 1971:	Fonds des accidents du travail (Kasse für Arbeitsunfälle), Brüssel
b) nach dem Ablauf der Revisionsfristen nach dem Gesetz vom 10. April 1971 (Artikel 72)	
i) Sachleistungen:	Fonds des accidents du travail (Kasse für Arbeitsunfälle), Brüssel
ii) Geldleistungen:	
– Rente:	zugelassene Einrichtung für die Rentenzahlung
– Zulage:	Fonds des accidents du travail (Kasse für Arbeitsunfälle), Brüssel
c) bei Nichtversicherung:	Fonds des accidents du travail (Kasse für Arbeitsunfälle), Brüssel
5. Berufskrankheit:	Fonds des maladies professionnelles (Kasse für Berufskrankheiten), Brüssel
6. Sterbegeld:	
a) Kranken- und Invaliditätsversicherung:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel, zusammen mit der Versicherungseinrichtung, bei der der Arbeitnehmer versichert war
b) Arbeitsunfall:	
i) im allgemeinen:	Versicherer
ii) für Seeleute:	Fonds des accidents du travail (Kasse für Arbeitsunfälle), Brüssel
c) Berufskrankheit:	Fonds des maladies professionnelles (Kasse für Berufskrankheiten), Brüssel
7. Arbeitslosigkeit:	Office national de l'emploi (Staatliches Arbeitsamt), Brüssel
8. Familienleistungen:	
a) Arbeitnehmer:	Caisse de compensation pour allocations familiales (Familienausgleichskasse), der der Arbeitgeber angeschlossen ist
b) Selbständige:	Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants (Landesinstitut für die Sozialversicherungen der Selbständigen)

C. Frankreich

1. Arbeitnehmer:	
a) Versicherung für den Fall der Krankheit und Mutterschaft, bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und des Todes:	– Caisse nationale de l'assurance maladie des travailleurs salariés (Staatliche Krankenkasse der Arbeitnehmer), Paris – Caisse primaire nationale d'assurance maladie de la Batellerie, Section rhénane (Staatliche Krankenkasse für die Binnenschifffahrt, Abteilung Rheinschiffahrt), Straßburg
b) Invaliditätsversicherung:	– Caisse régionale d'assurance maladie de l'Ile-de-France (Regionalkrankenkasse Ile-de-France), Paris
c) Altersversicherung:	– Caisse régionale d'assurance vieillesse (Regionale Kasse der Altersversicherung), Straßburg – Caisse nationale d'assurance vieillesse des travailleurs salariés (Staatliche Kasse der Altersversicherung der Arbeitnehmer), Paris

d) Familienleistungen:	– Caisse nationale d'allocations familiales (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen), Paris – Caisse nationale d'allocations familiales de la navigation intérieure (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen der Binnenschiffahrt), Paris
e) Arbeitslosigkeit:	– Association pour l'Emploi dans l'Industrie et le Commerce (ASSEDIC) (Verband für Beschäftigung in Handel und Gewerbe) des Wohnorts
2. Selbständige:	
a) Versicherung für den Fall der Krankheit und Mutterschaft:	– Caisse nationale d'assurance maladie et maternité des travailleurs non salariés des professions non agricoles (Staatliche Kranken- und Mutterschaftskasse für nicht in der Landwirtschaft tätige Selbständige), Saint-Denis – Section autonome mutuelle d'assurance maladie et maternité des travailleurs non salariés de la batellerie (Autonome Abteilung der Kranken- und Mutterschaftskasse für in der Binnenschiffahrt tätige Selbständige), Paris
b) Versicherung für den Fall des Alters und des Todes (Renten):	– Caisse nationale de retraite de la batellerie (Staatliche Rentenkasse für die Binnenschiffahrt), Paris
c) Familienleistungen:	– Caisse nationale d'allocations familiales (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen), Paris – Caisse nationale d'allocations familiales de la navigation intérieure (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen der Binnenschiffahrt), Paris

D. Luxemburg

1. Krankheit, Mutterschaft:	
a) für Arbeiter:	Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers (Staatliche Arbeiterkrankenkasse), Luxemburg
b) für Angestellte:	Caisse de maladie des employés privés (Krankenkasse für Privatangestellte), Luxemburg
c) für Selbständige:	Caisse de maladie des professions indépendantes (Krankenkasse für selbständige Berufe), Luxemburg
2. Invalidität, Alter, Tod (Renten):	
a) für Arbeiter:	Etablissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité (Alters- und Invalidenversicherungsanstalt), Luxemburg
b) für Angestellte:	Caisse de pension des employés privés (Rentenkasse für Privatangestellte), Luxemburg
c) für Selbständige:	Caisse de pension des artisans, des commerçants et industriels (Rentenkasse für Handwerker, Kaufleute und Industrielle), Luxemburg
3. Arbeitsunfall und Berufskrankheit:	Association d'assurance contre les accidents, section industrielle (Unfallversicherungsanstalt, gewerbliche Abteilung), Luxemburg
4. Arbeitslosigkeit:	Administration de l'emploi (Amt für Beschäftigungsfragen), Luxemburg
5. Familienleistungen:	Caisse nationale des prestations familiales (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen), Luxemburg

E. Niederlande

1. Krankheit, Mutterschaft:	
a) Sachleistungen:	Ziekenfonds (Krankenkasse), bei der der Betreffende versichert ist
b) Geldleistungen:	Bedrijfsvereniging (Berufsgenossenschaft), der der Arbeitgeber des Versicherten angeschlossen ist

2. Invalidität:	
a) wenn auch ohne Anwendung des Übereinkommens allein nach den niederländischen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch besteht:	
i) für Arbeitnehmer:	Bedrijfsvereniging (Berufsgenossenschaft), der der Arbeitgeber des Versicherten angeschlossen ist
ii) für Selbständige:	Bedrijfsvereniging (Berufsgenossenschaft), der der Versicherte angeschlossen wäre, wenn er Arbeitnehmer beschäftigte
b) in den übrigen Fällen:	
für Arbeitnehmer und Selbständige:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Neue Allgemeine Berufsgenossenschaft), Amsterdam
3. Alter, Tod (Renten):	Sociale Verzekeringsbank (Sozialversicherungsanstalt), Amsterdam
4. Arbeitslosigkeit:	Bedrijfsvereniging (Berufsgenossenschaft), der der Arbeitgeber des Versicherten angeschlossen ist
5. Familienleistungen:	
a) wenn der Berechtigte in den Niederlanden wohnt:	Raad van Arbeid (Rat für Arbeit), in dessen Bezirk er wohnt
b) wenn der Berechtigte außerhalb der Niederlande wohnt:	Raad van Arbeid (Rat für Arbeit), in dessen Bezirk der Arbeitgeber wohnt oder niedergelassen ist
c) in den übrigen Fällen:	Sociale Verzekeringsbank (Sozialversicherungsanstalt), Amsterdam

F. Schweiz

1. Für die Rechtsvorschriften des Bundes über:	
a) die Krankenversicherung, einschließlich der Leistungen bei Mutterschaft:	Zuständige anerkannte Krankenkasse
b) die Invalidenversicherung:	Invalidenversicherungs-Kommission des Wohnsitzkantons bei Wohnsitz in der Schweiz und Schweizerische Ausgleichskasse, Genf, bei Wohnsitz außerhalb der Schweiz
c) die Alters- und Hinterlassenenversicherung:	Ausgleichskasse, an die zuletzt Beiträge entrichtet worden sind, bei Wohnsitz in der Schweiz, und Schweizerische Ausgleichskasse, Genf, bei Wohnsitz außerhalb der Schweiz
d) die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung:	Zuständige Stellen des Wohnsitzkantons
e) die obligatorische Unfallversicherung (einschließlich der Berufskrankheiten):	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Kreisagentur Basel, Basel
f) die Arbeitslosenversicherung:	Arbeitslosenkassen
2. Für die Rechtsvorschriften der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft über Familienzulagen für nichtlandwirtschaftliche Arbeitnehmer:	Zuständige Familienausgleichskasse oder, je nach Fall, der letzte Arbeitgeber

Anhang 3

Träger des Wohnorts und Träger des Aufenthaltsorts

(Artikel 1 Buchstaben k und l des Übereinkommens, Artikel 3 Absatz 3 der Vereinbarung)

A. Bundesrepublik Deutschland

1. Krankenversicherung:	
a) in allen Fällen (außer der Anwendung des Artikels 17 Absatz 2 des Übereinkommens und des Artikels 15 der Vereinbarung):	Für den Wohnort oder den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse
b) bei Anwendung des Artikels 17 Absatz 2 des Übereinkommens und des Artikels 15 der Vereinbarung:	Träger, bei dem die betreffende Person zuletzt versichert war Wenn ein solcher Träger nicht besteht oder wenn der Versicherte zuletzt bei einer Allgemeinen Ortskrankenkasse, einer landwirtschaftlichen Krankenkasse oder bei der Bundesknappschaft versichert war: Für den Wohnort oder den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständiger Träger i. S. des Buchst. a)
2. Unfallversicherung:	
a) Sachleistungen (außer Heilbehandlung durch die Unfallversicherung, Körperersatzstücke und Hilfsmittel) und Geldleistungen (außer Renten, Pflegegeld und Sterbegeld):	Für den Wohnort oder den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse
b) Sach- oder Geldleistungen, die unter Buchst. a) ausgenommen sind, sowie bei Anwendung des Artikels 59 der Vereinbarung:	Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft, Duisburg
3. Rentenversicherung:	
a) Rentenversicherung der Arbeiter:	Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf
b) Rentenversicherung der Angestellten:	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
4. Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Familienleistungen:	Für den Wohnort oder den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständiges Arbeitsamt

B. Belgien

I. Träger des Wohnorts

1. Krankheit, Mutterschaft:	Versicherungseinrichtungen
2. Invalidität:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel, zusammen mit den Versicherungseinrichtungen
3. Alter, Tod (Renten):	– Office national des pensions (Landesamt für Pensionen), Brüssel – Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants (Landesinstitut für die Sozialversicherungen der Selbständigen), Brüssel
4. Arbeitsunfall (Sachleistungen):	Versicherungseinrichtungen
5. Berufskrankheiten:	Fonds des maladies professionnelles (Kasse für Berufskrankheiten), Brüssel
6. Sterbegeld:	Versicherungseinrichtungen zusammen mit dem Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel

7. Arbeitslosigkeit:	Office national de l'emploi (Staatliches Arbeitsamt), Brüssel
8. Familienleistungen:	– Office national des allocations familiales pour travailleurs salariés (Staatliches Amt für Familienbeihilfen der Arbeitnehmer), Brüssel – Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants (Landesinstitut für die Sozialversicherungen der Selbständigen), Brüssel

II. Träger des Aufenthaltsorts

1. Krankheit, Mutterschaft:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel, über die Versicherungseinrichtungen
2. Arbeitsunfall:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel, über die Versicherungseinrichtungen
3. Berufskrankheiten:	Fonds des maladies professionnelles (Kasse für Berufskrankheiten), Brüssel

C. Frankreich

Träger des Wohnorts und Träger des Aufenthaltsorts

1. Versicherung für den Fall der Krankheit und Mutterschaft, bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und des Todes:	– Caisse primaire nationale d'assurance-maladie de la Batellerie, Section rhénane (Staatliche Krankenkasse für die Binnenschifffahrt, Abteilung Rheinschiffahrt), Straßburg
2. Invaliditätsversicherung:	– Caisse régionale d'assurance maladie d'Ile-de-France (Regionalkrankenkasse Ile-de-France), Paris
3. Altersversicherung:	– Caisse régionale d'assurance vieillesse (Regionale Kasse der Altersversicherung), Straßburg – Caisse nationale d'assurance vieillesse des travailleurs salariés (Staatliche Kasse der Altersversicherung der Arbeitnehmer), Paris
4. Familienleistungen:	– Caisse nationale d'allocations familiales de la navigation intérieure (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen der Binnenschifffahrt), Paris
5. Arbeitslosigkeit:	– Association pour l'Emploi dans l'Industrie et le Commerce (ASSEDIC) (Verband für Beschäftigung in Handel und Gewerbe) des Wohn- oder Aufenthaltsorts

D. Luxemburg

1. Krankheit, Mutterschaft:	Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers (Staatliche Arbeiterkrankenkasse), Luxemburg
2. Invalidität, Alter, Tod (Renten):	
a) für Arbeiter:	Etablissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité (Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt), Luxemburg
b) für Angestellte:	Caisse de pension des employés privés (Rentenkasse für Privatangestellte), Luxemburg
c) für Selbständige:	Caisse de pension des artisans, des commerçants et industriels (Rentenkasse für Handwerker, Kaufleute und Industrielle), Luxemburg

3. Arbeitsunfall und Berufskrankheit:	Association d'assurance contre les accidents, section industrielle (Unfallversicherungsanstalt, gewerbliche Abteilung), Luxemburg
4. Arbeitslosigkeit:	Administration de l'emploi (Amt für Beschäftigungsfragen), Luxemburg
5. Familienleistungen:	Caisse nationale des prestations familiales (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen), Luxemburg

E. Niederlande

1. Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall, Berufskrankheit:	
a) Sachleistungen:	
i) Träger des Wohnorts:	nach freier Wahl eine der für den Wohnort zuständigen Krankenkassen
ii) Träger des Aufenthaltsorts:	Algemeen Nederlands Onderling Ziekenfonds (ANOZ) (Allgemeine niederländische Krankenkasse auf Gegenseitigkeit), Utrecht
b) Geldleistungen:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Neue Allgemeine Berufsgenossenschaft), Amsterdam
2. Invalidität:	
a) wenn auch ohne Anwendung des Übereinkommens allein nach den niederländischen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch besteht:	Zuständige Berufsgenossenschaft
b) in allen übrigen Fällen:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Neue Allgemeine Berufsgenossenschaft), Amsterdam
3. Alter, Tod (Renten): Bei Anwendung des Artikels 29 der Vereinbarung:	Sociale Verzekeringsbank (Sozialversicherungsanstalt), Amsterdam
4. Arbeitslosigkeit:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Neue Allgemeine Berufsgenossenschaft), Amsterdam
5. Familienbeihilfen:	Raad van Arbeid (Rat für Arbeit), in dessen Bezirk die Familienangehörigen wohnen

F. Schweiz

1. Krankenversicherung, einschließlich der Leistungen bei Mutterschaft:	Öffentliche Krankenkasse Basel-Stadt, Basel
2. Invalidenversicherung:	Schweizerische Ausgleichskasse, Genf
3. Alters- und Hinterlassenenversicherung:	Schweizerische Ausgleichskasse, Genf
4. Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung:	Zuständige Stellen des Aufenthalts- bzw. Wohnsitzkantons
5. Obligatorische Unfallversicherung (einschließlich der Berufskrankheiten):	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Kreisagentur Basel, Basel
6. Arbeitslosenversicherung:	Zuständige Arbeitslosenkasse
7. Familienzulagen:	Familienausgleichskasse Basel-Stadt, Basel

Anhang 4
Verbindungsstellen

(Artikel 3 Absatz 4 der Vereinbarung)

A. Bundesrepublik Deutschland

1. Krankenversicherung:	Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn
2. Rentenversicherung:	
a) Rentenversicherung der Arbeiter:	Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf
b) Rentenversicherung der Angestellten:	Bundesversicherungsanstalt für Angesstellte, Berlin
3. Unfallversicherung:	Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft, Duisburg
4. Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Familienbeihilfen:	Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

B. Belgien

1. Krankheit, Mutterschaft:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel
2. Invalidität:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel
3. Alter, Tod (Renten):	Office national des pensions (Landesamt für Pensionen), Brüssel Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants (Landesinstitut für die Sozialversicherungen der Selbständigen), Brüssel
4. Arbeitsunfall und Berufskrankheiten:	Ministère de la Prévoyance sociale (Ministerium für Sozialordnung), Brüssel
5. Sterbegeld:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel
6. Arbeitslosigkeit:	Office national de l'emploi (Staatliches Arbeitsamt), Brüssel
7. Familienleistungen:	Office national d'allocations familiales pour travailleurs salariés (Staatliches Amt für Familienbeihilfen der Arbeitnehmer), Brüssel Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants (Landesinstitut für die Sozialversicherungen der Selbständigen), Brüssel

C. Frankreich

1. Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit:	Centre de Sécurité Sociale des Travailleurs Migrants (Zentralstelle für die Soziale Sicherheit der Wanderarbeiter), Paris
2. Arbeitslosenversicherung:	Direction départementale du travail et de l'Emploi du Bas-Rhin (Departementsdirektion für Arbeit und Beschäftigung, Bas-Rhin), Straßburg

D. Luxemburg

1. Bei Anwendung des Artikels 78 der Vereinbarung:	
a) Krankheit, Mutterschaft:	Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers (Staatliche Arbeiterkrankenkasse), Luxemburg

b) Arbeitsunfall und Berufskrankheit:	Association d'assurance contre les accidents, section industrielle (Unfallversicherungsanstalt, gewerbliche Abteilung), Luxemburg
c) Familienleistungen:	Caisse nationale des prestations familiales (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen), Luxemburg
2. In den übrigen Fällen:	Inspection générale de la sécurité sociale (Generalinspektion für Soziale Sicherheit), Luxemburg

E. Niederlande

1. Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall, Berufskrankheit und Arbeitslosigkeit:	
a) Sachleistungen:	Ziekenfondsraad (Krankenkassenrat), Amstelveen
b) Geldleistungen:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Neue Allgemeine Berufsgenossenschaft), Amsterdam
2. Alter, Tod (Renten), Familienleistungen:	
a) im allgemeinen:	Sociale Verzekeringsbank (Sozialversicherungsanstalt), Amsterdam
b) im Verhältnis zu Belgien:	Bureau voor Belgische Zaken de sociale verzekering betreffende (Amt für Sozialversicherungsangelegenheiten mit Belgien), Breda
c) im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland:	Bureau voor Duitse Zaken van de Vereniging van Raden van Arbeid (Amt für Angelegenheiten mit der Bundesrepublik Deutschland beim Verband der Räte für Arbeit), Nijmegen

F. Schweiz

1. Krankenversicherung, einschließlich der Leistungen bei Mutterschaft:	Öffentliche Krankenkasse Basel-Stadt, Basel
2. Invalidenversicherung:	Schweizerische Ausgleichskasse, Genf
3. Alters- und Hinterlassenenversicherung:	Schweizerische Ausgleichskasse, Genf
4. Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung:	Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
5. Obligatorische Unfallversicherung (einschließlich der Berufskrankheiten):	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Luzern
6. Arbeitslosenversicherung:	Öffentliche Arbeitslosenkasse Basel-Stadt, Basel
7. Familienzulagen:	Bundesamt für Sozialversicherung, Bern

Anhang 5

I – Weitergeltende internationale Übereinkommen

(Artikel 3 Absatz 5 der Vereinbarung)

Bundesrepublik Deutschland – Belgien – Frankreich – Luxemburg – Niederlande

In den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden gelten die Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 sowie deren Anhang 5, soweit sie die Vorschriften für die Erstattung der Leistungen und Kosten der verwaltungsmäßigen und ärztlichen Kontrolle sowie die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen betreffen.

Schweiz – Bundesrepublik Deutschland

Vereinbarung vom 25. August 1978 zur Durchführung des Abkommens über Soziale Sicherheit vom 25. Februar 1964 in der Fassung des Zusatzabkommens vom 9. September 1975.

Schweiz – Belgien

Die sich auf die Invalidenversicherung beziehenden Bestimmungen der Verwaltungsvereinbarung vom 30. November 1978 zur Durchführung des Abkommens vom 24. September 1975 über Soziale Sicherheit.

Schweiz – Frankreich

Die sich auf die Invalidenversicherung beziehenden Bestimmungen der Verwaltungsvereinbarung vom 3. Dezember 1976 zur Durchführung des Abkommens vom 3. Juli 1975 über Soziale Sicherheit.

Schweiz – Niederlande

Die sich auf die Invalidenversicherung beziehenden Bestimmungen der Verwaltungsvereinbarung vom 29. Mai 1970 und der Zusatzverwaltungsvereinbarung vom 16. Januar/9. Februar 1987 über die Durchführung des Abkommens vom 27. Mai 1970 über Soziale Sicherheit.

II – Weitergeltende Übereinkommen – Zahlungsvorschriften –

(Artikel 42 Absatz 2 und Artikel 60 der Vereinbarung)

Bundesrepublik Deutschland – Niederlande

Die Artikel 17, 18, 19 und 21 der 1. Verwaltungsvereinbarung vom 18. Juni 1954 zum Abkommen vom 29. März 1951 (Rentenzahlung).

Anhang 6
Bezeichnete Träger und Stellen

(Artikel 3 Absatz 6 der Vereinbarung)

A. Bundesrepublik Deutschland

1. Bei Anwendung der Artikel 63 Absatz 2, 66 und 67 der Vereinbarung:	Arbeitsamt, in dessen Bezirk der letzte Wohn- oder Aufenthaltsort des Arbeitnehmers in der Bundesrepublik Deutschland liegt, oder, wenn der Arbeitnehmer während seiner Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland dort weder gewohnt noch sich aufgehalten hat, das Arbeitsamt, in dessen Bezirk der letzte Beschäftigungsort des Arbeitnehmers in der Bundesrepublik Deutschland liegt
2. Bei Anwendung des Artikels 68 Absatz 2 der Vereinbarung:	Arbeitsamt, in dessen Bezirk der letzte Beschäftigungsort des Rheinschiffers liegt
3. Bei Anwendung des Artikels 74 Absatz 2 und des Artikels 76 Absatz 2 der Vereinbarung:	
a) Familienleistungen (Kindergeld), die einer Person für eine Waise gewährt werden:	Arbeitsamt, Nürnberg
b) Kinderzuschüsse zu den Renten der gesetzlichen Rentenversicherung:	In Anhang 2 Nr. 2 als zuständiger Träger genannter Träger der Rentenversicherung
4. Bei Anwendung des Artikels 79 Absätze 1 und 2 der Vereinbarung:	
a) Erstattung von Sachleistungen, die nicht leistungsberechtigten Arbeitnehmern bei Vorlage der Bescheinigung nach Artikel 9 Absatz 1 der Vereinbarung gewährt wurden:	der in der Anspruchsbescheinigung als zuständig bezeichnete Träger der Krankenversicherung
b) Erstattung von Sachleistungen, die nicht leistungsberechtigten Arbeitnehmern bei Vorlage der Bescheinigung nach Artikel 44 Absatz 1 der Vereinbarung gewährt wurden:	
i) soweit bei Leistungsberechtigten ein Träger der Krankenversicherung zuständig gewesen wäre:	der in der Anspruchsbescheinigung als zuständig bezeichnete Träger der Krankenversicherung
ii) in den übrigen Fällen:	Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft, Duisburg
5. Bei Anwendung des Artikels 83 der Vereinbarung:	der für den Wohnort der betreffenden Person zuständige Träger der Krankenversicherung

B. Belgien

1. Bei Anwendung des Artikels 71 Absatz 2 der Vereinbarung:	
a) System für Arbeitnehmer:	Caisse de compensation pour allocations familiales pour travailleurs salariés (Familienausgleichskasse für Arbeitnehmer), bei der der Arbeitgeber versichert ist
b) System für Selbständige:	Institut national des assurances sociales pour travailleurs indépendants (Landesinstitut für die Sozialversicherungen der Selbständigen), Brüssel
2. Bei Anwendung des Artikels 79 der Vereinbarung:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel
3. Bei Anwendung des Artikels 83 der Vereinbarung:	
a) Invalidität:	Institut national d'assurance maladie-invalidité (Staatliche Anstalt für Kranken- und Invaliditätsversicherung), Brüssel
b) Alter – Tod (Renten):	Office national des pensions (Landesamt für Pensionen), Brüssel

C. Frankreich

1. Bei Anwendung der Artikel 18 Absatz 1, 25, 56 und 67 der Vereinbarung:	Gemeindeverwaltung des Wohnorts
2. Bei Anwendung des Artikels 79 Absätze 1 und 2 der Vereinbarung:	Caisse primaire nationale d'assurance maladie de la Batellerie, Section rhénane (Staatliche Krankenkasse für die Binnenschifffahrt, Abteilung Rheinschiffahrt), Straßburg
3. Bei Anwendung des Artikels 63 Absatz 2 der Vereinbarung: Bescheinigungen über Beschäftigungszeiten:	
a) Beschäftigungszeiten in der französischen Rheinschiffahrt:	Inspection du Travail des Transports, Subdivision du Bas-Rhin (Verkehrsgewerbeaufsichtsamt, Abteilung Bas-Rhin), Straßburg
b) Frühere Beschäftigungszeiten auf anderen Tätigkeitsgebieten:	Direction départementale du travail et de l'emploi (Departementsdirektion für Arbeit und Beschäftigung) des Orts, an dem die Beschäftigung ausgeübt worden ist, oder ggf. zuständiger Beamter des Service de l'inspection du travail (Dienststelle des Gewerbeaufsichtsamts) für den betroffenen Sektor
c) Beschäftigungszeiten bei Partikulieren:	Bescheinigung wird vom Arbeitgeber ausgestellt
d) Beschäftigungszeiten bei Staatsbehörden, Gebietskörperschaften oder öffentlichen Verwaltungseinrichtungen:	Bescheinigung wird vom Arbeitgeber ausgestellt
4. Bei Anwendung des Artikels 65 der Vereinbarung:	
a) Versicherungsleistungen:	Association pour l'emploi dans l'industrie et le commerce (ASSEDIC) (Verband für Beschäftigung im Handel und Gewerbe) des letzten Wohnorts in Frankreich
b) Leistungen des Solidaritätssystems (nicht beitragsgebundene Leistungen):	Direction départementale du travail et de l'emploi (Departementsdirektion für Arbeit und Beschäftigung) des Departements, zu dem der letzte Wohnort in Frankreich gehört
5. Bei Anwendung des Artikels 66 der Vereinbarung:	Bescheinigung für die Leistungsberechnung siehe Artikel 63 Absatz 2
6. Bei Anwendung des Artikels 67 der Vereinbarung: Bescheinigung über die Familienangehörigen, die zu berücksichtigen sind:	
a) Wohnbescheinigung:	Gemeindeverwaltung des Wohnorts
b) Bescheinigung über die Nichtberücksichtigung bei der Leistungsberechnung:	Gegenstandslos

D. Luxemburg

1. Bei Anwendung des Artikels 63 Absatz 2 und der Artikel 66 und 67 der Vereinbarung:	Administration de l'emploi (Amt für Beschäftigungsfragen), Luxemburg
2. Bei Anwendung des Artikels 68 Absatz 2 der Vereinbarung:	Krankenkasse, bei der der Betroffene zuletzt versichert war
3. Bei Anwendung des Artikels 76 Absatz 2 der Vereinbarung:	
a) Leistungen der Rentenversicherung:	Rentenversicherungsträger, der in Anhang 2 Nr. 2 bezeichnet ist
b) Familienleistungen:	Caisse nationale des prestations familiales (Staatliche Kasse für Familienbeihilfen), Luxemburg
4. Bei Anwendung des Artikels 79 Absatz 1 der Vereinbarung:	
a) Krankheit, Mutterschaft:	Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers (Staatliche Arbeiterkrankenkasse), Luxemburg
b) Arbeitsunfälle:	Association d'assurance contre les accidents, section industrielle (Unfallversicherungsanstalt, gewerbliche Abteilung), Luxemburg

E. Niederlande

1. Bei Anwendung der Artikel 18 Absatz 1, 25, 56, 67 und 83 der Vereinbarung:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Neue Allgemeine Berufsgenossenschaft), Amsterdam
2. Bei Anwendung des Artikels 68 Absatz 2 der Vereinbarung:	Sociale Verzekeringsbank (Sozialversicherungsbank), Amsterdam
3. Bei Anwendung des Artikels 79 Absatz 2 der Vereinbarung:	Ziekenfondsraad (Krankenkassenrat), Amstelveen

F. Schweiz

1. Bei Anwendung der Artikel 18 Absatz 1, 25, 56, 71 Absatz 2 und 74 Absatz 2 der Vereinbarung:	Zuständige Gemeindebehörden am Wohn- oder Aufenthaltsort der Familienangehörigen
2. Bei Anwendung der Artikel 63 Absatz 2, 66 und 67 der Vereinbarung:	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern
3. Bei Anwendung der Artikel 68 Absatz 2 und 83 der Vereinbarung:	Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
4. Bei Anwendung des Artikels 76 Absatz 2 der Vereinbarung:	Familienausgleichskasse Basel-Stadt, Basel
5. Bei Anwendung des Artikels 79 Absatz 1 der Vereinbarung:	Zuständige anerkannte Krankenkasse bzw. Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Kreisagentur Basel, Basel
6. Bei Anwendung des Artikels 79 Absatz 2 der Vereinbarung:	Zuständige anerkannte Krankenkasse

Anhang 7
Gewährung der Familienleistungen

(Artikel 3 Absatz 7, Artikel 72 Absätze 1 und 2, Artikel 73 Absatz 1 der Vereinbarung)

A. Bundesrepublik Deutschland

- mit einem Kalendervierteljahr als Bezugszeitraum in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden
- mit einem Kalendermonat als Bezugszeitraum in den Beziehungen mit den übrigen Vertragsparteien

B. Belgien

(Artikel 3 Absatz 7, Artikel 72 Absätze 1 und 2 der Vereinbarung)

1. System für Selbständige: die Familienbeihilfen sind monatlich im Verlaufe des dem Bezugsmonat folgenden Kalendermonats zahlbar
2. System für Arbeitnehmer: die Familienbeihilfen werden für einen Kalendermonat gewährt

C. Frankreich

- Die Familienbeihilfen sind monatlich am ersten Tag des Kalendermonats nach dem Monat, für den die Zahlung geschuldet wird, zahlbar, mit einem Bezugszeitraum von einem Kalendermonat
- In den Beziehungen zwischen Frankreich und den Niederlanden beträgt der Bezugszeitraum ein Kalendervierteljahr

D. Luxemburg

Der Bezugszeitraum in den Beziehungen Luxemburgs mit den Niederlanden beträgt ein Kalendervierteljahr und in den Beziehungen mit den übrigen Vertragsparteien einen Kalendermonat

E. Niederlande

Die Familienleistungen sind mit einem Bezugszeitraum von einem Kalendervierteljahr zahlbar

F. Schweiz

In den Beziehungen zwischen der Schweiz und den übrigen Vertragsparteien gilt für Familienbeihilfen an abhängig beschäftigte Rheinschiffer ein Bezugszeitraum von einem Kalendermonat

Annexes relatives à l'Arrangement administratif pour l'application de l'Accord du 30 novembre 1979 concernant la sécurite sociale des bateliers rhénans

Annexe 1

Autorités compétentes

(Article 1[er], alinéa e) de l'Accord, article 3 paragraphe 1 de l'Arrangement)

A. République fédérale d'Allemagne:

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales), Bonn

B. Belgique:

1. Ministre de la Prévoyance sociale, Bruxelles
2. Ministre des Classes moyennes, Bruxelles

C. France:

Ministre des Affaires Sociales et de l'Emploi, Paris

D. Luxembourg:

1. Ministre de la sécurité sociale, Luxembourg
2. Ministre du travail, Luxembourg
3. Ministre de la famille, Luxembourg

E. Pays-Bas:

1. Minister van Sociale Zaken en Werkgelegenheid (ministre des affaires sociales et de l'emploi), Den Haag
2. Minister van Welzijn, Volksgezondheit en Cultuur (ministre du bien-être, de la santé publique et de la culture), Rijswijk

F. Suisse:

1. Pour la législation fédérale concernant:	
a) l'assurance-maladie, y compris les prestations en cas de maternité:	Office fédéral des assurances sociales, Berne
b) l'assurance-invalidité:	Office fédéral des assurances sociales, Berne
c) l'assurance-vieillesse et survivants:	Office fédéral des assurances sociales, Berne
d) les prestations complémentaires à l'assurance vieillesse, survivants et invalidité:	Office fédéral des assurances sociales, Berne
e) l'assurance obligatoire en cas d'accidents (y compris les maladies professionnelles):	Office fédéral des assurances sociales, Berne
f) l'assurance-chômage:	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, Berne
2. Pour les législations des cantons de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne relatives aux allocations familiales en faveur des travailleurs salariés non agricoles:	Département cantonal compétent ou Direction cantonale compétente

Annexe 2
Institutions compétentes

(Article 1[er], alinéa g) de l'Accord, article 3 paragraphe 2 de l'Arrangement)

A. République fédérale d'Allemagne

La compétence des institutions allemandes est régie par les dispositions de la législation allemande, à moins qu'il n'en soit disposé autrement ci-après:

1. Assurance maladie	
Pour l'assurance maladie des demandeurs et titulaires de pension ou de rente et des membres de leur famille en vertu des dispositions des articles 20 et 21 de l'Accord:	
i) si l'intéressé est affilié à une Allgemeine Ortskrankenkasse (Caisse locale de maladie) ou s'il n'est affilié à aucune institution d'assurance maladie:	Allgemeine Ortskrankenkasse Bonn (Caisse locale de maladie de Bonn), Bonn
ii) dans tous les autres cas:	institution d'assurance maladie à laquelle est affilié le demandeur ou le titulaire de pension ou de rente
Pour l'application de l'article 18 en liaison avec l'article 17, paragraphe 1 et l'article 57 de l'Accord:	Allgemeine Ortskrankenkasse (Caisse locale de maladie) dans le ressort de laquelle se trouve l'office du travail, où le batelier rhénan est enregistré come demandeur d'emploi
2. Assurance pension:	
Pour l'application de l'article 8 de l'Accord en liaison avec l'annexe VIII n° 6 (Application des dispositions de la législation de la République fédérale d'Allemagne) ainsi que pour les tâches résultant de la délimitation des compétences de l'article 24 paragraphe 2 de l'Accord:	
a) Assurance pension des ouvriers:	Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz (Office régional d'assurance de la province rhénane), Düsseldorf
b) Assurance pension des employés:	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Office fédéral d'assurance des employés), Berlin
c) Assurance pension des travailleurs des mines, si le batelier rhénan a versé des cotisations à cette assurance en dernier lieu en Allemagne ou s'il a accompli le stage requis pour l'obtention de la pension des travailleurs des mines:	Bundesknappschaft (Caisse fédérale d'assurance des mineurs), Bochum
3. Assurance accidents (accidents du travail et maladies professionelles):	institution chargée de l'assurance accidents dans le cas dont il s'agit
4. Prestations de chômage et prestations familiales:	Bundesanstalt für Arbeit (Office fédéral du travail), Nürnberg

B. Belgique

1. Maladie, maternité:	
a) pour l'application des articles 8 à 23 de l'Arrangement:	Organisme assureur auquel le travailleur salarié ou non salarié est ou était affilié
b) pour l'application du Titre V de l'Arrangement:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles
2. Invalidité:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles, conjointement avec l'organisme assureur auquel le travailleur salarié ou non salarié est ou a été affilié
3. Vieillesse, décès (pensions):	Office national des pensions, Bruxelles Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants, Bruxelles

4. Accidents du travail:	
a) jusqu'à l'expiration du délai de révision prévu par la loi du 10 avril 1971 (article 72)	
i) prestations en nature:	
– renouvellement et entretien des prothèses:	Fonds des accidents du travail, Bruxelles
– prestations autres que celles visées ci-dessus:	l'assureur auprès duquel l'employeur est assuré ou affilié
ii) prestations en espèces:	
– allocation:	l'assureur auprès duquel l'employeur est assuré ou affilié
– compléments prévus par l'arrêté royal du 21 décembre 1971:	Fonds des accidents du travail, Bruxelles
b) après l'expiration des délais de révision prévus par la loi du 10 avril 1971 (article 72)	
i) prestations en nature:	Fonds des accidents du travail, Bruxelles
ii) prestations en espèces:	
– rente:	l'organisme agréé pour le service des rentes
– complément:	Fonds des accidents du travail, Bruxelles
c) en cas de non assurance:	Fonds des accidents du travail, Bruxelles
5. Maladies professionnelles:	Fonds des maladies professionnelles, Bruxelles
6. Allocations de décès:	
a) assurance maladie-invalidité:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles, conjointement avec l'organisme assureur auquel le travailleur salarié était assuré
b) accidents du travail:	
i) en règle générale:	l'assureur
ii) pour les marins:	Fonds des accidents du travail, Bruxelles
c) maladies professionnelles:	Fonds des maladies professionnelles, Bruxelles
7. Chômage:	Office national de l'emploi, Bruxelles
8. Prestations familiales:	
a) travailleurs salariés:	Caisse de compensation pour allocations familiales à laquelle l'employeur est affilié
b) travailleurs non salariés:	Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants

C. France

1. Travailleurs salariés:	
a) Assurance maladie-maternité-accidents du travail – maladies professionnelles – décès:	– Caisse nationale de l'assurance maladie des travailleurs salariés, Paris – Caisse Primaire nationale d'assurance maladie de la Batellerie, Section rhénane, Strasbourg
b) Assurance invalidité:	– Caisse régionale d'assurance maladie de l'Ile-de-France, Paris
c) Assurance vieillesse:	– Caisse régionale d'assurance vieillesse, Strasbourg – Caisse nationale d'assurance vieillesse des travailleurs salariés, Paris
d) Prestations familiales:	– Caisse nationale d'allocations familiales, Paris – Caisse nationale d'allocations familiales de la navigation intérieure, Paris
e) Chômage:	– Association pour l'Emploi dans l'Industrie et le Commerce (ASSEDIC) du lieu de résidence

2. Travailleurs non salariés:

a) Assurance maladie-maternité:	– Caisse nationale d'assurance maladie et maternité des travailleurs non salariés des professions non agricoles, Saint-Denis – Section autonome mutuelle d'assurance maladie et maternité des travailleurs non salariés de la batellerie, Paris
b) Assurance vieillesse – décès (pensions):	– Caisse nationale de retraite de la batellerie, Paris
c) Prestations familiales:	– Caisse nationale d'allocations familiales, Paris – Caisse nationale d'allocations familiales de la navigation intérieure, Paris

D. Luxembourg

1. Maladie-maternité	
a) pour les ouvriers:	Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers, Luxembourg
b) pour les employés:	Caisse de maladie des employés privés, Luxembourg
c) pour les travailleurs indépendants:	Caisse de maladie des professions indépendantes, Luxembourg
2. Invalidité-vieillesse-décès (pensions):	
a) pour les ouvriers:	Etablissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité, Luxembourg
b) pour les employés:	Caisse de pension des employés privés, Luxembourg
c) pour les travailleurs indépendants:	Caisse de pension des artisans, des commerçants et industriels, Luxembourg
3. Accidents du travail et maladies professionnelles:	Association d'assurance contre les accidents, section industrielle, Luxembourg
4. Chômage:	Administration de l'emploi, Luxembourg
5. Prestations familiales:	Caisse nationale des prestations familiales, Luxembourg

E. Pays-Bas

1. Maladie, maternité:	
a) Prestations en nature:	Ziekenfonds (caisse de maladie) à laquelle l'intéressé est assuré
b) Prestations en espèces:	Bedrijfsvereniging (association professionnelle) à laquelle est affilié l'employeur de l'assuré
2. Invalidité:	
a) Quand l'intéressé a également un droit à prestations en vertu de la seule législation néerlandaise en dehors de l'application de l'Accord:	
i) pour les travailleurs:	Bedrijfsvereniging (association professionnelle) à laquelle est affilié l'employeur de l'assuré
ii) pour les travailleurs non salariés:	Bedrijfsvereniging (association professionnelle) à laquelle l'assuré serait affilié s'il occupait du personnel
b) dans les autres cas:	
pour les travailleurs salariés et non salariés:	Nieuwe Algemene Bedrijsvereniging (Nouvelle association professionnelle générale), Amsterdam
3. Vieillesse, décès (pensions):	Sociale Verzekeringsbank (Banque des assurances sociales), Amsterdam
4. Chômage:	Bedrijfsvereniging (association professionnelle) à laquelle est affilié l'employeur de l'assuré

5. Prestations familiales:	
a) quand le bénéficiaire réside aux Pays-Bas:	Raad van Arbeid (Conseil du travail) dans le ressort duquel il a sa résidence
b) quand le bénéficiaire réside hors des Pays-Bas:	Raad van Arbeid (Conseil du travail) dans le ressort duquel l'employeur réside ou est établi
c) dans les autres cas:	Sociale Verzekeringsbank (Banque des assurances sociales), Amsterdam

F. Suisse

1. Pour la législation fédérale concernant:	
a) l'assurance-maladie, y compris les prestations en cas de maternité:	Caisse maladie reconnue compétente
b) l'assurance-invalidité:	Commission de l'assurance-invalidité du canton de domicile lorsque le domicile se trouve en Suisse, la Caisse suisse de compensation à Genève lorsque le domicile se trouve hors du territoire suisse
c) l'assurance-vieillesse et survivants:	Caisse de compensation à laquelle les contributions ont été versées en dernier lieu lorsque le domicile se trouve en Suisse et la Caisse suisse de compensation à Genève lorsque le domicile se trouve hors du territoire suisse
d) les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité:	Offices compétents du canton de domicile
e) l'assurance obligatoire en cas d'accidents (y compris les maladies professionnelles):	Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Agence d'arrondissement de Bâle, Bâle
f) l'assurance-chômage:	Caisses d'assurance-chômage
2. Pour les législations des cantons de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne relatives aux allocations familiales en faveur des travailleurs salariés non agricoles:	Caisse de compensation pour allocations familiales compétente ou le dernier employeur, selon le cas

Annexe 3

Institutions du lieu de résidence et institutions du lieu de séjour

(Article 1er, alinéas k et l de l'Accord et article 3 paragraphe 3 de l'Arrangement)

A. République fédérale d'Allemagne

1. Assurance-maladie

a) Dans tous les cas (sauf pour l'application de l'article 17, paragraphe 2 de l'Accord et de l'article 15 de l'Arrangement:

Allgemeine Ortskrankenkasse (Caisse locale de maladie) compétente pour le lieu de résidence ou de séjour de l'intéressé

b) Pour l'application de l'article 17 paragraphe 2 de l'Accord et de l'article 15 de l'Arrangement:

Institution à laquelle l'intéressé était affilié en dernier lieu. A défaut d'une telle institution ou quand l'assuré était affilié en dernier lieu à une Allgemeine Ortskrankenkasse, à une Landwirtschaftliche Krankenkasse (Caisse agricole de maladie) ou à la Bundesknappschaft:

l'institution visée sous a) compétente pour le lieu de résidence ou de séjour de l'intéressé

2. Assurance contre les accidents

a) Prestations en nature (à l'exception du traitement thérapeutique au titre de l'assurance accidents et à l'exception des prothèses et appareillages) et prestations en espèces (à l'exception des rentes, majorations pour tierce personne (Pflegegeld) et allocations de décès):

Allgemeine Ortskrankenkasse (Caisse locale de maladie) compétente pour le lieu de résidence ou de séjour de l'intéressé

b) prestations en nature et en espèces pour lesquelles il est fait exception sous a) ainsi que pour l'application de l'article 59 de l'Arrangement:

Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft (Association professionnelle de la navigation intérieure), Duisburg

3. Assurance pension

a) Assurance pension des ouvriers:

Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz (Office régional d'assurance de la province rhénane), Düsseldorf

b) Assurance pension des employés:

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Office fédéral d'assurance des employés), Berlin

4. Prestations de chômage et prestations familiales:

Office de l'emploi compétent pour le lieu de résidence ou de séjour de l'intéressé

B. Belgique

I. Institutions du lieu de résidence

1. Maladie, maternité:

organismes assureurs

2. Invalidité:

Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles, conjointement avec les organismes assureurs

3. Vieillesse, décès (pensions):

- Office national des pensions, Bruxelles
- Institut national d'assurance sociales pour travailleurs indépendants, Bruxelles

4. Accidents du travail (prestations en nature):

organismes assureurs

5. Maladies professionnelles:

Fonds des maladies professionnelles, Bruxelles

6. Allocations de décès:

Organismes assureurs, conjointement avec l'Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles

7. Chômage: Office national de l'emploi, Bruxelles
8. Prestations familiales:
   - Office national des allocations familiales pour travailleurs salariés, Bruxelles
   - Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants, Bruxelles

II. Institutions du lieu de séjour

1. Maladie, maternité: Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles, par l'intermédiaire des organismes assureurs
2. Accidents du travail: Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles, par l'intermédiaire des organismes assureurs
3. Maladies professionnelles: Fonds des maladies professionnelles, Bruxelles

C. France

Institutions du lieu de résidence et institutions du lieu de séjour

1. Assurance maladie maternité – accidents du travail – maladies professionnelles – décès:
   - Caisse primaire nationale d'assurance maladie de la batellerie, Section rhénane, Strasbourg
2. Assurance invalidité:
   - Caisse régionale d'assurance maladie d'Ile-de-France, Paris
3. Assurance vieillesse:
   - Caisse régionale d'assurance vieillesse, Strasbourg
   - Caisse nationale d'assurance vieillesse des travailleurs salariés, Paris
4. Prestations familiales:
   - Caisse nationale d'allocations familiales de la navigation intérieure, Paris
5. Chômage:
   - Association pour l'Emploi dans l'Industrie et le Commerce (ASSEDIC) du lieu de résidence ou de séjour

D. Luxembourg

1. Maladie-maternité: Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers, Luxembourg
2. Invalidité-vieillesse-décès (pensions):
   a) pour les ouvriers: Etablissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité, Luxembourg
   b) pour les employés: Caisse de pension des employés privés, Luxembourg
   c) pour les travailleurs indépendants: Caisse de pension des artisans, des commerçants et industriels, Luxembourg
3. Accidents du travail et maladies professionnelles: Association d'assurance contre les accidents, section industrielle, Luxembourg
4. Chômage: Administration de l'emploi, Luxembourg
5. Prestations familiales: Caisse nationale des prestations familiales, Luxembourg

E. Pays-Bas

1. Maladie, maternité, accidents du travail, maladies professionnelles:	
a) prestations en nature:	
i) institution du lieu de résidence:	une des caisses de maladie compétentes pour le lieu de résidence, au choix de l'intéressé
ii) institutions du lieu de séjour:	Algemeen Nederlands Onderling Ziekenfonds (ANOZ) (Caisse mutuelle générale de maladie des Pays-Bas), Utrecht
b) prestations en espèces:	Nieuwe Algemene Bedrijsvereniging (Nouvelle association professionnelle générale), Amsterdam
2. Invalidité:	
a) quand l'intéressé a également un droit à prestations en vertu de la seule législation néerlandaise, en dehors de l'application de l'Accord:	Association professionnelle compétente
b) dans tous les autres cas:	Nieuwe Algemene Bedrijsvereniging (Nouvelle association professionnelle générale), Amsterdam
3. Vieillesse et décès (pensions): Pour l'application de l'article 29 de l'Arrangement:	Sociale Verzekeringsbank (Banque des Assurances sociales), Amsterdam
4. Chômage:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Nouvelle association professionnelle générale), Amsterdam
5. Allocations familiales:	Raad van Arbeid (conseil du travail) dans le ressort duquel les membres de famille résident

F. Suisse

1. Assurance maladie, y compris les prestations en cas de maternité:	Caisse publique de maladie de Bâle-Ville, Bâle
2. Assurance-invalidité:	Caisse suisse de compensation, Genève
3. Assurance-vieillesse et survivants:	Caisse suisse de compensation, Genève
4. Prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse survivants et invalidité:	Offices compétents du canton de séjour ou de domicile
5. Assurance obligatoire en cas d'accidents (y compris les maladies professionnelles):	Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Agence d'arrondissement de Bâle, Bâle
6. Assurance-chômage:	Caisse d'assurance-chômage compétente
7. Allocations familiales:	Caisse de compensation pour allocations familiales de Bâle-Ville, Bâle

Annexe 4
Organismes de liaison

(Article 3, paragraphe 4 de l'Arrangement)

A. République fédérale d'Allemagne

1. Assurance maladie:	Bundesverband der Ortskrankenkassen (Fédération nationale des caisses locales de maladie), Bonn
2. Assurance pension:	
a) Assurance pension des ouvriers:	Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz (Office régional d'assurance de la province rhénane), Düsseldorf
b) Assurance pension des employés:	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Office fédéral d'assurance des employés), Berlin
3. Assurance contre les accidents:	Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft (Association professionnelle de la navigation intérieure), Duisburg
4. Prestations de chômage et prestations familiales:	Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit (siège central de l'Office fédéral du travail), Nürnberg

B. Belgique

1. Maladie, maternité:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles
2. Invalidité:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles
3. Vieillesse, décès (pensions):	Office national des pensions, Bruxelles Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants, Bruxelles
4. Accidents du travail et maladies professionnelles:	Ministère de la Prévoyance sociale, Bruxelles
5. Allocations de décès:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles
6. Chômage:	Office national de l'emploi, Bruxelles
7. Prestations familiales:	Office national d'allocations familiales pour travailleurs salariés, Bruxelles Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants, Bruxelles

C. France

1. Législation de sécurité sociale:	Centre de Sécurité Sociale des Travailleurs Migrants, Paris
2. Assurance chômage:	Direction départementale du travail et de l'emploi du Bas-Rhin, Strasbourg

D. Luxembourg

1. Pour l'application de l'article 78 de l'Arrangement:	
a) maladie-maternité:	Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers, Luxembourg

b) accidents du travail et maladies professionnelles:	Association d'assurance contre les accidents, section industrielle, Luxembourg
c) prestations familiales:	Caisse nationale des prestations familiales, Luxembourg
2. Dans tous les autres cas:	Inspection générale de la sécurité sociale, Luxembourg

E. Pays-Bas

1. Maladie, maternité, accidents du travail, maladies professionnelles et chômage:	
a) Prestations en nature:	Ziekenfondsraad (Conseil des caisses de maladie), Amstelveen
b) Prestations en espèces:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Nouvelle association professionnelle générale), Amsterdam
2. Vieillesse, décès (pensions), prestations familiales:	
a) en règle générale:	Sociale Verzekeringsbank (Banque des assurances sociales), Amsterdam
b) relations avec la Belgique:	Bureau voor Belgische Zaken de sociale verzekering betreffende (Bureau des affaires belges en matière de sécurité sociale), Breda
c) relations avec la République fédérale d'Allemagne:	Bureau voor Duitse Zaken van de Vereniging van Raden van Arbeid (Bureau des affaires allemandes de la fédération des conseils du travail), Nijmegen

F. Suisse

1. Assurance-maladie, y compris les prestations en cas de maternité:	Caisse publique de maladie de Bâle-Ville, Bâle
2. Assurance-invalidité:	Caisse suisse de compensation, Genève
3. Assurance-vieillesse et survivants:	Caisse suisse de compensation, Genève
4. Prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité:	Office fédéral des assurances sociales, Berne
5. Assurance obligatoire en cas d'accidents (y compris les maladies professionnelles):	Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Lucerne
6. Assurance-chômage:	Caisse publique d'assurance-chômage de Bâle-Ville, Bâle
7. Allocations familiales:	Office fédéral des assurances sociales, Berne

Annexe 5

I – Accords internationaux maintenus en vigueur

(Article 3, paragraphe 5 de l'Arrangement)

République fédérale d'Allemagne – Belgique – France – Luxembourg – Pays-Bas

Dans les relations entre la République fédérale d'Allemagne, la Belgique, la France, le Luxembourg et les Pays-Bas, les dispositions du Règlement (CEE) nº 574/72 ainsi que son annexe 5 sont applicables en tant qu'elles concernent les modalités de reboursement des prestations et des frais de contrôle administratif et médical ainsi que de recouvrement et de perception des cotisations

Suisse – République fédérale d'Allemagne

L'Arrangement administratif du 25 août 1978 concernant les modalités d'application de la Convention de sécurité sociale du 25 février 1964, dans sa teneur modifiée et complétée par la Convention complémentaire du 9 septembre 1975

Suisse – Belgique

Les dispositions de l'Arrangement administratif du 30 novembre 1978 concernant les modalités d'application de la Convention de sécurité sociale du 24 septembre 1975 portant sur l'assurance-invalidité

Suisse – France

Les dispositions de l'Arrangement administratif du 3 décembre 1976 concernant les modalités d'application de la Convention de sécurité sociale du 3 juillet 1975 portant sur l'assurance-invalidité

Suisse – Pays-Bas

Les dispositions de l'Arrangement administratif du 29 mai 1970 et de l'Arrangement administratif complémentaire du 16 janvier/9 février 1987 concernant les modalités d'application de la Convention de sécurité sociale du 27 mai 1970 portant sur l'assurance-invalidité

II – Accords antérieurs maintenus en vigueur
– Règles de paiement –

(Article 42, paragraphe 2 et article 60 de l'Arrangement)

République fédérale d'Allemage – Pays-Bas

Les articles 17, 18, 19 et 21 de l'Arrangement administratif nº 1 du 18 juin 1954 concernant la Convention du 29 mars 1951 (paiement des pensions et rentes)

Annexe 6

Institutions et organismes désignés

(Article 3, paragraphe 6 de l'Arrangement)

A. République fédérale d'Allemagne

1. Pour l'application de l'article 63, paragraphe 2 et des articles 66 et 67 de l'Arrangement:	Arbeitsamt (Office du travail) dans le ressort duquel se trouve le dernier lieu de résidence ou de séjour du travailleur en République fédérale d'Allemagne ou, lorsque le travailleur n'a pas résidé ni séjourné en République fédérale d'Allemagne pendant qu'il y exerçait une activité, Arbeitsamt dans le ressort duquel se trouve le dernier lieu d'emploi du travailleur en République fédérale d'Allemagne
2. Pour l'application de l'article 68, paragraphe 2 de l'Arrangement:	Arbeitsamt (Office du travail) dans le ressort duquel se trouve le dernier lieu d'emploi du batelier rhénan
3. Pour l'application de l'article 74, paragraphe 2 et de l'article 76, paragraphe 2 de l'Arrangement:	
a) prestations familiales servies à une personne en faveur d'un orphelin:	Arbeitsamt (Office du travail), Nürnberg
b) suppléments pour enfants aux pensions et rentes des régimes légaux d'assurance pension:	institution d'assurance pension désignée comme institution compétente à l'annexe 2, chiffre 2
4. Pour l'application de l'article 79, paragraphes 1 et 2 de l'Arrangement:	
a) remboursement de prestations en nature servies indûment à des travailleurs sur présentation de l'attestation prévue à l'article 9, paragraphe 1 de l'Arrangement:	institution d'assurance maladie désignée comme institution compétente dans l'attestation certifiant le droit aux prestations
b) remboursement de prestations en nature servies indûment à des travailleurs sur présentation de l'attestation prévue à l'article 44, paragraphe 1 de l'Arrangement:	
i) dans le cas ou l'institution compétente aurait été une institution d'assurance maladie si l'intéressé avait eu droit aux prestations:	institution d'assurance maladie désignée comme institution compétente dans l'attestation certifiant le droit aux prestations
ii) dans les autres cas:	Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft (Association professionnelle de la navigation intérieure), Duisburg
5. Pour l'application de l'article 83 de l'Arrangement:	institution d'assurance maladie compétente pour le lieu de résidence de l'intéressé

B. Belgique

1. Pour l'application de l'article 71, paragraphe 2 de l'Arrangement:	
a) régime des travailleurs salariés:	Caisse de compensation pour allocations familiales pour travailleurs salariés à laquelle l'employeur est affilié
b) régime des travailleurs indépendants:	Institut national des assurances sociales pour travailleurs indépendants, Bruxelles
2. Pour l'application de l'article 79 de l'Arrangement:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles
3. Pour l'application de l'article 83 de l'Arrangement:	
a) invalidité:	Institut national d'assurance maladie-invalidité, Bruxelles
b) vieillesse-décès (pensions):	Office national des pensions, Bruxelles

C. France

1. Pour l'application des articles 18 paragraphes 1, 25, 56 et 67 de l'Arrangement:	Mairie du lieu de résidence
2. Pour l'application des articles 79, paragraphes 1 et 2 de l'Arrangement:	Caisse primaire nationale d'assurance maladie de la Batellerie, Section Rhénane, Strasbourg
3. Pour l'application de l'article 63, paragraphe 2 de l'Arrangement: Certificats relatifs aux périodes d'emploi:	
a) Périodes d'emploi dans la batellerie française rhénane:	Inspection du Travail des Transports, Subdivision du Bas-Rhin, Strasbourg
b) Périodes d'emploi antérieures relevant d'autres activités:	Direction départementale du travail et de l'emploi du lieu où l'emploi a été exercé ou, le cas échéant, fonctionnaire responsable du service de l'inspection du travail pour le secteur concerné
c) Périodes d'emploi chez des particuliers:	Certificat délivré par l'employeur
d) Périodes d'emploi dans les administrations de l'Etat, les collectivités territoriales ou les établissements publics administratifs:	Certificat délivré par l'employeur
4. Pour l'application de l'article 65 de l'Arrangement:	
a) Prestations d'assurance:	Association pour l'emploi dans l'industrie et le commerce (ASSEDIC) du lieu de la dernière résidence en France
b) Prestations du régime de solidarité: (Prestations à caractère non contributif)	Direction départementale du travail et de l'emploi du département de la dernière résidence en France
5. Pour l'application de l'article 66 de l'Arrangement:	Attestation pour le calcul des prestations Cf. article 63 paragraphe 2
6. Pour l'application de l'article 67 de l'Arrangement: Certificats relatifs aux membres de la famille à prendre en considération:	
a) Certificat de résidence:	Mairie du lieu de résidence
b) Certificat relatif à la non prise en compte pour le calcul des prestations:	sans objet

D. Luxembourg

1. Pour l'application de l'article 63 paragraphe 2 et des articles 66 et 67 de l'Arrangement:	Administration de l'emploi, Luxembourg
2. Pour l'application de l'article 68 paragraphe 2 de l'Arrangement:	Caisse de maladie à laquelle l'intéressé a été affilié en dernier lieu
3. Pour l'application de l'article 76, paragraphe 2 de l'Arrangement:	
a) prestations de l'assurance pension:	Institution d'assurance pension désignée à l'annexe 2, chiffre 2
b) prestations familiales:	Caisse nationale des prestations familiales, Luxembourg
4. Pour l'application de l'article 79, paragraphe 1 de l'Arrangement:	
a) maladie-maternité:	Caisse nationale d'assurance maladie des ouvriers, Luxembourg
b) accidents du travail:	Association d'assurance contre les accidents, section industrielle, Luxembourg

E. Pays-Bas

1. Pour l'application des articles 18, paragraphe 1, 25, 56, 67 et 83 de l'Arrangement:	Nieuwe Algemene Bedrijfsvereniging (Nouvelle association professionnelle générale), Amsterdam

2. Pour l'application de l'article 68, paragraphe 2 de l'Arrangement:	Sociale Verzekeringsbank (Banque des Assurances Sociales), Amsterdam
3. Pour l'application de l'article 79, paragraphe 2 de l'Arrangement:	Ziekenfondsraad (Conseil des caisses de maladie), Amstelveen

F. Suisse

1. Pour l'application des articles 18, paragraphe 1, 25, 56, 71, paragraphe 2 et 74, paragraphe 2 de l'Arrangement:	Autorités communales compétentes du lieu de résidence ou du séjour des membres de la famille
2. Pour l'application des articles 63, paragraphe 2, 66 et 67 de l'Arrangement:	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, Berne
3. Pour l'application des articles 68, paragraphe 2 et 83 de l'Arrangement:	Office fédéral des assurances sociales, Berne
4. Pour l'application de l'article 76, paragraphe 2 de l'Arrangement:	Caisse de compensation pour les allocations familiales de Bâle-Ville, Bâle
5. Pour l'application de l'article 79, paragraphe 1 de l'Arrangement:	Caisse-maladie reconnue compétente ou la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Agence d'arrondissement de Bâle, Bâle
6. Pour l'application de l'article 79, paragraphe 2 de l'Arrangement:	Caisse-maladie reconnue compétente

Annexe 7
Service des prestations familiales

(Article 3, paragraphe 7, article 72, paragraphes 1 et 2, article 73, paragraphe 1 de l'Arrangement)

A. République fédérale d'Allemagne

- Pour un trimestre civil comme période de référence dans les relations entre la République fédérale d'Allemagne et les Pays-Bas
- Pour un mois civil comme période de référence dans les relations avec les autres Parties Contractantes

B. Belgique

(Article 3, paragraphe 7, article 72, paragraphes 1 et 2 de l'Arrangement)

1. Régime des travailleurs indépendants: les allocations familiales sont payables mensuellement dans le courant du mois civil suivant celui auquel il se rapporte
2. Régime des travailleurs salariés: les allocations familiales sont accordées pour un mois civil

C. France

- Les allocations familiales sont payables mensuellement à terme échu, le premier jour du mois civil suivant celui au titre duquel la mensualité est due avec une période de référence d'une durée d'un mois civil
- En ce qui concerne les relations entre la France et les Pays-Bas, la période de référence est d'un trimestre civil

D. Luxembourg

La période de référence dans les relations du Luxembourg avec les Pays-Bas est d'un trimestre civil et d'un mois civil dans les relations avec les autres Parties Contractantes

E. Pays-Bas

Les allocations familiales sont payables avec une période de référence d'un trimestre civil

F. Suisse

Dans les relations entre la Suisse et les autres Parties Contractantes, une période de référence d'un mois civil s'applique, pour les allocations familiales, aux bateliers rhénans salariés

Denkschrift zur Verwaltungsvereinbarung

I. Allgemeines

Die Verwaltungsvereinbarung enthält die zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. November 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer (BGBl. 1983 II S. 593) erforderlichen Bestimmungen. Nach Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde ist dieses Übereinkommen nach seinem Artikel 91 am 1. Dezember 1987 für die Vertragsparteien (Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz) in Kraft getreten.

Die in der Verwaltungsvereinbarung getroffenen Regelungen sind vorwiegend technischer Art und betreffen vor allem die Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern der Vertragsparteien, das Ausstellen und die Vorlage von Bescheinigungen, die für die verschiedenen Leistungskategorien vorgesehenen Antrags- und Bescheidverfahren, die Gewährung der Verwaltungshilfe durch die Versicherungsträger und Verbindungsstellen sowie über den Zahlungsverkehr und das Abrechnungsverfahren.

Die Verwaltungsvereinbarung enthält aber auch normative Bestimmungen wie die Außerkraftsetzung der Verwaltungsvereinbarung vom 3. April 1967 zur Durchführung des am 13. Februar 1961 revidierten Abkommens vom 27. Juli 1950 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer, die durch Gesetz vom 23. Juli 1967 (BGBl. 1969 II S. 1357) beschlossen und in Kraft gesetzt worden ist, die vom nationalen Recht abweichenden Zuständigkeitsregelungen in den Anhängen 2, 3, 4 und 6 zur Verwaltungsvereinbarung oder die Vorschrift des Artikels 85 über die Ersatzansprüche der Träger der Sozialhilfe.

II. Besonderes

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung der Vereinbarung erleichtern.

Artikel 2 regelt Näheres über die Erstellung und Verwendung von Vordrucken und die Ausarbeitung von Merkblättern. Dadurch soll der Verwaltungsablauf vereinfacht und die Möglichkeit zur Unterrichtung und Aufklärung der betroffenen Personen über ihre Rechte und Pflichten erleichtert werden.

Artikel 3 führt die Anhänge auf, die nach Artikel 90 Abs. 1 der Vereinbarung einen Bestandteil derselben bilden. Im einzelnen bezeichnen diese:

- Anhang 1 die zuständigen Behörden der Vertragsparteien, d. h. die für die Soziale Sicherheit in den Vertragsparteien zuständigen Minister;
- Anhang 2 die nach Artikel 1 Buchstabe g des Übereinkommens zu bezeichnenden zuständigen Träger;
- Anhang 3 die nach Artikel 1 Buchstaben k und l des Übereinkommens zu bezeichnenden Träger des Wohnortes oder des Aufenthaltsortes;
- Anhang 4 die nach Artikel 3 Abs. 4 der Vereinbarung zu bestimmenden Verbindungsstellen;
- Anhang 5
  a) in Abschnitt I die nach Artikel 3 Abs. 5 der Vereinbarung weitergeltenden internationalen Übereinkommen;
  b) in Abschnitt II die weitergeltenden Zahlungsvorschriften;
- Anhang 6 die nach Artikel 3 Abs. 5 der Vereinbarung für die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben bezeichneten Träger;
- Anhang 7 die nach Artikel 3 Abs. 7, Artikel 72 Abs. 1 und 2 und Artikel 73 Abs. 1 der Vereinbarung maßgeblichen Fälligkeitszeiträume der Familienleistungen für den Fall eines Wohnortwechsels während des Bezugs dieser Leistungen.

Da auf Rheinschiffer, ihre Familienangehörigen und Hinterbliebenen die zwischen den Vertragsparteien bestehenden Abkommen über soziale Sicherheit keine Anwendung finden, soweit sie nicht in Anhang III des Übereinkommens aufgeführt sind, bestimmt Artikel 4, daß die anstelle der zur Durchführung dieser Abkommen ergangenen Regelungen durch diese Vereinbarung ersetzt werden.

Bestimmungen, die zur Durchführung der in Anhang III des Übereinkommens aufgeführten Abkommen ergangen sind, finden weiter Anwendung, soweit sich die betroffenen Vertragsparteien auf deren weitere Anwendung verständigt haben.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften das Recht eingeräumt, in Anhang 5 Bestimmungen aufzunehmen, die für sie auf Grund der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 verbindlich sind.

Artikel 5 regelt das Verfahren für die freiwillige Versicherung und die freiwillige Weiterversicherung und schreibt dazu vor, wie der Nachweis früherer Beitragszeiten zu erbringen ist.

Artikel 6 behandelt das Verfahren für die gegebenenfalls erforderliche Zusammenrechnung der Versicherungszeiten. Dabei legt er vor allem die zur Koordinierung notwendigen Grundsätze für die Fälle fest, in denen sich Zeiten überschneiden oder in denen die nachgewiesenen Versicherungszeiten in unterschiedlichen Zeiträumen ausgedrückt sind.

Artikel 7 bestimmt, wie freiwillige Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, die bei der Zusammenrechnung der Zeiten unberücksichtigt bleiben, weil sie sich mit Zeiten einer Pflichtversicherung in einer anderen Vertragspartei überschneiden. Durch diese Vorschrift wird eine Verzerrung der für die Rentenberechnung wesentlichen Zeitenverhältnisse vermieden.

Die Artikel 16 bis 23 regeln die im einzelnen zu beachtenden Verfahren für die Inanspruchnahme von Sach- und Geldleistungen aus der Versicherung für den Fall der Krankheit und Mutterschaft. Dabei wird den Besonderheiten der Beschäftigung in der Binnenschiffahrt und den in der Praxis vorkommenden unterschiedlichen Gegebenhei-

ten Rechnung getragen, vor allem um die Sicherung der Leistungsaushilfe nach Maßgabe der vorgeschriebenen Verfahren zu gewährleisten.

Die Artikel 24 bis 43 regeln die näheren Einzelheiten über die Antragstellung, die Berechnung, Feststellung und die Zahlung der Renten für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes. Dabei wird insbesondere vorgeschrieben, welche Bescheinigungen für den Nachweis des Leistungsanspruchs vorzulegen und welche Verfahren dabei zu beachten sind.

Ferner werden Maßnahmen zur Beschleunigung der in der Regel langwierigen zwischenstaatlichen Rentenfeststellungsverfahren (Artikel 39) und zur Durchführung der verwaltungsmäßigen und ärztlichen Kontrollen (Artikel 40) vorgeschrieben.

Artikel 42 schreibt für die Zahlung der Leistungen grundsätzlich das unmittelbare Verfahren vor. Er läßt aber auch die Möglichkeit offen, die Zahlung auf Antrag einer Vertragspartei über die Verbindungsstellen oder nach weitergeltenden zweiseitigen Regelungen (Anhang 5 Teil II) durchzuführen.

Die Artikel 44 bis 60 enthalten die Vorschriften über die Anwendung der Versicherung für den Fall von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Die Vereinbarung sieht jeweils besondere Regelungen für die Gewährung von Sachleistungen, kurzfristigen Geldleistungen und Renten vor. Für die Beantragung und Gewährung der Sach- und kurzfristigen Geldleistungen hält sich die Vereinbarung weitgehend an die insoweit für den Bereich der Krankenversicherung getroffenen Vorschriften.

Artikel 58 regelt die Verfahren für die Einreichung und Bearbeitung der Rentenanträge, Artikel 59 enthält die Vorschriften über die ärztliche und verwaltungsmäßige Kontrolle und Artikel 60 behandelt das Rentenzahlverfahren. Diese Vorschriften schließen sich den für die Rentenversicherung festgelegten Grundsätzen an.

Die Artikel 61 und 62 enthalten Vorschriften über die Beantragung, den Nachweis der Berechtigung und die Gewährung des Sterbegeldes.

Die Artikel 63 bis 67 legen unter Berücksichtigung der in der Binnenschiffahrt üblichen besonderen Beschäftigungsbedingungen das Verfahren für die Inanspruchnahme von Leistungen bei Arbeitslosigkeit fest.

Die Artikel 68 bis 77 enthalten die Vorschriften über die Beantragung und Gewährung der Familienleistungen. Entsprechend der Regelung im Übereinkommen wird dabei unterschieden, ob die Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Wohn- oder des Beschäftigungslandes zu zahlen sind. Da sich die Bundesrepublik für das Wohnlandprinzip entschieden hat, haben die deutschen Träger das Verfahren nach Artikel 69 zu beachten.

Die Artikel 78 und 79 enthalten Vorschriften über die Erstattung aushilfsweise gewährter Leistungen und über die Erstattung zu Unrecht gewährter Sachleistungen. Die in diesen Artikeln festgelegten Verfahren sind von der Bundesrepublik Deutschland nur im Verhältnis zur Schweiz anzuwenden. Gegenüber den anderen Vertragsparteien finden die insoweit geltenden Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 Anwendung (Anhang 5 Teil I).

Die Artikel 82 bis 92 enthalten die in Vereinbarungen der vorliegenden Art üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen, insbesondere über die Amtshilfe bei der Rückforderung zu Unrecht gewährter Leistungen und Zahlungen, die Befriedigung von Ersatzansprüchen der Träger der Sozialhilfe, die gegenseitigen Unterrichtungen, die Anhänge und deren Änderung, die Ratifizierung und das Inkrafttreten. Der Ratifizierungsvorbehalt in Artikel 91 Abs. 1 betrifft nur die Bundesrepublik Deutschland.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 912252 1. 89
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333